

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

USA

Ina Ruck

AMERIKA NACH 100 TAGEN
UNWAHRSCHEINLICHKEIT

Torben Lütjen

WIE AMERIKA IN POLITISCHE
ECHOKAMMERN ZERFIEL

Eva Marlene Hausteiner

DEMOKRATISCHE STABILITÄT
DURCH CHECKS AND
BALANCES?

Manfred Berg

MARTIN LUTHER KINGS
TRAUM VOR DEM ENDE?

Josef Braml

INNENANSICHTEN VON
TRUMPS AUSSENPOLITIK

Andrew B. Denison

AMERIKA, DEUTSCHLAND
UND DIE ZUKUNFT DER
TRANSATLANTISCHEN
BEZIEHUNGEN

Georg Seesslen

DONALD TRUMP IN DEN
AUGEN DER POPKRITIK

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

USA

APuZ 18/2017

INA RUCK

**AMERIKA NACH 100 TAGEN
UNWAHRSCHEINLICHKEIT**

Donald Trump hat im Weißen Haus einen holprigen Start hingelegt. Drei Monate nach seinem Amtsantritt ist noch immer unklar, wohin die Vereinigten Staaten mit ihrem neuen Präsidenten steuern. Zugleich scheint das Land sich bereits verändert zu haben.

Seite 04–08

TORBEN LÜTJEN

**DIE GROSSE ENTZWEIUNG. WIE AMERIKA
IN POLITISCHE ECHOKAMMERN ZERFIEL**

Lange galten die USA als „Land ohne Ideologien“ mit einer konsensgeprägten politischen Kultur. Heute gleichen sie einem Hexenkessel der ideologischen Auseinandersetzung. Wie konnte es dazu kommen? Droht anderen modernen Gesellschaften dieselbe Entwicklung?

Seite 09–15

EVA MARLENE HAUSTEINER

**MACHTKONTROLLE. DEMOKRATISCHE
STABILITÄT DURCH CHECKS AND BALANCES?**

Die US-Demokratie steht durch die Partnerschaft Donald Trumps vor einem Belastungstest. Zwar verweisen optimistische Stimmen auf die einhegende Wirkung der *checks and balances*, andere aber bezweifeln deren Leistungsfähigkeit unter gewandelten politischen Bedingungen.

Seite 16–21

MANFRED BERG

**VON BARACK OBAMA ZU DONALD TRUMP.
MARTIN LUTHER KINGS TRAUM VOR DEM ENDE?**

In Sachen *race relations* mag Barack Obama die in ihn als ersten schwarzen US-Präsidenten gesetzten hohen Erwartungen enttäuscht haben. Doch mit seinem Nachfolger Donald Trump ist, so fürchten viele Bürgerrechtler, die „Gegenrevolution“ ins Weiße Haus eingezogen.

Seite 22–28

JOSEF BRAML

**INNENANSICHTEN VON TRUMPS
AUSSENPOLITIK**

Sollte der neue US-Präsident Donald Trump sein isolationistisches Credo „America first“ wahrmachen, könnten die USA ihre Ordnungsrolle in der Welt preisgeben. Das hängt davon ab, welche Weltordnungsvorstellungen sich im inneramerikanischen Diskurs durchsetzen.

Seite 29–34

ANDREW B. DENISON

**AMERIKA, DEUTSCHLAND UND DIE ZUKUNFT
DER TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN**

Mit dem neuen US-Präsidenten Donald Trump drängen sich viele Fragen über die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft und der deutsch-amerikanischen Freundschaft auf. Die gemeinsamen Interessen sind jedoch stärker als tagespolitische Irritationen.

Seite 35–38

GEORG SEESSLEN

**OUTLAW, CLOWN, SELFMADEMAN,
SUPERHELD UND STÖRENFRIED.
DONALD TRUMP IN DEN AUGEN
DER POPKRITIK**

Die Möglichkeit, dass ein Donald Trump US-Präsident werden konnte, ist aus diskursiv-rationaler Perspektive nicht vorgesehen gewesen und auch nicht zu erklären. Was aber nutzt Ablehnung ohne Verstehen? Es bleibt der Umweg über die Mythologie der populären Kultur.

Seite 39–44

EDITORIAL

Kaum ein Amtsantritt eines US-Präsidenten war so belastet wie der von Donald Trump. Angesichts zahlreicher verbaler Entgleisungen im Wahlkampf und seiner offenen Geringschätzung demokratischer Prinzipien eilten Trumps Einzug ins Weiße Haus, jenseits historisch niedriger Zustimmungswerte und gewaltiger Gegendemonstrationen, grundlegende Zweifel an seiner Regierungsfähigkeit voraus. Zugleich nährte sein nationalistisches Programm im In- und Ausland Befürchtungen eines Bruchs mit traditionellen Linien der US-Politik.

Diese sind nach Trumps ersten Schritten im Amt nicht verflogen. Zwar ist er mit zentralen Vorhaben wie dem Einreiseverbot für Staatsangehörige sieben muslimisch geprägter Länder oder dem Rückbau der allgemeinen Krankenversicherung vorerst gescheitert und hat sich von seiner ursprünglichen außenpolitischen Haltung etwa zu einer Intervention in Syrien und der Bedeutung der NATO entfernt. Aber nach wie vor setzt er auf Konfrontation und Polarisierung, diffamiert politische Gegner, Medien und Justiz, legt „alternative Fakten“ vor und widerspricht sich selbst. Sein Regierungsstil erscheint so eigenwillig wie chaotisch und vor allem: unberechenbar.

So sind viele jener Fragen weiterhin offen, die sich seit Trumps überraschender Wahl stellen: Wie „disziplinierend“ wirkt das System der *checks and balances*? Was ist von einer Politik unter der Maxime „Amerika zuerst“ zu erwarten, die die Vereinigten Staaten „wieder großartig machen“ soll? Und was bedeutet Trumps Präsidentschaft für die tief gesplante amerikanische Gesellschaft, für die liberale Weltordnung und für die Handlungsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft?

Anne-Sophie Friedel

ESSAY

AMERIKA NACH 100 TAGEN UNWAHRSCHEINLICHKEIT

Ina Ruck

Seit dem 20. Januar 2017 haben die Vereinigten Staaten einen neuen Präsidenten – einen Mann, dem man im Wahlkampf lange überhaupt keine und nie wirklich gute Chancen auf einen Sieg eingeräumt hatte. Denn dass auf den ersten schwarzen US-Präsidenten, der bei seiner Wahl 2008 wie kein anderer zuvor Hoffnung und Aufbruch verkörpert hatte, ausgerechnet ein Rechtspopulist mit einer Botschaft des Niedergangs Amerikas folgen könnte – ein Mann, der rassistische und sexistische Ressentiments bedient und sich über Menschen mit Behinderung lustig macht, Fakten nach Belieben verdreht und demokratische Grundwerte infrage stellt –, schien schlicht unvorstellbar.

Nur während einer kurzen Zeitspanne etwa sechs Wochen vor der Wahl sah das plötzlich anders aus. Trump führte erstmals deutlich in den Umfragen, Hillary Clinton, die Kandidatin der Demokraten, war unter dem Eindruck der Affäre um ihre Nutzung privater E-Mail-Konten, einer zunächst verheimlichten Lungenentzündung und der Bestechlichkeitsvorwürfe gegen ihre Familienstiftung in den Beliebtheitswerten stark abgerutscht. Just in diesen Tagen brüteten mein Kollege Stefan Niemann und ich über Titel und Untertitel für unsere ARD-Dokumentation zum Phänomen Donald Trump. Der Film war für den Vorabend der Wahl geplant, die Titel mussten wie üblich spätestens sechs Wochen vorher bei den Programmzeitschriften sein. Wir einigten uns auf „Der Angstmacher“, als Untertitel wählten wir das mutige „Warum Donald Trump Hillary Clinton schlagen kann“.

Zwei Tage vor Sendetermin verließ uns der Mut. Hillary Clinton lag in allen Umfragen weit vorn. Auf die letzte Minute änderten wir in einem ziemlichen Kraftakt – die Tageszeitungen mussten informiert, Redakteure überzeugt, eine neue Titelgrafik erstellt werden – den Untertitel in das harmlosere „Amerika zwischen Clinton

und Trump“. Denn dass Trump Clinton schlagen könnte, schien wieder so unwahrscheinlich wie in den langen Wahlkampfmonaten. Ein Tag später war genau das geschehen.

WIE KONNTE ES DAZU KOMMEN?

Wer warum Trump gewählt hat, beschäftigt seitdem die Gemüter. Anders als bei vielen rechtspopulistischen Bewegungen in Europa haben die Sehnsucht nach einer scheinbar verlorenen nationalen Identität und die Angst vor „Überfremdung“ eher eine Nebenrolle gespielt. Die vielen Trump-Wählerinnen und -Wähler, mit denen wir im Wahlkampf sprachen, nannten fast immer ein wirtschaftliches Motiv: schwindende Mittelklasse, schwindende Arbeitsplätze und das Schwinden der Gewissheit, dass die eigenen Kinder es einmal besser haben würden als man selbst. Auch Ressentiments gegenüber Einwanderern waren fast nie identitär begründet, immer aber wirtschaftlich.

So erlebten wir es zum Beispiel in Youngstown im Bundesstaat Ohio, in jener alten Stahlarbeiterstadt, der Bruce Springsteen vor 20 Jahren einen Song widmete – über Männer, die ihre Jobs verlieren, über einst stolze Stahlwerke, die niemand mehr braucht, über eine Stadt im Niedergang. Dass der Liedtext heute noch aktuell ist, erschloss sich uns gleich bei der ersten Fahrt durch die Stadt, vorbei an verlassenem Fabriken, verlassenem Häusern, durch verwaiste Straßenzüge. Youngstown hatte viele Jahre traditionell demokratisch gewählt, 2016 lieferten sich Trump und Clinton hier jedoch ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

„Vor jeder Wahl kommen die demokratischen Bewerber einmal durch die Stadt. Sie schütteln ein paar Hände, küssen ein paar Babys und können sich unserer Stimmen sicher sein“, erklärte uns der Altmetallhändler Ken Greco, „aber hier ändert sich nichts, wir haben uns noch immer nicht

von den Krisen der 1970er und 1980er Jahre erholt. Und dann kommt einer wie Trump. Der mag albern sein, laut oder unausstehlich, vielleicht sogar unqualifiziert für das Amt. Aber die Leute haben die Schnauze so voll, sie würden jedem ihre Stimme geben, nur um aufzurütteln, ein Zeichen zu setzen.“ Trump wählen aus einer Art Notwehr? In Youngstown habe ich zum ersten Mal verstanden, dass auch das ein Motiv sein kann.

Und neben der Hoffnung, Trump werde die Jobs zurückbringen, schien bei unseren Gesprächspartnern oft auch das Gefühl durch, Bürger zweiter Klasse zu sein – wie jemand, der geduldet wird, aber nicht mehr dazugehört. Denn nicht nur wirtschaftliche Existenzsorgen oder die Angst vor Freihandel waren wichtige Motive, für Trump zu stimmen, sondern auch die Befürchtung, auf der Strecke zu bleiben bei der schnellen gesellschaftlichen Entwicklung, die das Land unter Präsident Barack Obama durchlaufen hat – und die viele noch weiter von ihrem Staat entfremdet hat. Denn die Gesellschaft war bereits vor dem Wahlkampf tief gespalten.

So war etwa die landesweite Einführung gleichgeschlechtlicher Eheschließungen in der wertkonservativen Provinz auf weit weniger Verständnis gestoßen als in den urbanen Gesellschaften entlang der Küsten. Während die Entscheidung in den Großstädten bejubelt worden war, hatte sie auf dem Land verbreitet für Unverständnis gesorgt. Die Lebenswirklichkeit in jenen Gegenden im Landesinneren, die manchmal herablassend als *flyover country* abgetan werden, passte immer weniger zum Lifestyle an Ost- oder Westküste. Auch Obamas Erlass, der die öffentlichen Schulen anwies, Transgender-Schüler selbst wählen zu lassen, welche Toilette sie aufsuchen, hatte diese Spaltung verstärkt. „Dies ist nicht mehr unser Land“, hörten wir häufig auf unseren Reisen, besonders in den Bundesstaaten mit starker religiöser Prägung. In Youngstown sagte uns der ehemalige Stahlarbeiter Larry Cavender: „Das sind Luxusprobleme. Bevor er sich um Toiletten für eine Minderheit sorgt, soll er sich um Arbeitsplätze für alle kümmern.“

WAS KOMMT JETZT?

Donald Trump hat seine Präsidentschaft mit einem Paukenschlag angetreten: mit einer Rede, in der er so ein düsteres und verzerrtes Bild der Vereinigten Staaten zeichnete, dass gleich in den ers-

ten Minuten seiner offiziellen Amtszeit all jene eines Besseren belehrt wurden, die gehofft hatten, er werde sich angesichts der Bedeutung des Amtes schon ändern. Er war nicht anders, er war wie immer. Und er teilte aus: gegen die Politik, das Washingtoner Establishment, frühere Regierungen. Gegen ebenjene, die an diesem Tag mit ihm vor dem Kapitol standen, die ihm gerade noch gratuliert hatten. Trump sprach von einem „amerikanischen Blutbad“ durch Armut und Kriminalität in den Städten, zeichnete das Bild eines Landes, das von einer selbstsüchtigen politischen Klasse regiert worden sei, das umgeben sei von einer gefährlichen Welt, der es nicht länger die Stirn bieten könne. Es war eine zuweilen wütend klingende, voller Halb- und Unwahrheiten steckende Antrittsrede mit deutlich nationalistischem Ton, wie sie das Land noch nicht erlebt hatte.

Sein Wahlkampfeslogan „America first“ zog sich durch den gesamten Text – dieser Devise habe sich alles unterzuordnen, von der Steuer- und Handelspolitik über die Regulierung der Einwanderung bis hin zu den Außenbeziehungen. Er markiert einen neuen amerikanischen Nationalismus, von dem auch drei Monate später niemand weiß, was er noch bringen wird.

Das wird besonders davon abhängen, welche Persönlichkeiten in Kabinett und Weißem Haus künftig den Ton angeben. Denn Trumps Mannschaft setzt sich aus höchst unterschiedlichen Figuren zusammen: Zieht man jene ab, deren Posten aus Gründen der Loyalität oder anderweitiger Verbundenheit an sie vergeben wurden – etwa Erziehungsministerin Betsy DeVos, eine Großspenderin der Republikanischen Partei, Verkehrsministerin Elaine Chao, die Ehefrau des Mehrheitsführers der Republikaner im US-Senat, oder Cybersicherheitsberater Rudolph Giuliani, ein Wahlkampfgetreuer –, lässt sich Trumps Team in Pragmatiker und Ideologen aufteilen.

Zu den Pragmatikern zählen gleich mehrere hochdekorierte und über die Parteigrenzen hinweg respektierte Militärs wie Sicherheitsberater H.R. McMasters, Heimatschutzminister John Kelly oder Verteidigungsminister James Mattis, aber auch der politische Newcomer im State Department, Rex Tillerson. Die Ideologen sind zahlenmäßig in der Minderheit, haben jedoch in der Person Stephen Bannons, bis vor Kurzem Herausgeber der rechtskonservativen Website „Breitbart“ und nun Trumps Chefberater, uneingeschränkten Zugang zum Oval Office.

An Trumps bisherigen innenpolitischen Weichenstellungen im Zeichen von Deregulierung, Protektionismus und Nationalismus ist ihre Handschrift deutlich zu erkennen. Gleich in seinen ersten Dekreten schrieb Trump den im Wahlkampf immer wieder angekündigten Plan fest, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen, ordnete eine Verschärfung der Einreisepraxis an, leitete erste Schritte zur Abschaffung der als Reaktion auf die Finanzkrise von 2008 eingeführten Wall-Street-Regulierungen ein und zog die USA aus dem transpazifischen Handelsabkommen TPP zurück. Sein Haushaltsentwurf sieht für das State Department eine Etatkürzung von sage und schreibe 28 Prozent vor, ein deutliches Zeichen dafür, welche Bedeutung er der Außenpolitik des Landes beimisst.

Zu den Pragmatikern und den Ideologen kommen die Familienmitglieder. Trumps Tochter Ivanka nimmt häufig an wichtigen Terminen teil, obwohl ihr ursprünglich keine formale Rolle im Weißen Haus zugewiesen wurde. Ihr Mann Jared Kushner, politisch völlig unerfahren, ist für Trump offenbar eine Art Wunderwaffe: Als enger Berater ist er zuständig für „Innovationen“ und die Verwirklichung von Wahlkampfversprechen, außerdem ist er eine Art Sonderbotschafter für den Nahen Osten, sitzt aber auch bei anderen weltpolitischen Fragen mit am Tisch. Noch vor dem Außenminister reiste er überraschend in den Irak. Als im Vorfeld des Besuchs von Bundeskanzlerin Angela Merkel ihr langjähriger und krisenfester außenpolitischer Berater Christoph Heusgen in Washington die Lage sondierte, sah er sich bei den Gesprächen dem 36-jährigen Schwiegersohn des Präsidenten gegenüber. Beim eigentlichen Treffen zwischen Trump und Merkel war dann auch Tochter Ivanka anwesend. Wenige Wochen später bezog sie als nun auch offizielle Beraterin des Präsidenten ein Büro gleich neben seinem.

Werden auf absehbare Zeit also ideologische Einflüsterer und loyale Familienmitglieder die Ausrichtung des Landes bestimmen? In den vergangenen Wochen scheinen die Pragmatiker an Boden gewonnen zu haben. Anzeichen dafür sind die Entfernung Stephen Bannons aus dem Nationalen Sicherheitsrat sowie der Luftangriff auf einen syrischen Luftwaffenstützpunkt. Dass Trump, der ein stärkeres Engagement der USA in Syrien immer abgelehnt hatte, sich zu diesem Schritt entschlossen hat, deutet auf einen gestärkten Einfluss von Männern wie McMasters und Mattis hin.

Thomas Wright, Außenpolitikexperte der Denkfabrik Brookings, hält es grundsätzlich für möglich, dass die Traditionalisten in der US-Regierung das Land zumindest außenpolitisch zunächst auf Kurs halten werden. Trump müsse für das operative Tagesgeschäft auf sie zurückgreifen, weil es keine Fachleute gebe, die seine Weltsicht – Geringschätzung von Allianzen, Bewunderung autokratischer Herrscher, EU-Skepsis – in Politik ummünzen und umsetzen wollten. So versuchten die Pragmatiker denn auch, die Zweifel an der transatlantischen Treue der USA zu zerstreuen, nachdem Trump in einem Interview mit den Tageszeitungen „Times“ und „Bild“ die NATO zunächst als obsolet bezeichnet hatte.

Dennoch sieht Wright wenig Grund zur Zuversicht. Ein Präsident werde in Krisenzeiten getestet. Dann werde Trump die Entscheidungen fällen. „Das ist der Moment, in dem Trumps gesamte Weltsicht, sein ‚America first‘, seine Feindlichkeit gegenüber Bündnissen und einer offenen Weltwirtschaft, seine Sympathie für Russland ins Spiel kommen. Und dann werden auch sein Temperament, seine Dünnhäutigkeit und die Tendenz, alles persönlich zu nehmen, in den Vordergrund rücken. Bannons Nähe zum Präsidenten wird sicherstellen, dass in diesen Schlüsselmomenten radikale Stimmen Gehör finden.“⁰¹ Pessimismus, diese so wenig zum amerikanischen Lebensgefühl passende Einstellung, ist in diesen ersten Monaten der Ära Trump nicht selten zu spüren.

GRUND ZUR HOFFNUNG?

Dabei hat Trump im Weißen Haus einen Start mit vielen Fehlzündungen hingelegt. Manche seiner Gegner schöpfen genau daraus Hoffnung. Gleich eines der ersten Dekrete, ein Einreise-stopp für Staatsangehörige sieben muslimischer Länder, wurde von den Gerichten kassiert: Heißt das nicht, dass die Gewaltenteilung funktioniert und dem Präsidenten gezeigt wird, wo die Grenzen seiner Macht sind? Trumps Sicherheitsberater Michael Flynn musste wegen geheim gehaltener Russland-Kontakte gehen, Betsy DeVos wäre aufgrund der Zweifel an ihrer Qualifikation als Erziehungsministerin am Senat gescheitert, hätte nicht Vizepräsident Michael Pence von sei-

⁰¹ Thomas Wright, Trump's Jekyll and Hyde Foreign Policy, 13.3.2017, www.politico.com/magazine/story/2017/03/trumps-jekyll-and-hyde-foreign-policy-214903.

nem Stimmrecht Gebrauch gemacht – ein bisher einmaliger Vorgang. Und Trumps Gesundheitsreform ist trotz republikanischer Mehrheit im Kongress krachend gescheitert. Zeigt das nicht, dass auch die Republikanische Partei nicht bereit ist, alles mitzutragen? Und schließlich all die kleinen und großen Skandale etwa um die ungenierte Werbung von Ivanka Trump für ihre Schmucklinie beim offiziellen Termin im Weißen Haus, um die allen Beweisen trotzen Behauptung des Trump-Lagers, das Publikum der Inaugurationsfeier sei das größte aller Zeiten gewesen, oder um die verschwiegenen Russland-Kontakte von Justizminister Jeff Sessions – wurde nicht alles von den Medien beschrieben, aufgedeckt und kritisiert?

Dennoch scheint es den Präsidenten bislang wenig zu beeindrucken. Den Kampf gegen die Gerichte hat Trump längst aufgenommen und nennt es juristische Kompetenzüberschreitung, wenn ein Richter ihm widerspricht. Die Republikaner im Kongress sind tief zerstritten und mit ihren eigenen Flügelkämpfen beschäftigt: Trumps gescheiterte Gesundheitsreform ist nicht Ausdruck des Widerstands der Republikaner gegen ihn, sondern schlicht der Uneinigkeit der Fraktion. Und die Medien bezeichnet der US-Präsident als „Volksfeind“ und sieht sich im Krieg mit der Presse.

Tatsächlich scheint Trump journalistische Arbeit als feindseligen politischen Akt zu begreifen. Dieses Verständnis von Journalismus erinnert mich stark an meine Zeit in Moskau, wo ich ab Mitte der 1990er Jahre insgesamt 13 Jahre lang gearbeitet habe. Denn bei aller Unterschiedlichkeit – in Russland ist die Presse nicht frei – gibt es im Umgang mit den Medien erstaunliche Parallelen zwischen Trumps Amerika und Putins Russland. Präsident Putin hält seine seltenen Pressekonferenzen vor Hunderten von Reportern kleiner und kleinster Regionalmedien aus dem ganzen Land ab und nimmt sich viel Zeit, ihre meist freundlichen und eher irrelevanten Fragen zu beantworten. Zum Pressekorps des Weißen Hauses gehören neuerdings neben Vertretern der renommierten Medien auch Talk-Radio-Moderatoren, eher unpolitische Blogger und Reporter bis dato unbekannter Websites. Bei Trumps Pressekonferenz kurz vor seiner Amtseinführung, in der er das Medienportal „Buzzfeed“ „einen versagenden Haufen Müll“ nannte und den Nachrichtensender CNN als „Fake News“ bezeichnete, gab es

für manche seiner Antworten laute Zustimmung aus dem Saal. Ich wollte meinen Ohren nicht trauen – mir kam das sehr bekannt vor.

Auch droht Trump, das Verleumdungsgesetz zu verschärfen. In Russland wurde der Tatbestand der Verleumdung 2012 wieder ins Strafgesetzbuch aufgenommen – ein Akt, der vor allem gegen die Medien gerichtet war. Trump kann seine Drohung nicht ohne ein Urteil des Obersten Gerichtshofes umsetzen, doch das Signal ist deutlich: Kritischer Journalismus ist nicht erwünscht.

Bei seinen Unterstützern scheint der eher holprige Start dem Präsidenten bislang wenig zu schaden. Die endlose Reihe immer neuer Skandale und Vorwürfe scheint nur jene zu interessieren, die Trump ohnehin skeptisch gegenüberstehen. Zwar sind seine Beliebtheitswerte nicht gerade gut für einen frisch gewählten Präsidenten, doch sind trotz aller Rückschläge und Skandale noch immer 40 Prozent der befragten Amerikanerinnen und Amerikaner mit der Arbeit ihres Präsidenten zufrieden.⁰² Ein Phänomen, das bislang niemand erklären kann: An Trump perlt alles ab.

PARALLELUNIVERSEN

In den ersten Monaten von Trumps Amtszeit scheint das Land sich verändert zu haben – oder werden nun schlicht Veränderungen sichtbar, die längst unter der Oberfläche gereift waren?

Noch während des Vorwahlkampfes hatten wir an der Georgetown University die junge schwarze Historikerin Marcia Chatelain interviewt. Sie war eine der Wenigen, die es bereits damals für durchaus möglich hielten, dass Donald Trump Präsident werden könnte, und sie gab uns mit einer Aussage zu denken: „Ich habe weniger Angst vor Donald Trump selbst als vor seinen Wählern, vor all denen, die seine Wahlversprechen auf ihre Weise verstehen. Wenn er verspricht, Amerika wieder großartig zu machen, hören sie etwas ganz anderes: dass er Amerika wieder weiß machen will.“ Wir überlegten damals lange, ob der Satz nicht zu hart sei, um ihn zu zitieren, ob er eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Präsidentschaftskandidaten in unserem Film von vorneherein unmöglich mache. Heute, knapp eineinhalb Jahre später, würde sich

⁰² Vgl. President Trump Job Approval, o.D., www.realclearpolitics.com/epolls/other/president_trump_job_approval-6179.html.

kaum jemand mehr über Marcia Chatelains Einschätzung wundern.

Rassismus tritt wieder offener zutage. Noch in der Wahlnacht sagte uns eine Studentin vor dem Weißen Haus, dass sie an diesem Tag zum ersten Mal in ihrem Leben „Nigger“ geschimpft worden sei. In Washington hielt Anfang 2017 eine ultranationalistische Gruppierung und selbsternannte „Alternative Rechte“ ihren Kongress in aller Öffentlichkeit ab. Unverhohlen war dort die Rede von einer Überlegenheit der „weißen Rasse“, bewusst provokativ grüßte der Kopf der Gruppe die Zuhörer mit „Hail Victory, Hail Trump“.⁰³ In Kansas erschoss ein 52-Jähriger einen indischstämmigen Ingenieur mit den Worten: „Geh zurück in dein Land.“ Und es häufen sich Meldungen von Vandalismus auf jüdischen Friedhöfen und Anschlägen auf Moscheen.

All dies sind Randerscheinungen, doch sie haben bedrohlich zugenommen. Zwar ist Trump kein Antisemit, und er ruft nicht zu rassistischer Gewalt auf. In seiner ersten Rede an den Kongress hat er die Friedhofschändungen demonstrativ verurteilt. Und es wäre falsch zu behaupten, die Mehrheit seiner Wähler seien Rassisten – auch wenn es wohl einige unter ihnen gibt, die sich eine Gesellschaft wie in den 1950er und 1960er Jahren zurückwünschen. Aber im gegenwärtigen Klima eines offensiv vertretenen „neuen nationalistischen Geistes“, den Trump in seiner Antrittsrede beschwor, gedeihen ganz offensichtlich auch die hässlichen Ableger des Patriotismus.

Aber zugleich greift eine neue demokratische Aufbruchsstimmung um sich. Zeitungen verkaufen mehr Abos, Nachrichtensender verzeichnen Quotenrekorde, Politikseminare an den Universitäten sind überfüllt, und Late-Night-Shows werden zu Unterrichtsstunden in Staatskunde. Es gibt einen Hunger nach politischem Diskurs und das Bedürfnis, selbst aktiv zu werden. Bereits einen Tag nach der Amtseinführung demonstrierten im ganzen Land Hunderttausende Frauen gegen den Präsidenten, fast eine halbe Million allein in der Hauptstadt Washington. Wissenschaftler organisieren sich zum Protest gegen die wissenschaftsfeindliche Politik der neuen Regierung. Seminare mit dem schönen Titel „Ready to Run“, die Interessentinnen darauf vorbereiten, für politische Ämter zu kandidieren, sind ausgebucht. Und in meinem Washingtoner Stadtteil stecken

neuerdings Schilder mit der spanischen, arabischen und englischen Botschaft „Egal woher du bist, wir freuen uns, dein Nachbar zu sein“ in den Vorgärten.

In vielerlei Hinsicht erinnert die neue Bewegung, lose vereint unter dem Schlagwort „resist“, an die Anfänge der republikanischen Tea-Party-Bewegung, die 2009 als Reaktion auf die Wahl Barack Obamas als Graswurzelbewegung am rechten Rand der Republikanischen Partei entstand. Sie spülte christlich-konservative Politiker in die regionalen Parlamente und den Kongress, wo die Konfrontation mit Obamas Demokraten zur politischen Blockade führte. Von der Tea Party lernen, das hört man oft in diesen Wochen.

Vielleicht hat diese Bewegung das Zeug dazu, die Demokratische Partei zu verändern. Schon einmal hätten die Demokraten sich grundlegend erneuern können: Der erste Wahlsieg Obamas 2008 hatte viele junge Leute mobilisiert und für Politik begeistert. Marcia Chatelain gehörte zu ihnen. Doch die Energie der vielen Wahlkampfshelfer und Aktivisten sei sehr schnell verpufft, sagt sie heute, sie seien an den verkrusteten Strukturen der Partei gescheitert: „Es gab keinen Platz für die Neuen. Alle Posten waren belegt, die Kandidaten für die kommenden Wahlen standen auf allen Ebenen längst fest. Bis hin zur Präsidentschaftswahl – schon 2008 war klar, dass nach Obama Clinton kandidieren würde. Damals ist eine historische Chance vertan worden.“ Die Wahl von Donald Trump ist eine neue Chance für die Demokraten. Und eine neue Chance, junge Leute für Politik zu interessieren.

Doch bleiben die „Resist!“-Aufkleber an den Stoßstangen und die T-Shirts mit dem Aufdruck „Not my President“ ein Phänomen der großen Städte und der Gegenden mit demokratischen Mehrheiten – der einen Seite des gespaltenen Landes also. Die andere ist mit ihrem Präsidenten zufrieden und lebt, so scheint es, in einer ganz anderen Welt mit eigenen Fernsehsendern, eigenen Informationen, aber auch eigenen Sorgen. Diese Paralleluniversen wieder in eines zu führen, ist die wohl schwierigste Aufgabe. Nach seinen ersten Schritten im neuen Amt zu urteilen wird der Präsident sie nicht in Angriff nehmen.

INA RUCK

leitet das ARD-Studio in Washington.

iruck@ard-usa.com

⁰³ Siehe www.youtube.com/watch?v=1o6-bi3jlxk.

DIE GROSSE ENTZWEIUNG

Wie Amerika in politische Echokammern zerfiel

Torben Lütjen

„I didn't come along and divide this country. This country was seriously divided before I got here“, sagte US-Präsident Donald Trump im Februar 2017 am Ende einer ausgedehnten Pressekonferenz im Weißen Haus. Wo er Recht hat, hat selbst der Meister des „Postfaktischen“ Recht. In der Tat begann die Polarisierung der amerikanischen Politik, die sich im Präsidentschaftswahlkampf 2016 so deutlich zeigte, nicht mit Donald Trump. Sie begann auch nicht mit seinem Vorgänger im Weißen Haus, Barack Obama. Und auch vor der Präsidentschaft George W. Bushs, in dessen Zeit die Spaltung Amerikas längst Oberthema aller politischen Diskurse war, hatte sich im Land bereits deutlich etwas entzweit. Was derzeit in einer Hyperpolarisierung der amerikanischen Gesellschaft zu kulminieren scheint, hat eine Vorgeschichte, die einige Jahrzehnte zurückreicht, in denen strukturelle Entwicklungen und institutionelle Grundbedingungen sich simultan zuspitzten und mit spezifischen Entscheidungen politischer Akteure zusammenspielten, einander beeinflussten und sich gegenseitig zu jener existenziellen Konfrontation hochschaukelten, die heute die US-Politik bestimmt.

Vieles musste passieren, um die USA in den gegenwärtigen Zustand der Hyperpolarisierung zu führen. Zwar ist die tiefe politische Spaltung der amerikanischen Gesellschaft schon für sich genommen und nur aus der unmittelbaren Gegenwart betrachtet drastisch genug. Geradezu spektakulär aber erscheint sie, wenn man sie in Beziehung zu jenem Bild der US-Politik setzt, das lange innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten verbreitet war. Mit Verblüffung liest man heute die angesichts der gegenwärtigen Zustände beinahe schon surreal wirkende Einschätzung des Politikwissenschaftlers Robert Dahl aus den 1970er Jahren: „Unlike parties in many European countries, both Republicans and Democrats in the United States advocate much the same ideology. (...) To a European accustomed to the sound and fury of clashing ideologies, American party battles seem tame and uninteresting.“⁰¹

Solche und ähnliche Aussagen ließen sich – angefangen bei Alexis de Tocqueville – mühelos aneinanderreihen. Was also ist passiert, dass aus dem „Land ohne Ideologien“, das um seine vergleichsweise konsensgeprägte politische Kultur beneidet wurde, ein solcher Hexenkessel der ideologischen Auseinandersetzung wurde?

SOUTHERN REALIGNMENT

Die Suche nach einer Antwort auf diese Frage führt in die 1960er Jahre. Zu Beginn jenes Jahrzehnts kam es in den Vereinigten Staaten zu einer Ballung und Verschärfung bestehender und neuer Problem- und Konfliktlagen. Bei aller Gleichzeitigkeit gab es vermutlich dennoch eine Art historischen Dominostein, der erst fallen musste, um eine Kettenreaktion in Bewegung zu setzen: die Neuausrichtung der Wählerbindungen im amerikanischen Süden, das sogenannte *southern realignment*.

Bis dahin hatte auf dem Gebiet der alten Konföderation praktisch ein Ein-Parteien-System unter dem Vorzeichen der Dominanz der Demokratischen Partei geherrscht, die dort Garantin der Aufrechterhaltung eines Systems faktischer Rassentrennung war. Landesweit machte das aus den Demokraten eine hoch fragmentierte Allianz mit zwei antagonistischen Machtzentren: dem konservativen Süden und dem liberalen Nordosten. Allerdings waren die Republikaner ähnlich zersplittert. Beide Parteien besaßen jeweils bedeutende liberale und konservative Parteiflügel und waren allein deswegen zu einer weltanschaulich kohärenten Politik kaum in der Lage.

Das änderte sich, als der liberale Parteiflügel der Demokraten sich trotz des Risikos der innerparteilichen Spaltung Anfang der 1960er Jahre dazu durchrang, die Vorhaben der schwarzen Bürgerrechtsbewegung im Süden zu unterstützen und 1964/65 den Civil Rights Act und den Voting Rights Act durchzusetzen, die die katastrophalen Verhältnisse der Rassentrennung zu-

mindest teilweise beseitigten.⁰² Zwar wurde diese Politik von einer großen Mehrheit der Amerikanerinnen und Amerikaner zunächst unterstützt. In den Südstaaten führte sie aber zu einer Entfremdung der Wählerinnen und Wähler von der Demokratischen Partei. In einem durchaus langfristigen Prozess wandten sie sich von ihr ab und begannen, für die Republikaner zu stimmen.

Mit diesem Seitenwechsel veränderten sich in der Konsequenz die Wählerbasen beider Parteien: Die Demokraten verloren den konservativen Süden, und gleichzeitig schwanden die ehemaligen liberalen Parteihochburgen der Republikaner im Nordosten des Landes. Kurzum: Während die Unterschiede zwischen den Parteien wuchsen, löste sich der extreme Dualismus im Inneren der Parteien auf, die jetzt viel eindeutiger als „konservativ“ und „liberal“ auftraten und auch wahrgenommen wurden. Das beseitigte eine spezifisch amerikanische Anomalie und schuf überhaupt erst die Voraussetzungen für einen ideologisch markanteren und schärferen Parteienwettbewerb.⁰³

„WESTERNISIERUNG“ DES US-KONSERVATIVISMUS

In der Republikanischen Partei erstarkte etwa zeitgleich eine radikal-libertäre Strömung, die jede Ausweitung staatlicher Lenkungsfunktionen für einen Verrat an amerikanischen Prinzipien hielt. Diese politische Strömung hatte sich bereits in den Jahren des New Deal formiert, in dessen Zuge die US-Regierung unter Präsident Franklin D. Roosevelt ab 1933 mit einer Reihe von Wirtschafts- und Sozialreformen wie der Einführung von Sozialversicherungen und der Regulierung der Finanzmärkte auf die Weltwirtschaftskrise reagiert hatte. Waren sie zunächst noch politisch marginalisiert geblieben, erhielten die Anhänger dieser Bewegung nun Auftrieb und kündigten den Konsens der Nachkriegszeit auf, der insbesondere in den 1950er Jahren die Innenpolitik der USA bestimmt hatte.

Die Sprache des libertär-konservativen Flügels der Republikaner war schrill und bisweilen hysterisch, die historischen Analogien zumindest

aus europäischer Sicht verwegen: Vom Wohlfahrtsstaat zum Sozialismus war es nie weit für die Verfechter des *small government*. Diese Analogie hält sich im Übrigen bis in die Gegenwart, in der die Aktivisten der Tea Party die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung unter US-Präsident Barack Obama als Versuch interpretieren, dem Sozialismus oder anderen totalitären Politikmodellen den Weg zu ebnen.

Der Held dieser Spielart des amerikanischen Konservatismus war der Senator von Arizona, Barry Goldwater. Er stand während seiner Amtszeit von den 1950er bis in die 1980er Jahre nicht nur für den Kampf gegen *big government*, sondern verkörperte auch die „Westernisierung“ der Republikanischen Partei und den Mythos der *frontier*, jener in der amerikanischen Geschichte stetig nach Westen verschobenen Besiedlungsgrenze, entlang derer westliche Zivilisation auf ungezähmte Wildnis gestoßen war, sodass zum Überleben Eigenschaften wie Tapferkeit, Eigeninitiative und Härte gegenüber sich selbst und der Umwelt notwendig waren. So verschmolz der Kampf gegen *big government* mit dem rauen Individualismus des amerikanischen Westens und koppelte sich überdies die konservative Ideologie auch an Mythen der amerikanischen Populärkultur an.

1964 trat Goldwater als Kandidat der Republikaner für die Präsidentschaft an – und verlor deutlich gegen den amtierenden Präsidenten, Lyndon B. Johnson. In seiner krachenden Niederlage lag jedoch bereits der Keim späterer Triumphe. Denn zum einen lagen fünf der sechs Bundesstaaten, die er gewann, im Süden der USA, und das signalisierte bereits die einsetzende Neuordnung der dortigen Mehrheitsverhältnisse. Zum anderen aber punktete der Senator auch in einigen der am schnellsten wachsenden Regionen im Westen und Südwesten der USA: Dort, in den wohlhabenden Vorstädten, in denen viele glaubten, sie seien die alleinigen Schmiede ihres Glücks, fand seine Botschaft von niedrigeren Steuern und dem Widerstand gegen „Washingtoner Bürokraten“ enthusiastische Anhänger. Insofern stand Goldwater nicht nur für die habituelle, mentale Westernisierung der Partei, sondern warfen mit seinem Erfolg auch künftige republikanische Wählerpotenziale bereits ihre Schatten voraus.⁰⁴

01 Robert Dahl, *Democracy in the United States: Promise and Performance*, Chicago 1972, S. 261.

02 Siehe auch den Beitrag von Manfred Berg in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

03 Vgl. Edwards Carmines/James Stimson, *Issue Evolution: Race and the Transformation of American Politics*, Princeton 1990.

04 Vgl. Torben Lütjen, *Die Republikaner: Partei der Extreme. Über die Implosion des amerikanischen Konservatismus*, Bielefeld 2016.

POPULISMUS VON RECHTS, IDENTITÄTSPOLITIK VON LINKS

Allein als Partei von *small government* und durch die schrittweise Einverleibung des amerikanischen Südens wäre die Republikanische Partei kaum zu der strukturellen Mehrheitsposition im Land gekommen, über die sie schon sehr bald verfügen sollte: Dafür mussten sich die politischen, sozialen und kulturellen Achsen der amerikanischen Gesellschaft erst bedeutend verschieben.

Vom New Deal bis in die 1960er Jahre war die Konfliktstruktur des Landes primär sozioökonomisch geprägt gewesen, es ging also um Fragen der richtigen (gerechten, effizienten) Wirtschaftsordnung und der Verteilung von Wohlstand. Klassenzugehörigkeiten entschieden stärker als zuvor oder danach in der amerikanischen Geschichte über das Wahlverhalten – sehr zum Vorteil der Demokratischen Partei. Mitte der 1960er Jahre weitete sich der Raum des Politischen in gewisser Weise aus und kamen neue Themen mit enormem politischen Spaltungspotenzial auf die politische Agenda.⁰⁵ Zum einen „wanderte“ die Rassenproblematik nordwärts, als es in amerikanischen Großstädten, wo viele Schwarze über die weiterhin gesellschaftlich zementierten Verhältnisse enttäuscht und wütend waren, zu Unruhen kam. Für viele Angehörige der weißen Mittelschicht und Arbeiterklasse signalisierten die *riots* in Oakland, Detroit oder Newark vor allem eine Erosion der öffentlichen Ordnung. Zum anderen kamen wenig später die vermeintlichen Exzesse einer promiskuitiven Jugendkultur und die Proteste und Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg hinzu. Es war ein Konflikt, den auch andere westliche Gesellschaften in diesen Jahren durchliefen: Was den einen als Dekade des Aufbruchs und des überfälligen Aufbrechens überkommener gesellschaftlicher Strukturen erschien, interpretierten andere als Angriff auf die öffentliche und moralische Ordnung, als eine Art destruktive Emanzipation, die über ihr ursprüngliches Ziel längst hinausgeschossen war.

Zum Champion einer zunehmend verängstigten und verunsicherten weißen Mittelklasse wurde 1968 der Republikaner Richard Nixon. Beinahe 50 Jahre vor Donald Trump schwang er sich zum Anführer einer „schweigenden Mehrheit“ empor,

zum Verteidiger der „vergessenen Amerikaner“, der *non-shouters* und *non-demonstrators*.⁰⁶ So gelang es ihm, die *white working class* zu spalten und sie sogar mehrheitlich ins konservative Lager zu ziehen. Mit seinem Wahlsieg 1968 vollzog sich somit etwas, das noch lange nachwirken sollte: Die amerikanische Rechte hatte der amerikanischen Linken den Populismus gestohlen.⁰⁷

Beinahe alles, was diesen Populismus später stark machen sollte, spielte Nixon bereits durch: den Antiintellektualismus, die Medien als ultimativen Feindbild,⁰⁸ die Erfindung einer vermeintlich abgehobenen liberalen Elite, die mit Verachtung auf die Menschen in *middle America* schaute. In der Folgezeit gelang es den Konservativen immer wieder, die sozioökonomische Konfliktlinie mit einer anderen, viel stärker soziokulturellen Konfliktlinie zu unterlaufen, bei der es weniger darum ging, wie viel jemand besaß, als darum, wie jemand lebte, fühlte, aussah oder sprach – es waren vor allem Lebensstile, die von nun an polarisierend wirkten. Und wie sich zeigen sollte, war das Reservoir potenziell auszuschöpfender Ressentiments in dieser Hinsicht geradezu grenzenlos. „The whole secret of politics“, sagte Nixons Redenschreiber Kevin Philips dem konservativen Publizisten Garry Wills 1968, „is knowing who hates who“.⁰⁹

Die Demokraten spielten das Spiel in gewisser Weise mit. Seit Anfang der 1970er Jahre setzten sie vermehrt auf Themen der „Identitätspolitik“ und wurden zu der Partei, die bisher unberücksichtigte Identitäten vertrat: von Frauen, von ethnischen und von sexuellen Minderheiten. Themen der sozialen Gerechtigkeit verschwanden deswegen nicht von der Agenda der Partei, in ihrer öffentlichen Wahrnehmung überlagerten identitätspolitische Fragen die alten Verteilungsfragen jedoch deutlich. Das erschloss den Demokraten zwar durchaus neue Wählerpotenziale, aber die Entfremdung von der weißen Arbeiterklasse, die seit 2016 und der Wahl Donald Trumps zum US-

05 Vgl. Andrew Hartman, *A War for the Soul of America. A History of the Culture Wars*, Chicago 2015.

06 Vgl. Lewis Gould, *The Republicans: A History Of The Grand Old Party*, Oxford 2014, S. 265.

07 Vgl. Michael Kazin, *The Populist Persuasion: An American History*, Ithaca 1995.

08 Vgl. Christopher Cimaglio, „A Tiny and Closed Fraternity of Privileged Men“: The Nixon-Agnew Antimedia Campaign and the Liberal Roots of the U.S. Conservative „Liberal Media“ Critique, in: *International Journal of Communication* 10/2016, S. 1–19.

09 Zit. nach Nancy McLean, *Guardians of Privilege*, in: dies./Donald T. Critchlow, *Debating the American Conservative Movement. 1945 to the Present*, Lanham 2009, S. 148.

Präsidenten endgültig vollzogen scheint, hatte ihren Ursprung eben auch in jenen Jahren, als die Frage, „wer“ man war, wichtiger wurde als die Frage, „wie viel“ man besaß.

POLITISIERUNG DES RELIGIÖSEN

Was in den Identitätsdebatten der 1960er Jahre erstaunlicherweise noch keine große Rolle spielte, war das Thema Religion. Auch die Kirchen standen zunächst weiterhin an der Seitenlinie. Jerry Falwell, der spätere Initiator und Anführer der 1979 gegründeten Organisation der christlichen Rechten, Moral Majority, bekannte sich noch 1965 zur Abwendung von allem Weltlichen und lehnte es ab, sich für den Kampf gegen den Kommunismus oder die Bürgerrechtsbewegung vor den Karren einer Partei spannen zu lassen: „Preachers are not called upon to be politicians, but to be soul winners.“¹⁰

Erst mit einiger Verspätung kam es zu einer Abwehrreaktion vor allem des konservativen Protestantismus, der oft unter dem Label des Evangelikalismus firmiert. Aufgeschreckt vor allem durch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes 1973, Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich zu legalisieren (Roe vs. Wade), politisierten sich Amerikas konservative Christen. Insbesondere Ronald Reagan war es, der 1980 als Präsidentschaftskandidat die evangelikalen Christen für die Republikaner gewann – und sie langfristig an die Partei band.

In dieser Zeit verblassten die Konfessionsunterschiede, die zuvor das Wahlverhalten bestimmt hatten: Katholiken hatten traditionell demokratisch gewählt, Protestanten stärker republikanisch. Nun begannen die konservativen Elemente in beiden Konfessionen, republikanisch zu wählen, während liberale Protestanten und Katholiken sowie das zunächst – anders als in Europa – nur langsam, aber stetig wachsende Segment religiös ungebundener Wählerinnen und Wähler sehr viel stärker zu den Demokraten neigten.

So wurden die 1980er und 1990er Jahre die Jahre des *culture war*, in denen Themen wie Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe, Pornografie, aber auch diffusere Fragen nationaler Identität verhandelt wurden – auf konservativer Seite begleitet von einer tendenziell apokalyptischen

und doch stets undeutlich bleibenden Begleitmusik, die vom „Niedergang“ der Vereinigten Staaten handelte. Den Begriff des *culture war* hat der Soziologe James Davison Hunter geprägt, demzufolge sich in den USA zwei Lager gegenüberstanden und -stehen, deren Wertvorstellungen schlichtweg inkompatibel und kaum noch miteinander zu versöhnen sind: auf der einen Seite das „orthodoxe“ Amerika, wo man an einer transzendenten Autorität, an überlieferten Normen und Werten sowie an eindeutigen moralischen Unterscheidungen zwischen Gut und Böse festhält, auf der anderen Seite das „progressive“ Amerika, wo man an die Emanzipation von überkommenen Werten, an gesellschaftlichen Fortschritt und die Relativität moralischer Grundsätze glaubt.¹¹

Es war also eine komplexe Melange von Konfliktfeldern, die sich seit den 1960er Jahren verdichteten und gegenseitig bestärkten, sodass sich letztendlich zwei Lager gegenüberstanden, die auf praktisch allen Politikfeldern diametral entgegengesetzte Positionen einnahmen. Der Aufstieg Donald Trumps bis zu seinem Sieg bei den republikanischen Vorwahlen 2016 schien, ungeachtet der verbalen Eskalation, für einen Augenblick die Möglichkeit zu eröffnen, dass sich die verhärteten ideologischen Frontlinien zwischen den Parteien an einigen Stellen auch abschleifen könnten: Zwar setzte Trump in der Einwanderungspolitik auf eine nationalistische Karte, aber weder sang er ein Loblied auf freie Märkte noch fiel er – von manchem Lippenbekenntnis abgesehen – als besonders grimmiger Verteidiger eines christlichen Amerikas auf. Und in der Frage des Freihandels brach er gar vollständig mit der bisherigen Orthodoxie seiner Partei. Doch wenn nicht alles täuscht, dann hat sich wenige Monate nach Beginn seiner Präsidentschaft an der grundsätzlichen politischen Tektonik des Landes nicht viel verändert und stehen sich die Parteien weiterhin entlang jener Frontlinie gegenüber, die sich seit den 1960er Jahren immer tiefer in die politische Landschaft der Vereinigten Staaten eingegraben hat.

GETRENNTE WELTEN

Amerikas tiefe Spaltung lässt sich also primär als historisch gewachsenes Phänomen interpretieren. Aber um die die fiebrige Intensität dieses Kon-

¹⁰ Zit. nach Matthew Levendusky, *The Partisan Sort. How Liberals Became Democrats and Conservatives Became Republicans*, Chicago 2009, S. 26.

¹¹ Vgl. James Davison Hunter, *Culture Wars: The Struggle to Define America*, New York 1991.

flikts zu verstehen, der sich von inhaltlichen politischen Fragen längst gelöst hat und bisweilen eher an eine Fehde zwischen zwei Stämmen erinnert, die den ursprünglichen Konflikt längst vergessen und den Hass auf die Gegenseite zum Selbstzweck erhoben haben, braucht es eine weitere Erklärungsebene. Diese weist auch über den Fall der USA hinaus und hält einige allgemeine Schlüsse darüber bereit, wie und unter welchen Bedingungen moderne Gesellschaften sich ideologisch spalten können.

Seit Trumps Wahlsieg ist bekanntermaßen viel vom „postfaktischen Zeitalter“ die Rede. Nicht zu Unrecht halten viele das Schlagwort für einen unglücklichen Begriff, der wenig erklärt. Schließlich wird in der Politik und nicht nur dort seit jeher gelogen und getäuscht. Ebenso ist es ein alter Hut, dass Menschen die Welt mit verschiedenen Augen sehen – je nach sozialem Standort, Lebenserfahrungen, bevorzugten Informationsquellen und sozialem Umfeld. Dennoch ist es mehr als nur die schamlose Dreistigkeit eines pathologisch lügenden US-Präsidenten, die dem Begriff Konjunktur verschafft hat. Damit man mit einem solchen Verhalten zumindest bei einem Teil der Bevölkerung durchkommt, muss der Boden auf bestimmte Weise bereitet sein.

Auch dieses Pflügen begann schon lange vor Donald Trump. Über die vergangenen Jahrzehnte haben sich die USA nicht nur politisch in ein konservatives und ein liberales Lager aufgeteilt, sondern auch gesellschaftlich in zwei entsprechende Lebenswelten, in denen ganz unterschiedliche Wahrnehmungen von Realität produziert werden – sogenannte Echokammern.¹² Insbesondere der amerikanische Konservatismus hat sich kulturell und sozial von dem losgelöst, was seine Vertreter als liberalen Mehrheitsdiskurs empfinden, und ist fast schon zu einer Welt für sich geworden.

Eine wichtige Rolle spielte dabei die amerikanische Medienlandschaft: Der Aufstieg des konservativen Nachrichtensenders Fox News und seines liberalen Pendantes MSNBC hat das Auseinanderklaffen konträrer Realitätswelten besonders deutlich gemacht, ebenso wie die explosionsartige Zunahme eindeutig parteiischer Formate im Internet, wo gerade eine „zweite Welle“ noch aggressiverer Medienformate wie die rechtsnationalistische Nachrichtenseite „Breitbart News“

¹² Vgl. auch Torben Lütjen, Die Politik der Echokammer. Wisconsin und die ideologische Polarisierung der USA, Bielefeld 2016.

offenkundig an Boden gewinnt. Ein weiterer Faktor war, dass die Anhänger beider Parteien sich auch außerhalb der medialen Welt auseinandelerlebten. Denn wirklich wirkungsmächtig werden auch medial vermittelte Weltbilder erst, wenn sie den Nexus zur physischen und sozialen Lebenswelt finden.¹³ Wer den ganzen Tag Fox News sieht, aber in seinem Umfeld ständig mit Demokraten verkehrt, wird von der Weltsicht, die der Sender transportiert, zwangsläufig anders beeinflusst als ein Republikaner, der in einem geschlossenen konservativen Milieu verkehrt. Erst dort, wo das eine zum anderen passt, ist das System der Echokammer perfektioniert.

Die Zahl der Counties – in etwa vergleichbar mit deutschen Landkreisen –, die von einer der beiden Parteien mit einem Vorsprung von 20 Prozent oder mehr gehalten werden, hatte sich bereits 2008 im Vergleich zu den 1970er Jahren annähernd verdoppelt. Bei der Wahl 2016 waren es sogar acht von zehn Counties, in denen kein spannender Wettbewerb mehr gegeben und politische Monokulturen entstanden waren.¹⁴ Diese rasche Ausbreitung politischer Hochburgen ist das Resultat eines gewaltigen inneramerikanischen Migrationsprozesses: Immer mehr Amerikaner entscheiden sich bei einem Umzug, fortan in der Nachbarschaft von Gleichgesinnten zu leben: Demokraten ziehen in die Nähe anderer Demokraten, Republikaner dorthin, wo viele Republikaner wohnen. Dieser Prozess, den der Publizist Bill Bishop und der Soziologe Robert Cushing als *big sort* bezeichnet haben, muss nicht direkt aus politischen Gründen geschehen und kann vielmehr die Nebenfolge voneinander abweichender Lebensstilpräferenzen sein, die allerdings stark mit ideologischen Orientierungen korrelieren.¹⁵

Ein ganzes Land hat sich auf diese Art und Weise entlang ideologischer Spaltungslinien sortiert. In Amerikas Kirchen beten Demokraten

¹³ Vgl. Russell W. Neuman/Marion R. Just/Ann N. Crigler, Common Knowledge: News and the Construction of Political Meaning, Chicago 1992; Kathrin Cramer-Walsh, Talking Politics. Informal Groups and Social Identity in American Life, Chicago 2004, S. 23–27.

¹⁴ Vgl. Gregor Aisch/Adam Pearce/Karen Yourish, The Divide Between Red and Blue America Grew Even Deeper in 2016, 10. 11. 2016, www.nytimes.com/interactive/2016/11/10/us/politics/red-blue-divide-grew-stronger-in-2016.html?_r=0.

¹⁵ Vgl. Bill Bishop/Robert Cushing, The Big Sort. How the Clustering of Like-Minded Americans Is Tearing Us Apart, New York 2008.

und Republikaner heute in verschiedenen Gemeinden.¹⁶ Sie heiraten weniger untereinander und drücken in Umfragen ein wachsendes Unbehagen über die Möglichkeit aus, eines ihrer Kinder könnte einen Republikaner beziehungsweise eine Demokratin heiraten.¹⁷ Sie schauen unterschiedliche Fernsehsendungen und präferieren andere Helden: Demokraten die gebrochenen, postmodernen, moralisch ambivalenten Borderliner aus Serien wie „Dexter“ und „Mad Men“, Republikaner hingegen die „echten“ Amerikaner aus dem Reality-TV wie „Duck Dynasty“ und Castingshows, in denen es klare Gewinner und Verlierer gibt.¹⁸ Um den Preis der Zuspitzung ließe sich hinzufügen: Sie kaufen tendenziell sogar in unterschiedlichen Geschäften ein und besuchen verschiedene Restaurants, interessieren sich für andere Sportarten und treten nicht den gleichen Vereinen bei. College-Ratgeber wie die „Princeton Review“ informieren angehende Studenten und deren Eltern mittlerweile über die politischen Tendenzen der Colleges, was angesichts des Übergewichts liberaler Hochschulen vor allem für Konservative orientierend wirken dürfte.

So haben sich die Lebenswelten des liberalen und konservativen Amerika immer stärker auseinanderentwickelt, womit sich auch die Berührungspunkte zwischen Demokraten und Republikanern reduziert haben. Bereits Mitte der 1990er Jahre zeigten vergleichende Untersuchungen, dass US-Amerikaner weniger mit Mitbürgern mit anderen politischen Orientierungen sprachen als die Bürgerinnen und Bürger anderer Länder, ihre personalen Netzwerke also weitaus homogener sind.¹⁹ Man darf vermuten, dass die Gräben nach zwei weiteren Jahrzehnten der Hyperpolarisierung nicht weniger tief sind.

Das ist deshalb relevant, weil eine Vielzahl sozialwissenschaftlicher Studien eindeutig den Schluss nahelegen, dass soziale Gruppen, die ideologisch homogen sind und in denen der Dissens fehlt, sich in Richtung ihres ideologischen

Poles bewegen: Das ist die Logik der Echokammer, in die keine fremden Stimmen mehr eindringen, die bereits existierenden jedoch um ein Vielfaches verstärkt werden.²⁰ Amerikas Abgeordnete werden so aus sozialen Räumen nach Washington entsandt, in denen „Supermehrheiten“ dominieren und politischer Zentrismus oder Konsensorientierung nicht länger prämiert werden.

Im vergleichend-historischen Maßstab ist dieser politische Segmentierungsprozess in der Tat höchst erstaunlich. Als in den 1950er und 1960er Jahren zahlreiche Sozialwissenschaftler zu verstehen versuchten, warum die angelsächsischen im Gegensatz zu den kontinentaleuropäischen Demokratien so stabil schienen, war eine der zentralen Erklärungen, dass insbesondere die USA bei aller ethnischen Fragmentierung eben nicht jene geschlossenen politisierten Subkulturen kannten, die sich in Europa um die politischen Parteien gebildet hatten.²¹ Der Soziologe Seymour Lipset schrieb 1960 mit Blick auf Europa: „Wherever the social structure operates so as to isolate individuals or groups with the same political outlook from contact with those who hold different views, the isolated individuals or groups tend to back political extremists.“²² Amerikas vergleichsweise gemäßigte politische Kultur hingegen, so etwa der Politikwissenschaftler David Truman oder der Soziologe Talcott Parsons, sei gerade darin begründet, dass seine Bürgerinnen und Bürger über viele sich überlappende Mitgliedschaften in zivilgesellschaftlichen Organisationen verfügten und dadurch ein breites, heterogenes Kontaktfeld besäßen.²³

Heute aber scheinen sich die Lebenswelten des konservativen und liberalen Amerika weit auseinanderentwickelt zu haben. Natürlich waren die USA historisch stets in mannigfaltiger Weise segmentiert: regional, ethnisch, konfessionell, sozial,

16 Vgl. Robert D. Putnam/David E. Campbell, *American Grace: How Religion Divides and Unites Us*, New York 2010.

17 Vgl. Shanto Iyengar/Sean J. Westwood, *Fear and Loathing Across Party Lines. New Evidence of Group Polarization*, in: *American Journal of Political Science* 3/2014, S. 690–707.

18 Vgl. etwa Paul Hiebert, *How Our Television Reinforces Our Politics*, 13.2.2014, <https://psmag.com/-bf9ed7bfd80a>.

19 Vgl. Vgl. Diana C. Mutz, *Hearing the Other Side. Deliberative Versus Participatory Democracy*, Cambridge 2006, S. 49–54.

20 So jedenfalls die Theorie der „Gruppenpolarisierung“, zuerst eingeführt durch Serge Moscovici/Marisa Zavalloni, *The Group as a Polarizer of Attitudes*, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 2/1969, S. 125–135; vgl. auch Cass S. Sunstein, *Going to Extremes – How Like Minds Divide and Unite*, Oxford 2009.

21 Vgl. Gabriel A. Almond, *Comparative Political Systems*, in: *Journal of Politics* 3/1956, S. 391–409, insb. S. 406 ff.

22 Seymour Martin Lipset, *Political Man. The Social Base of Politics*, New York 1963, S. 76.

23 Vgl. David B. Truman, *The Governmental Process. Political Interests and Public Opinion*, New York 1951; Talcott Parsons, *Voting and the Equilibrium of the American Political System*, in: Eugene Burdick/Arthur J. Brodbeck (Hrsg.), *American Voting Behavior*, Glencoe 1959, S. 90–112.

kulturell.²⁴ Aber neben dem Fortbestehen dieser Spaltungen scheint das primäre Differenzkriterium gesellschaftlicher Segmentierung heute Ideologie zu sein. Konservativ oder liberal zu sein, Demokrat oder Republikaner – damit korrelieren heute eine Vielzahl anderer sozialer Merkmale.

PARADOXE INDIVIDUALISIERUNG

Amerikas Polarisierung ist daher nicht allein an politischen Gegensätzen zu messen – und vielleicht nicht einmal primär. Tatsächlich gab es in den 2000er Jahren eine durchaus einflussreiche Strömung innerhalb der amerikanischen Politikwissenschaft, die die politische Polarisierung als Mythos abtat.²⁵ Das klang zwar stets kontraintuitiv, aber es gab durchaus empirische Belege. Denn tatsächlich waren die Unterschiede in Bezug auf ideologisch konsistente Positionen in Sachfragen über die Jahre nicht wirklich beträchtlich gewachsen, was einige Politologen zu dem Schluss verführte, dass es noch immer eine breite politische Mitte gebe, deren Interessen von radikalisierten politischen Eliten und einer kleinen Minderheit von Parteiaktivisten nicht ernst genommen würden.

Mittlerweile aber scheint sehr viel klarer, dass sich Polarisierung eben nicht allein an Sachpositionen messen lässt, sondern sie auch ein stark affektives Element besitzt. Demokraten und Republikaner können sich buchstäblich nicht ausstehen, weil ihnen die Lebensweisen der jeweils anderen Seite fremd und zuwider sind und sie als Konsequenz homogener und einseitiger Informationsflüsse diese Gegenseite auch für radikaler halten, als sie tatsächlich ist.²⁶ Gesellschaften, in denen sich Lager gegenüberstehen, die sich nicht nur politisch markant unterscheiden, sondern auch lebensweltlich voneinander getrennt sind und zwischen denen es nur noch wenige oder keine diskursiven Brückenköpfe gibt, bekommen jedoch irgendwann unweigerlich ein demokra-

tisches Legitimitätsproblem. Davon zeugt nicht zuletzt der Niedergang europäischer Demokratien in der Zwischenkriegszeit.

Ein wichtiger Unterschied freilich besteht zwischen Amerikas Echokammern und den subkulturell extrem segmentierten Gesellschaften Europas, deren soziokulturelle Milieus vom 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts Takt und Rhythmus dieser Gesellschaften bestimmten. Denn während Letzteren stets ein Element des Zwanges beiwohnte und die Zugehörigkeit intergenerationell vererbt wurde, sind Erstere Orte der selbst gewählten Ghettoisierung. Sie handeln von einem Paradox: Je mehr Entscheidungsmöglichkeiten Menschen haben, desto mehr entscheiden sie sich für ein Leben in Eindeutigkeit und optieren dafür, bloß nicht zu sehr mit abweichenden Werthaltungen konfrontiert zu werden. Niemand wird dazu gezwungen, immer nur MSNBC oder Fox News zu schauen. Im Gegenteil: Niemals zuvor in der Geschichte waren in Bezug auf alternative Informationsquellen die Wahlmöglichkeiten so groß; und selten wurde davon so wenig Gebrauch gemacht. Tatsächlich sind es – auf beiden Seiten der Barrikade – gerade die wohlhabenderen und besser gebildeten Segmente der amerikanischen Gesellschaft, also jene, die auch in stärkerem Maße überhaupt die Möglichkeit und die Ressourcen haben, nach Lebensstilkriterien zu entscheiden, die besonders eifrige Kombattanten in Amerikas Kulturkriegen sind.²⁷

Es handelt sich um einen Prozess, der sich als „paradoxe Individualisierung“ bezeichnen lässt, da die gewonnenen Freiheiten zum Rückzug in die Echokammer eingesetzt werden: Man wählt, nicht ständig die Wahl haben zu müssen.²⁸ Aus dieser Perspektive erscheinen die USA dann vielleicht auch nicht so sehr als Nachzügler auf dem Gebiet der extremen ideologischen Polarisierung – sondern angesichts ihres Status als besonders stark individualisierte, fragmentierte Gesellschaft und ihrer Vorreiterrolle insbesondere bei der Pluralisierung des Medienmarktes eher als Vorbote einer generellen (Re-)Ideologisierung moderner Gesellschaften.

TORBEN LÜTJEN

lehrt als Gastprofessor für Politikwissenschaft am Max Kade Center for European Studies der Vanderbilt University in Nashville, USA.

torben.lutjen@vanderbilt.edu

24 Vgl. Claude Fischer/Greggor Mattson, *Is America Fragmenting?*, in: *Annual Review of Sociology* 35/2009, S. 435–455.

25 Am prominentesten Morris P. Fiorina/Samuel J. Abrams/Jeremy C. Pope, *Culture War? The Myth of a Polarized America*, New York 2005.

26 Vgl. Iyengar/Westwood (Anm. 17).

27 Vgl. Alan I. Abramowitz, *The Disappearing Center – Engaged Citizens, Polarization, & American Democracy*, New Haven 2010.

28 Vgl. hierzu ausführlicher Lütjen (Anm. 12).

MACHTKONTROLLE

Demokratische Stabilität durch checks and balances?

Eva Marlene Hausteiner

Man kann doch mit Gewissheit sagen, dass der wahre Test eines guten Regierungssystems in seiner Fähigkeit und Tendenz besteht, eine gute Regierung und Verwaltung hervorzubringen.

Alexander Hamilton,
68. Federalist-Artikel (1788)

Bereits als Präsidentschaftskandidat griff Donald Trump zentrale demokratische Normen wie Presse- und Meinungsfreiheit, die Unabhängigkeit der Gerichte und die individuelle Gleichbehandlung an und umgab sich mit Anhängern autoritärer Weltanschauungen. Auch seit seiner Amtseinführung als 45. Präsident der Vereinigten Staaten am 20. Januar 2017 zeichnet sich keine „Präsidialisierung“, keine Anpassung seines Verhaltens an das demokratische Normengefüge ab. Damit scheint die amerikanische Demokratie vor einem Belastungstest zu stehen. Viele Beobachter teilen die Befürchtung, dass Trumps Präsidentschaft die Glaubwürdigkeit und Stabilität des demokratischen Projekts von Liberalismus und Pluralismus untergraben könnte.⁰¹ Optimistischere Stimmen dagegen verweisen auf die einhegung der Macht der US-Institutionen, die eine Demontage der Demokratie verhindern könnten: Die Rede ist immer wieder von der Verlässlichkeit der *checks and balances* – einem Sicherungsmechanismus, der von den Gründervätern genau mit dem Ziel der Machtkontrolle in der US-Verfassung verankert wurde. Doch gibt es tatsächlich Grund zu der Annahme, dass die amerikanische Demokratie dank der *checks and balances* Trump unbeschadet überstehen wird?⁰²

GEGEN DIE TYRANNEI

Bei den *checks and balances* handelt es sich um Instrumente der Machtkontrolle und -gestaltung, die in der Gründungsphase der Vereinigten Staaten mit dem Ziel entworfen wurden, die freiheitliche republikanische Regierungsform zu schützen,

indem die Verfassungsorgane einander laufend in ihre Schranken weisen. Statt einer Verschränkung der Gewalten von Exekutive, Legislative und Judikative, wie sie in parlamentarischen Systemen wie der Bundesrepublik üblich ist, bleiben sie in der US-Verfassung weitgehend voneinander getrennt, aber stets aufeinander bezogen.⁰³

So wird der Präsident zwar über ein zwischengeschaltetes Wahlmännergremium vom Volk gewählt, unterliegt aber der Kontrolle des Kongresses bis hin zur möglichen Amtsenthebung. Der Kongress ist seinerseits vom Präsidenten abhängig, der ein nur mit Zweidrittelmehrheit überstimmbares Veto gegen Gesetzesinitiativen einlegen kann. Die vom Präsidenten nominierten und vom Senat geprüften, jedoch auf Lebenszeit berufenen Obersten Bundesrichter sind mit dem Schutz der Bürgerrechte gegenüber den Ambitionen der Mächtigen beauftragt, aber wiederum selbst Gegenstand legislativer und exekutiver Kontrolle.⁰⁴

Den Entwurf für die bis heute gültige Verfassung verteidigten die Staatsmänner Alexander Hamilton, James Madison und John Jay 1787/88 in den „Federalist Papers“, 85 in mehreren New Yorker Zeitungen veröffentlichten Artikeln, gerade mit Verweis auf diese Innovation der Machtkontrolle: Sie versprachen eine politisch neue Form der Stabilität, die zwar Macht beschränke, aber gleichzeitig mehre.⁰⁵ Mit dem Anspruch, aus der Verfallgeschichte anderer großräumiger Republiken gelernt zu haben, traten die Gründerväter ihren Kritikern entgegen: Eine kluge Verfassung könne eine handlungsfähige Zentralregierung ermöglichen und dennoch – durch *checks and balances*, föderale Machtteilung und Repräsentation – die Gefahr der übermäßigen Machtkonzentration und damit der Tyrannei bannen.⁰⁶

Hinter dieser Logik der Machtgestaltung steht ein eher nüchternes Menschenbild: Individuen sind unweigerlich von ihren Leidenschaften (*passions*) geleitet. Madison, Hamilton und Jay plädierten dafür, diese vermeintliche Schwä-

che mittels einer Mechanik der Leidenschaften konstruktiv umzumünzen: „Machtstreben muß Machtstreben entgegenwirken. Zwischen dem persönlichen Interesse des Amtsinhabers und den Verfassungsrechten des Amtes muß ein innerer Zusammenhang bestehen. (...) Wenn die Menschen Engel wären, so bräuchten sie keine Regierung. Wenn Engel die Menschen regierten, dann bedürfte es weder innerer noch äußerer Kontrollen der Regierenden. Entwirft man jedoch ein Regierungssystem von Menschen über Menschen, dann besteht die große Schwierigkeit darin: Man muß zuerst die Regierenden befähigen, die Regierten zu beherrschen, und sie dann zwingen, die Schranken der eigenen Macht zu beachten.“⁰⁷ Diese institutionelle Strategie der Machtgestaltung bedeutete in den Augen der Autoren eine bahnbrechende politische Neuerung.

Doch die Verfassungsväter erkannten auch die Grenzen ihres Modells: „A republic, if you can keep it“, erwiderte Benjamin Franklin nach Beschluss der verfassungsgebenden Versammlung 1787 auf die Frage, um welche Art von Gebilde es sich bei den neu gegründeten Vereinigten Staaten handle.⁰⁸ Eine latente Fragilität wohne dem System durchaus inne, trotz seiner Stählung durch Sicherheitsmechanismen: Eine Ausbalancierung der Leidenschaften der Bevölkerung und der Interessengruppen (*factions*) funktioniere nur, solange ein Mindestmaß an Bürgertugend seitens der Regierenden gewährleistet sei. Damit die *checks and balances* greifen, müssen sie auch genutzt werden. Hierfür reiche es nicht aus, wenn Amtsträger ihrem Machtstreben folgen – entscheidend sei die Auswahl der Volksvertreter gemäß ihrer Begabung und Gemeinwohlorientierung, gerade in den höchsten Verfassungsorganen. Institutio-

nen müssen also in der Elitenauswahl Tugendhaftigkeit privilegieren und völlig Ungeeignete von den Schalthebeln der Macht fernhalten. Die Regierungsform baue auf ein gewisses Vertrauen in die Tugend der Amtsträger – aber auch auf eine Förderung von Tugendhaftigkeit.⁰⁹

Aus dieser Überzeugung erklärt sich die herausgehobene Rolle des Senats, eines „gemäßigten und angesehenen Gremiums von Mitbürgern“¹⁰ mit dem Auftrag der Kontrolle von Exekutive, Judikative und Gesetzgebung. Auch die Existenz des oft für obsolet erklärten Wahlmännergremiums, dessen vom Volk bestellte Mitglieder bei der Wahl des Präsidenten nur ihrem Gewissen verantwortlich sind, ist dem Tugendimperativ der Gründerväter geschuldet. Bei allen liberalen Argumenten für ein marktförmiges Zusammenspiel von Individualambitionen bekannten diese sich letztlich zu einer republikanischen Haltung, die auf die Gemeinwohlorientierung und Tugend einer ausgewählten Elite baut. Ihre Republik ist keine reine Demokratie, sondern impliziert insofern gleichsam aristokratische Elemente, als die Bevölkerung von ausgewählten, als besonders tugendhaft und leistungsfähig erachteten Vertretern repräsentiert wird, die die Stabilität der freiheitlichen Ordnung gewährleisten sollen.

DER TRUMP-TEST

Mit der Präsidentschaft Trumps steht nicht nur die Stabilität von Verfassungsnormen für die kommenden Jahre infrage; ihre strukturelle Aushöhlung könnte auch langfristige Auswirkungen haben. Seine Pläne zur faktischen Einschränkung des Wahlrechts und zur Rodung des öffentlichen Bildungssystems sowie seine Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit und die Delegitimierung der freien Presse und der unabhängigen Justiz haben das Potenzial, bleibenden Schaden zu hinterlassen.

01 Siehe z.B. Orin Kerr, *The Trump Break Point. Imagining Checks and Balances in the Age of Trump*, 9. 11. 2016, www.washingtonpost.com/news/volokh-conspiracy/wp/2016/11/09/the-trump-break-point. Für wertvolle Anmerkungen danke ich Florian Böller und Siegfried Weichlein.

02 Für entsprechende deutsche Stimmen siehe z.B. Berthold Kohler, *Amerikas Abwendung von der Welt*, 11. 11. 2016, www.faz.net/-14520518.html; Kurt Kister, *Amerika wählt den großen Spalter*, 9. 11. 2016, www.sueddeutsche.de/politik/-1.3241431. Exemplarisch für die wenigen optimistischen Stimmen in der US-Debatte vgl. Jon Michaels, *The Founders Anticipated Trump. We Can Handle This*, 11. 11. 2016, www.latimes.com/opinion/op-ed/la-oe-michaels-checks-balances-trump-20161111-story.html.

03 Vgl. Alexander Hamilton/James Madison/John Jay, 51. Artikel, in: Angela Adams/Willi Paul (Hrsg.), *Die Federalist-Artikel*, Paderborn 1994, S. 313ff.

04 Vgl. Michael Stokes Paulsen/Luke Paulsen, *The Constitution. An Introduction*, New York 2015, S. 35ff.

05 Vgl. Scott C. Pandich, *Six out of Seven: The Missing Sin of Federalist 51*, in: *Perspectives on Political Science* 3/2007, S. 148–152, hier S. 149.

06 Vgl. Alexander Hamilton/James Madison/John Jay 47. Artikel, in: Adams/Paul (Anm. 3), S. 291 f.

07 Dies. (Anm. 3), S. 314.

08 Zit. nach Papers of Dr. James McHenry on the Federal Convention of 1787, in: *The American Historical Review* 3/1906, S. 618.

09 Vgl. Alexander Hamilton/James Madison/John Jay, 56. Artikel, in: Adams/Paul (Anm. 3), S. 341–346.

10 Dies., 63. Artikel, in: ebd., S. 382.

Die von der Verfassung mit der Machtkontrolle betrauten Akteure, deren Aufgabe es wäre, diese Bedrohungen der Verfassung zu entschärfen, sind bislang kaum aktiv geworden. Eine erste Gelegenheit verstrich bereits im Herbst 2016. Angesichts vieler Frühwarnsignale hätte vor der Amtsübergabe an Trump das eigens zu diesem Zweck existierende Wahlmännerkolleg eingreifen können: Laut Verfassung hat das Gremium nicht nur die Möglichkeit, sondern die republikanische Pflicht, die Wahl eines ungeeigneten Kandidaten zum US-Präsidenten zu unterbinden. Diese einzigartige Unabhängigkeit der Wahlmänner diene der „moralische[n] Gewißheit“, „daß das Amt des Präsidenten nie einem Mann zufallen wird, der nicht in hervorragendem Maß die erforderlichen Eigenschaften besitzt. Die Begabung zur gemeinen Intrige und die kleinen Tricks zur Popularität reichen vielleicht noch dafür aus, einen Mann an die Spitze eines Einzelstaates zu befördern, aber es bedarf anderer Gaben“ für die Präsidentschaft.¹¹ Diese Kontrollmöglichkeit hat das Gremium nicht genutzt und sich so erneut dem Vorwurf der Obsoleszenz ausgeliefert.¹²

Seit Trumps Amtseinführung ist es der Kongress, der in der Pflicht steht, den Präsidenten in die Schranken der Verfassung zu weisen. Die Verfassungsväter schätzten die stabilisierende Rolle der Legislative und insbesondere des Senats als essenziell ein – als „vorausschauende Sicherung gegen die Tyrannei ihrer [der Bevölkerung] eigenen Leidenschaften“.¹³ Konkret bedeutet dies, dass die Abgeordneten laut US-Verfassung problematische Kabinettsnominierungen im Senat blockieren, ihr Budgetrecht und parlamentarisches Aufsichtsrecht gegenüber der Exekutive in Anspruch nehmen und im Extremfall den Präsidenten des Amtes entheben können.

In der Realität fällt die Kontrolle von Trumps bisherigen politischen Weichenstellungen seitens der Legislative äußerst schwach aus. Zwar zeigen demokratische Abgeordnete öffentlichkeitswirksam latente und eskalierende Missstände auf, institutionell sind sie aufgrund ihrer Minderheitenposition aber weitgehend handlungsunfähig. Die Formierung einer parteiübergreifenden Gegenmacht zeichnet sich nicht ab. Die republikanischen Angehörigen des Repräsentantenhauses

wie auch die traditionell unabhängigeren Senatoren priorisieren die Erhaltung ihrer Machtposition im *unified government*, wie die Konstellation bezeichnet wird, in der sowohl Präsidentenamt als auch beide Kammern des Kongresses von derselben Partei dominiert werden. Als Partei signalisieren die Republikaner damit, dass sie die eigene kurzfristige Agenda über demokratische Prozeduren und Normen stellen – und damit das Partikularinteresse über das Gemeinwohl. Das Scheitern der Gesundheitsreform im März 2017 ist in diesem Zusammenhang weniger als Widerstand gegen den Präsidenten denn als Symptom innerparteilicher Uneinigkeit zu verstehen.

So werden die zahlreichen Verletzungen des Ethikkodex durch die Präsidentialadministration, wie etwa das Anpreisen der Modekollektion von Trumps Tochter Ivanka durch die Präsidentenberaterin Kellyanne Conway, bislang nicht durch die zuständigen, sämtlich republikanisch dominierten Kongressgremien geahndet. Der Vorsitzende des Aufsichtsausschusses, Jason Chaffetz, empfahl lediglich, Disziplinarmaßnahmen zu erwägen, die jedoch ausblieben. Schwerer noch wiegt die Berufung von Kabinettsmitgliedern, die wie der ehemalige Chef des Erdölkonzerns Exxon-Mobile, Rex Tillerson, nun Außenminister, oder der frühere Hedgefonds-Manager Steven Mnuchin, nun Finanzminister, in Interessenkonflikte verstrickt sind – wobei hier nicht nur die Republikaner und darunter auch lautstarke Kritiker wie Senator John McCain die präsidentiale Agenda letztlich mittrugen, sondern auch zahlreiche demokratische Senatoren. Besonders erstaunlich ist die Weigerung vieler republikanischer Kongressmitglieder, die russische Beeinflussung der Präsidentschaftswahl 2016 durch einen unabhängigen Sonderermittler untersuchen zu lassen und damit künftigen Manipulationen vorzubeugen, die potenziell auch ihre eigene Partei treffen könnten. Hinzu kommt die weitgehende Toleranz gegenüber anhaltenden Angriffen auf die Judikative und die freie Presse: Unliebsame Gerichtsurteile zum Einreiseverbot quittierte der Präsident mit der Bezeichnung des Bundesrichters James Robart als „sogenannten Richter“, während die Presse zunächst zur „Opposition“ und im Folgenden sogar zum „Feind des amerikanischen Volkes“ erklärt wurde. Neu ist daran nicht der Konflikt mit der Judikative beziehungsweise der journalistischen „vierten Gewalt“, sondern der offene Versuch, Kritik an sich zu delegitimieren. Nur wenige republikanische Kongressmitglieder

¹¹ Dies., 68. Artikel, in: ebd., S. 413f.

¹² Vgl. etwa Alexander Keyssar, *Why Do We Still Have the Electoral College?*, Cambridge 2017.

¹³ Hamilton/Madison/Jay (Anm. 10), S. 382.

haben sich bislang zu Wort gemeldet, um Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen.

Bisher hat lediglich die Judikative den Präsidenten bei konkreten Vorhaben wie dem Einreiseverbot für Staatsangehörige sieben muslimischer Länder in die Schranken der Verfassung gewiesen. Allerdings handelt es sich bei den Gerichten um das allerletzte Bollwerk der Rechtsstaatlichkeit, das nur gelegentlich – anlässlich konkreter Gesetze und Erlasse – und oft mit beträchtlicher Verzögerung einschreiten kann. So konnte der in der Ära George W. Bush erklärte „Krieg gegen den Terror“ nicht gänzlich, sondern nur an neuralgischen juristischen Punkten entschärft werden; die ab 2002 vorgenommene Umgehung der Zivilgerichte wurde erst Jahre später zurückgewiesen. Und auch die Judikative ist eng in das System der *checks and balances* eingebunden: Zwar kann der Oberste Gerichtshof Gesetze außer Kraft setzen, doch ist er nicht außerpolitisch. Der Präsident hat mit der Neubenennung von Richtern auf Lebenszeit im Falle einer Vakanz die Möglichkeit, den juristischen Widerstand gegen seine Vorhaben langfristig zumindest zu reduzieren.

EROSIONSGEFAHR

Für die bisherige Zurückhaltung der Legislative und auch des Wahlmännerkollegs, ihre Kontrollinstrumente gegenüber der Exekutive konsequent einzusetzen, sind mindestens drei Entwicklungen maßgeblich.

Erstens ist die Wirksamkeit der *checks and balances* vom Eingreifen politischer Akteure abhängig. Das politische System der Vereinigten Staaten ist aber von einer zunehmenden Polarisierung geprägt, die mit einer offenbar nahezu bedingungslosen Parteiloyalität einhergeht.¹⁴ Die eigentlich nur ihrem Gewissen verantwortlichen Kongressmitglieder – und auch Wahlmänner – scheinen vor allem von *partisanship* geleitet zu sein: Das Abstimmungsverhalten der Politiker richtet sich fast ausnahmslos nach Parteizugehörigkeit.¹⁵ Ohne ei-

nen definitiven Bruch zwischen Partei und Präsident ist in diesem Klima jeglicher Widerstand höchst unwahrscheinlich. Das impliziert, dass etwaige Amtsenthebungsszenarien – ob es sich nun um ein klassisches *impeachment* wegen Amtsvergehen handelt oder um die Feststellung der Amtsunfähigkeit durch den Vizepräsidenten mit Zustimmung des Kabinetts oder des Kongresses, wie sie der 25. Zusatzartikel der Verfassung vorsieht – unrealistisch bleiben, solange die Zustimmungswerte für den Präsidenten nicht weiter drastisch sinken und die Republikaner einen machtpolitischen anstelle eines verfassungsbewahrenden Grundes haben, ihm die Gefolgschaft zu kündigen.

Zweitens ist das Präsidentenamt in einigen Politikbereichen wie der Verteidigungs- und Einwanderungspolitik mit wachsenden Kompetenzen ausgestattet, die dem Zugriff anderer Verfassungsorgane teilweise entzogen sind. Zur ursprünglich in der Verfassung festgelegten Machtfülle des Präsidenten sind neue Instrumente hinzugekommen, die außerhalb der unmittelbaren Reichweite des Kongresses liegen, darunter etwa Überwachungsprogramme der National Security Agency.¹⁶ Der Historiker Arthur Schlesinger diagnostizierte bereits in der Amtszeit von US-Präsident Richard Nixon von 1969 bis 1974 diese langfristige Entwicklung zu einer „imperial presidency“, deren Macht monarchische und kaum kontrollierbare Ausmaße annehme.¹⁷ Mit der Etablierung des nationalen Sicherheitsapparates und immer häufigeren Exekutivdekretten hat sich dieser Trend verstetigt.

Drittens konnte im Präsidentschaftswahlkampf 2016 beobachtet werden, dass vorpolitische Faktoren beträchtlichen Einfluss auf den politischen Prozess gewonnen haben und den Handlungsrahmen jener Akteure einschränken, die laut Verfassung die Möglichkeit zur Machtkontrolle hätten. Neben der bekanntermaßen engen Verknüpfung zwischen politischer Macht und ökonomischen Ressourcen – kulminiert in der Deutung unternehmerischer Wahlbeeinflussung als Redefreiheit durch den Obersten Gerichtshof¹⁸ – ist für den Einfluss Trumps

¹⁴ Siehe auch den Beitrag von Torben Lütjen in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.)

¹⁵ Das sogenannte *party sorting*, der Mangel an Zusammenarbeit zwischen Demokraten und Republikanern, ist als Manifestation der zunehmenden Frontenbildung zwischen liberalen, urbanen Küstenregionen und dem konservativen *heart land* interpretiert worden. Vgl. Bill Bishop, *The Big Sort. Why the Clustering of Like-Minded America is Tearing Us Apart*, New York 2008; Alan I. Abramowitz/Morris P. Fiorina, „The Big Sort“ That Wasn't: A Skeptical Reexamination, in: *Political Science & Politics* 2/2012, S. 203–210.

¹⁶ Vgl. Andrew Rudalevige, *The New Imperial Presidency: Renewing Presidential Power After Watergate*, Ann Arbor 2005.

¹⁷ Arthur Schlesinger, *The Imperial Presidency*, Boston–New York 1973.

¹⁸ Vgl. *Citizens United v. Federal Election Commission*, United States District Court for the District of Columbia, 18.7.2008.

die technologische Transformation der öffentlichen Sphäre zentral. Mit der direkten Ansprache „des Volkes“ über soziale Medien entzieht sich Trump dem Wechselspiel der Verfassungsorgane bei der politischen Meinungsbildung. Zugleich verfügt er durch die skrupellose Missachtung der Idee von Wahrheit und Faktizität über weit reichende Manipulationsmöglichkeiten in einer Öffentlichkeit, die zunehmend in Echokammern gespalten, aber zentral über Twitter erreichbar ist. Bereits im Wahlkampf nutzte Trump die medial aufgeheizte Stimmung, um seine hochgradig mobilisierten Gefolgsleute zu Gewalt gegen Kritiker zu animieren.¹⁹ Derartige Aufrufe sowie die Androhung von Beleidigungsklagen und Strafverfolgung haben sukzessive eine Drohkulisse errichtet, die die Bereitschaft zum Dissens verringert.

Für diese Effekte – parteipolitische Polarisierung, erweiterte Machtfülle des Präsidenten sowie vorpolitische Machtmittel im politischen Prozess – ist nicht allein Trump ursächlich verantwortlich. Ein Präsident, dessen erklärtes politisches Programm und Rhetorik in vielerlei Hinsicht in diametralem Gegensatz zu grundlegenden Normen und Traditionen der US-Politik stehen, kann aber die Gefahr für die US-Verfassungsordnung eskalieren, indem er die Aushöhlung der Institutionen destruktiv nutzt. Dadurch, dass die anderen Verfassungsorgane Trumps offene Verletzung von Rede- und Handlungskonventionen nicht sanktionieren, verschieben sich die Grenzen des Geduldeten: Vor dem Hintergrund bislang verpuffter „Skandale“ verblasst der Ausnahmecharakter jeder neuen Transgression – die Verletzung demokratischer Normen wird schrittweise normalisiert und eine wirksame Machtkontrolle immer unwahrscheinlicher.

In Ausmaß und Geschwindigkeit ist dies ein Novum: Die beliebten Vergleiche mit Richard Nixons Watergate („Pussygate“, „Kremlingate“) greifen nur, falls den Verfassungsverletzungen Konsequenzen folgen, also Rücktritt oder Amtsenthörung. Trump weiter gewähren zu lassen, wird die Glaubwürdigkeit und Effektivität der *checks and balances* weiter beschädigen – und so-

mit auch den breiten Konsens über die Notwendigkeit demokratischer Verfahren wie der Rechenschaftspflicht der Regierenden.

NEUE GEFAHREN, NEUE KONTROLLEN?

Die Hoffnung der Verfassungsväter, dass die Ballung exekutiver Macht in einer einzigen Person diese Macht besonders transparent und kontrollierbar mache, hat sich nicht bewahrheitet. Vielmehr erweist sich das Präsidentenamt derzeit als besonders anfällig für Machtkonzentration und Machtmissbrauch.²⁰ Vor diesem Hintergrund scheinen drei Szenarien denkbar: eine langsame Dekonsolidierung,²¹ eine schnell eskalierende Verfassungskrise – sollte Trump etwa ein Urteil des Obersten Gerichtshofes missachten – oder eine Revitalisierung der demokratischen Ordnung. Welche Strategien stehen denjenigen, die eine Selbstbeschädigung der US-Demokratie verhindern wollen, zur Verfügung?

Es läge zunächst nahe, jene Lücken in der US-Verfassung zu schließen, die die Wirksamkeit der *checks and balances* beeinträchtigen: Der Machtzuwachs des Präsidentenamtes könnte eingeschränkt oder in der Gleichgewichtsmechanik berücksichtigt werden; die Oppositionspartei könnte auch in Konstellationen des *unified government* mit Handlungsoptionen ausgestattet werden; und auch eine Förderung der Effektivität der Elitenauswahl wäre denkbar. Überlegungen, diese Lücken zu schließen – ob es sich dabei nun um ursprüngliche Konstruktionsfehler handelt oder um die Tatsache, dass eine Verfassung des späten 18. Jahrhunderts ökonomischen und technologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts schlicht nicht gerecht werden kann – stoßen jedoch auf realpolitische Hindernisse.

Verfassungsänderungen sind in den Vereinigten Staaten auch jenseits der erforderlichen Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern des Kongresses samt Zustimmung aller Bundesstaaten schwierig: Der Text gilt zwar als interpretationsfähig, in seiner Struktur aber als unantastbar. Po-

¹⁹ Vgl. Nick Corasaniti/Maggie Haberman, Donald Trump Suggests „Second Amendment People“ Could Act Against Hillary Clinton, 10.8.2016, www.nytimes.com/2016/08/10/us/politics/donald-trump-hillary-clinton.html?_r=0.

²⁰ Vgl. Alexander Hamilton/James Madison/John Jay, 70. Artikel, in: Adams/Paul (Anm. 3), S. 424 ff.

²¹ Als Diagnose zunehmender Dekonsolidierung auch in vermeintlich gefestigten Demokratien vgl. Roberto Stefan Foa/Yascha Mounk, The Signs of Deconsolidation, in: Journal of Democracy 1/2017, S. 5–15.

litische Spielräume werden aus seiner oft stark divergierenden Auslegung gewonnen, nicht aber aus einer problemorientierten Weiterentwicklung. Die Vorstellung der Perfektion der Verfassung ist dabei nicht allein auf ihre emphatische Verteidigung durch die Gründerväter zurückzuführen – diese gaben nämlich bereitwillig zu, dass das System zwar „insgesamt gelungen“, aber durchaus „nicht in jedem Teilaspekt vollkommen“ sei.²² Die Illusion konstitutioneller Perfektion ist letztlich das Resultat einer sukzessiven Sakralisierung, die sich mittlerweile auch am Umgang mit ihren materiellen und symbolischen Dimensionen niederschlägt.²³ So sinnvoll eine Verfassungsreform also wäre, so unwahrscheinlich erscheint sie – auch angesichts der beschriebenen gesellschaftlichen und parteiichen Polarisierung, in der solche Reformen stets dem Interesse einer Partei zuwiderliefen.

Einstweilen müssen sich jene, die um die US-Demokratie besorgt sind, also auf Kontrollmöglichkeiten innerhalb des bestehenden Verfassungsrahmens konzentrieren. Die föderale Struktur des Staates ist Teil dieser Verfassungsarchitektur: Sie gilt als vertikale Komponente der Gewaltenteilung, die die Umgehung der Zentralgewalt im regionalen Kontext ermöglicht. Beispiele sind die *sanctuary cities*, jener Metropolen also, die bei der Abschiebung illegaler Einwanderer Deportationsrichtlinien nicht umsetzen, oder gliedstaatliche Alleingänge beispielsweise in Kalifornien bei der Bekämpfung des Klimawandels.

Zur kurzfristigen Anfechtung konkreter Maßnahmen der Trump-Administration bleiben ihre Kritiker auf den sporadisch sichtbaren Widerstand der Bürokratie angewiesen.²⁴ Eine mittelfristige Stärkung der Exekutivkontrolle können Bürgerinnen und Bürger anstreben, indem sie sich mit Blick auf künftige Wahlen auf Bundes-

und Staatenebene für die Demokraten einsetzen. Sie können sich aber auch selbst zivilgesellschaftlich engagieren und protestieren, streiken oder versuchen, ihre Kongressabgeordneten zu aktivieren. Debattiert wird derzeit die Frage, an welchem Punkt die Verletzung von Gesetzen, die den Verfassungskern bedrohen, normativ erlaubt sei – hier erweist sich die Grenze zwischen einer zivilgesellschaftlichen Machtkontrolle und zivilem Ungehorsam als fließend.²⁵

Langfristig sind freilich auch solche potenziell drastischen Mechanismen der Machtkontrolle nicht ausreichend, um grundlegende Defizite der US-Demokratie auszugleichen: Die *checks and balances* sind – auch in einer erweiterten Definition, die zivilgesellschaftliches Engagement und den Widerstand von Behörden einschließt – letzte Hindernisse gegen Machtmissbrauch. Die Voraussetzungen einer vitalen Demokratie, die ihrerseits weniger Anreize zu einem solchen Missbrauch böte, können sie nicht schaffen. Vielmehr könnten Protestbewegungen in der gegenwärtigen Lage die gesellschaftliche Spaltung weiter intensivieren.

Es sind also langfristige Lösungen zur Abmilderung jener Polarisierung, die den „Trumpismus“ erst ermöglicht hat, erforderlich – etwa die Förderung der Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Prozess, die Bewahrung einer funktionierenden öffentlichen Sphäre und die Intensivierung politischer Bildung. Eine solche Revitalisierung zeichnet sich derzeit nur punktuell ab. Die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement und Protest war direkt nach Trumps Wahl und Amtseinführung beträchtlich, ist aber seitdem abgeflaut. Inwieweit sie Kanäle der Verstetigung finden und politischen Einfluss entfalten kann, ohne die gesellschaftliche Spaltung weiter voranzutreiben, bleibt abzuwarten. Gelänge die Revitalisierung der amerikanischen Demokratie, könnte diese für die ihrerseits immer stärker polarisierten Gesellschaften Europas ein weiteres Mal zum Vorbild werden.

EVA MARLENE HAUSTEINER

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und derzeit John F. Kennedy Memorial Fellow am Center for European Studies der Harvard University in Cambridge, USA.
evahausteiner@uni-bonn.de

22 Alexander Hamilton/James Madison/John Jay, 85. Artikel, in: Adams/Paul (Anm. 3), S. 532.

23 Zur Debatte zwischen Anhängern des „Originalismus“, die die ursprüngliche Intention der Verfassung privilegieren, und des „Living Constitutionalism“, die den Verfassungstext interpretatorisch weiterentwickeln, vgl. das Symposium Originalism and Living Constitutionalism, in: Boston University Law Review 4/2014, S. 1127–1307.

24 Vgl. Jack Goldsmith, *Libertarian Panic, Unlawful Action, and the Trump Presidency*, 22.11.2016, <https://lawfareblog.com/libertarian-panic-unlawful-action-and-trump-presidency>.

25 Konzeptionell zu zivilem Ungehorsam vgl. Robin Celikates, *Democratizing Civil Disobedience*, in: Philosophy & Social Criticism 10/2016, S. 982–994.

VON BARACK OBAMA ZU DONALD TRUMP

Martin Luther Kings Traum vor dem Ende?

Manfred Berg

In den vergangenen acht Jahren stand die Diskussion über die *race relations* in den Vereinigten Staaten unter der Leitfrage, ob die Wahl des ersten schwarzen US-Präsidenten eine historische Zäsur bedeute. Im November 2008 feierten Barack Obamas Anhänger seinen Wahlsieg als magischen Augenblick, in dem sich der kollektive Traum des schwarzen Freiheitskampfes erfülle. Auch viele Konservative, die Obama nicht unterstützt hatten, werteten seinen Einzug ins Weiße Haus gleichwohl als Bestätigung ihrer Ansicht, dass Amerika das historische Erbe des Rassismus überwunden habe und auf dem Weg zu einer „postrassistischen“ Gesellschaft sei, in der allein individuelle Leistung zähle und eine besondere Förderung von Minderheiten (*affirmative action*) nicht mehr nötig sei.

Die anfängliche Euphorie wich allerdings bald der Ernüchterung. Vor allem während Obamas zweiter Amtszeit lösten spektakuläre Fälle tödlicher Polizeigewalt gegen Schwarze – 2014 in Ferguson im Bundesstaat Missouri und 2015 in Baltimore – heftige Diskussionen über Rassismus in den US-Institutionen aus und entfachten wütende Proteste. Obwohl der Präsident deutlich Stellung bezog, warfen prominente afroamerikanische Kritiker Obama vor, er tue zu wenig gegen den Rassismus von Polizei und Strafjustiz. Manche befanden gar, die Lage der schwarzen Amerikaner sei heute nicht besser als Ende der 1960er Jahre, als sich ihre Wut und Frustration in blutigen Unruhen Luft machten.

Eine realistische Beurteilung von Obamas Wirken in dieser Frage muss jedoch berücksichtigen, dass er vor dem klassischen Dilemma afroamerikanischer Politiker stand, auch weiße Wählerinnen und Wähler gewinnen und übergreifende Koalitionen schmieden zu wollen, ohne dabei die schwarze Basis zu verprellen. Zwar gelang Obama dieser Spagat bei den

Präsidentenwahlen 2008 und 2012 gleich zweimal, aber jeweils nur etwa 40 Prozent der weißen Wählerinnen und Wähler stimmten für ihn – ein historischer Tiefstand für einen US-Präsidenten.⁰¹ Teile der weißen Wählerschaft argwöhnten stets, Obama mache auf ihre Kosten Politik zugunsten der schwarzen Minderheit. Damit war sein Handlungsspielraum gerade in den *race relations* eng begrenzt.⁰² Obama mag daher die in ihn gesetzten hohen Erwartungen enttäuscht haben. Doch mit seinem Nachfolger Donald Trump ist, so fürchten viele Bürgerrechtler, die „Gegenrevolution“ ins Weiße Haus eingezogen.

MAKE AMERICA WHITE AGAIN?

Auch wenn Trump im Wahlkampf seine rassistischen und xenophoben Tiraden vornehmlich gegen mexikanische Einwanderer und Muslime richtete, zielten seine Botschaften doch unverkennbar auf die Mobilisierung der Furcht vieler weißer Amerikanerinnen und Amerikaner vor dem Verlust ihrer politischen, sozialen und kulturellen Hegemonie. Ob Trump seinen Wahlsieg entscheidend einem *white backlash* gegen die von Obama verkörperten Fortschritte der Schwarzen in der amerikanischen Gesellschaft verdankt, ist umstritten. Vor einem solchen wird gewarnt,⁰³ seit die Bürgerrechtsbewegung vor über 50 Jahren das Ende der Segregation und die rechtliche und politische Gleichberechtigung der schwarzen Minderheit erkämpft hat. Einige Politologen verweisen darauf, dass viele Trump-Wähler aus der *white working class* 2008 und 2012 noch für Obama gestimmt hatten, aber offenkundig enttäuscht waren, dass der wirtschaftliche Aufschwung während seiner Präsidentschaft an ihnen vor-

beigegangen ist.⁰⁴ Allerdings hatte Trump auch keinerlei Berührungängste gegenüber weißen Ressentiments.

Ab 2011 hatte der ehrgeizige New Yorker Immobilienunternehmer öffentlich die Kampagne der sogenannten *birthers* befeuert, die behaupteten, Obama sei nicht in den Vereinigten Staaten geboren und daher laut Verfassung gar nicht für das Amt des Präsidenten wählbar. Der erste schwarze US-Präsident, so die perfide Botschaft, sei ein Usurpator. Amerikanische Rechtsradikale, die ein rein weißes Amerika durch „friedliche ethnische Säuberungen“ anstreben, feierten Trumps Wahlsieg mit „Heil Trump“-Rufen und dem Hitlergruß.⁰⁵ Trump distanzierte sich zwar vom *lunatic fringe* unter seinen Anhängern, aber für den oft geäußerten Verdacht, sein Wahlslogan „Make America great again!“ bedeute eben auch „Make America white again!“, lassen sich gute Gründe anführen.

Immerhin griff Trump im Wahlkampf die schwarzen Amerikaner nicht direkt an, sondern warb sogar um ihre Stimmen. Jahrzehntlang hätten sie den Demokraten die Treue gehalten, rechnete der Kandidat den afroamerikanischen Wählerinnen und Wählern vor, doch jetzt sei es an der Zeit, etwas Neues zu probieren: „Ihr lebt in Armut, Eure Schulen sind schlecht, 58 Prozent Eurer Jugend sind arbeitslos – Was zur Hölle habt Ihr zu verlieren?“, fragte er auf seinen Wahlkampfveranstaltungen. Kritiker empfanden sich darüber, dass Trump 40 Millionen

Afroamerikaner mit der schwarzen Ghettobe-völkerung identifiziere und in Wirklichkeit nur die rassistischen Stereotype seiner weißen Anhänger reproduziere.⁰⁶

Trumps Werben blieb denn auch weitestgehend erfolglos, und nur rund acht Prozent der schwarzen Wählerschaft stimmte für ihn. Doch könnte die gegenüber 2008 und 2012 merklich geringere Wahlbeteiligung der Afroamerikaner entscheidend dafür gewesen sein, dass Hillary Clinton in Wisconsin, Michigan und Pennsylvania mit hauchdünnem Rückstand verlor und Trump damit die Mehrheit im Wahlmännerkollegium zufiel, obwohl er insgesamt rund drei Millionen Stimmen weniger erhielt als seine Konkurrentin. Nach der Wahl bedankte sich Trump öffentlich bei allen schwarzen Wählerinnen und Wählern, die zu Hause geblieben waren. Diese Geste kann nur als Zynismus aufgefasst werden, denn seit Jahren versuchen republikanisch dominierte Bundesstaaten unter dem Vorwand, Wahlbetrug bekämpfen zu wollen, den vornehmlich für die Demokraten stimmenden Minderheiten die Registrierung und Stimmabgabe zu erschweren.⁰⁷

Als Donald Trump einen Monat nach seiner Amtseinführung das 2016 eingeweihte National Museum of African American History and Culture in der Hauptstadt Washington besuchte, bekannte er sich emphatisch zum Kampf gegen „Bigotterie, Hass und Intoleranz“.⁰⁸ Wie wenig sich der neue US-Präsident jedoch dem Erbe der Bürgerrechtsbewegung verpflichtet fühlt, demonstrierte er mit der Nominierung des erzkonservativen Senators Jeff Sessions aus Alabama für das Amt des Justizministers. Bereits 1986 hatte US-Präsident Ronald Reagan Sessions für das Amt eines Bundesrichters in Alabama nominiert, doch hatte der Senat dem Kandidaten wegen rassistischer Äußerungen die Bestätigung verwei-

01 Vgl. Ruy Teixeira/John Halpin, *The Obama Coalition in the 2012 Elections and Beyond*, Washington D.C. 2012, S. 4–8.

02 Vgl. Manfred Berg, *Begrenzter Handlungsspielraum: Obama und das Problem des Rassismus*, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 2/2017, S. 97–109.

03 Vgl. etwa Carol Anderson, *White Rage: The Unspoken Truth of Our Racial Divide*, New York 2016.

04 Vgl. Cornell Belcher, *Trump Is the Inevitable Backlash to an Obama Presidency*, 10. 11. 2016, www.theguardian.com/commentisfree/2016/nov/10/donald-trump-election-backlash-obama-presidency-white-voters; Thomas B. Edsall, *Donald Trump's Political Stew*, 9. 3. 2017, www.nytimes.com/2017/03/09/opinion/donald-trumps-political-stew.html.

05 Vgl. Michael Barbaro, *Donald Trump Clung to „Birther“ Lie for Years, and Still Isn't Apologetic*, 16. 9. 2016, www.nytimes.com/2016/09/17/us/politics/donald-trump-obama-birther.html; Daniel Lombroso/Yoni Applebaum, *„Hail Trump!“ White Nationalists Salute the President-Elect*, 21. 11. 2016, www.theatlantic.com/politics/archive/2016/11/richard-spencer-speech-npi/508379; Charles M. Blow, *Trump: Making America White Again*, 21. 11. 2016, www.nytimes.com/2016/11/21/opinion/trump-making-america-white-again.html.

06 Vgl. Meaghan Keneally, *Trump's Attack on Rep. John Lewis Spotlights Tenuous Relationship with African-Americans*, 16. 1. 2017, abcnews.go.com/Politics/story?id=44807515.

07 Vgl. Richard Fausset et al., *Donald Trump's Description of Black America Is Offending Those Living in It*, 24. 8. 2017, www.nytimes.com/2016/08/25/us/politics/donald-trump-black-voters.html; Aaron Rugar, *Donald Trump Thanks African Americans for Not Voting*, 16. 12. 2016, <https://thinkprogress.org/-2d35f-bf00753#kfnb9h62u>.

08 Zit. nach Jeremy Diamond, *Trump Pledges to Unite „Divided Country“ After African-American History Museum Visit*, 21. 2. 2017, <http://edition.cnn.com/2017/02/21/politics/donald-trump-visits-african-american-museum>.

gert. Coretta Scott King, die Witwe des 1968 ermordeten Bürgerrechtlers Martin Luther King, hatte Sessions damals beschuldigt, als Staatsanwalt schwarze Wählerinnen und Wähler in Alabama eingeschüchtert zu haben.⁰⁹

Sessions' Nominierung zum Justizminister, dem für die Durchsetzung der Bürgerrechte wichtigsten Amt auf der Bundesebene, provozierte auch dieses Mal Proteste zahlreicher Bürgerrechtsgruppen sowie des Black Congressional Caucus, dem Zusammenschluss der afroamerikanischen Mitglieder des US-Kongresses. Die liberale Bürgerrechtslobby warf Sessions vor, dass er als Senator gegen nahezu alle Gesetzesvorlagen gestimmt hatte, die die Rechte ethnischer und sexueller Minderheiten stärken sollten. Zudem gilt er als Befürworter einer strikten Begrenzung der Einwanderung. Jeff Sessions, so charakterisierte ihn ein demokratischer Abgeordneter, wolle in die Zeiten zurück, als „Schwarze sich duckten, Schwule sich versteckten, Einwanderer unsichtbar waren und Frauen in der Küche blieben“.¹⁰ Die Opposition gegen Sessions' Nominierung hatte allerdings keinen Erfolg, denn erwartungsgemäß votierte die republikanische Senatsmehrheit für seine Ernennung zum Attorney General.

Seine Unterstützer haben Sessions entschieden gegen den Vorwurf des Rassismus verteidigt. Aber Bürgerrechtler befürchten, der weiße Südstaatler Sessions werde sein Ministerium künftig davon abhalten, zentrale Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung hochzuhalten. Gewiss wird er nicht mit ähnlichem Engagement für die Rechte der schwarzen Minderheit eintreten wie seine beiden afroamerikanischen Amtsvorgänger Eric Holder und Loretta Lynch.

Diese Einschätzung gilt für die Trump-Administration insgesamt, in der weiße Männer in einer Weise dominieren, wie es seit den 1960er Jahren nicht mehr der Fall war. Das einzige schwarze Kabinettsmitglied ist der Neurochirurg Benjamin Carson, der 2016 zunächst selbst in den republikanischen Vorwahlen angetreten war und sich später hinter Trump stellte. Carson

genießt internationale Anerkennung als Mediziner, verfügt aber über keinerlei Regierungserfahrung. Als Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung leitet er ein Ressort, zu dessen Aufgaben die Bekämpfung der Armut in Amerikas Großstädten gehört und das deshalb für die afroamerikanische Bevölkerung besonders wichtig ist. Carson ist allerdings als Kritiker des Wohlfahrtsstaates bekannt und betrachtet Armutsbekämpfung als Aufgabe der Privatwirtschaft und religiöser Gemeinschaften.¹¹

Was die schwarze Minderheit von Trumps Präsidentschaft im Einzelnen zu erwarten hat, bleibt jedoch, wie so vieles andere auch, vorläufig unklar. Drohen nach den euphorischen Hoffnungen, mit Barack Obamas Präsidentschaft erfülle sich Martin Luther Kings Traum von einem Amerika ohne Rassismus, nun das jähe Ende dieses Traums und die Restauration der „weißen Vorherrschaft“? Im Folgenden wird ein kursorischer Blick auf vier Themenbereiche geworfen, die seit der Bürgerrechtsbewegung im Zentrum der Debatten über die *race relations* stehen. Um Trumps Wahlkampfparole aufzunehmen: Was haben die schwarzen Amerikanerinnen und Amerikaner eigentlich zu verlieren?¹²

ÜBERWINDUNG DER RASSENTRENNUNG

Vor der Bürgerrechtsära herrschte in den Vereinigten Staaten nahezu überall das „Jim-Crow-System“, wie die rassistische Kastenordnung und institutionalisierte Rassentrennung im Volksmund genannt wurden. Im Süden schrieb das Gesetz die Segregation vor, im Rest des Landes wurde sie vielerorts informell praktiziert. Die Abschaffung der Rassentrennung war daher das vordringliche Ziel der Bürgerrechtsbewegung und zugleich ihre bedeutendste Errungenschaft. Im Juli 1964 verabschiedete der US-Kongress mit dem Civil Rights Act ein Gesetz, das Rassentrennung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens

⁰⁹ Vgl. Erin McCann, Coretta Scott King's 1986 Statement to the Senate About Jeff Sessions, 8.2.2017, www.nytimes.com/2017/02/08/us/politics/elizabeth-warren-coretta-scott-king-jeff-sessions.html.

¹⁰ Luis Gutierrez zit. nach Daniel Marans, Civil Rights Groups Condemn Nomination of Jeff Sessions as Attorney General, 18.11.2016, www.huffingtonpost.com/entry/582f12fde4b058ce7aaaa2b8.

¹¹ Vgl. Jose A. DelReal, Ben Carson's Nomination to Lead HUD Advances to Full Senate Vote, 24.1.2017, www.washingtonpost.com/news/post-politics/wp/2017/01/24/ben-carsons-nomination-to-lead-hud-advances-to-full-senate-vote.

¹² Das Folgende beruht auf Manfred Berg, Was ist aus Martin Luther Kings Traum geworden? Amerikas schwarze Minderheit seit der Bürgerrechtsbewegung, in: Michael Butter et al. (Hrsg.), Von Selma bis Ferguson. Rasse und Rassismus in den USA, Bielefeld 2016, S. 73–92.

untersagte. Vor allem in den Bereichen Konsum und öffentliche Unterhaltung vollzog sich die Desegregation überraschend schnell. Die Furcht vieler Geschäftsleute vor dem Verlust ihrer weißen Kunden erwies sich als unbegründet, tatsächlich zog das Wirtschaftswachstum sogar an.¹³ Die Rückkehr zu einer *Whites-only*-Welt mit segregierten Parks, Restaurants, Hotels und so weiter ist heute, außer vielleicht in der Fantasie nostalgischer Rassisten, völlig unvorstellbar.

Allerdings ging es bei der Forderung nach Integration von Anfang an auch um Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand und um Chancengleichheit für die schwarze Minderheit. Insbesondere gegen die Desegregation der Schulen, von der sich afroamerikanische Eltern bessere Bildungs- und Aufstiegschancen für ihre Kinder erhofften, gab es nicht nur im Süden massiven, teils gewalttätigen Widerstand. Erst als Bundesregierung und Bundesgerichte seit Mitte der 1960er Jahre energische Anstrengungen zur Integration der Schulen unternahmen, fiel die Zahl der Schulkinder im Süden, die eine rein schwarze Schule besuchten, innerhalb kurzer Zeit von 80 auf 25 Prozent. Seit den frühen 1990er Jahren jedoch lockerten die Gerichte zuvor bindende Auflagen, weil Zwang angeblich nicht mehr erforderlich sei. Daraufhin passten viele Städte und Gemeinden ihre Schulbezirke wieder den weiterhin stark nach Hautfarbe getrennten Wohnvierteln an, sodass eine De-facto-Resegregation einsetzte. Inzwischen besuchen drei Viertel aller afroamerikanischen Schülerinnen und Schüler wieder Schulen, die mehrheitlich schwarz sind.¹⁴

Obwohl es keine Belege dafür gibt, dass die Integration des Bildungswesens zulasten der weißen Schüler geht, bleibt das Thema äußerst kontrovers. Verbindliche Vorgaben für die Integration lokaler Schuldistrikte sind bei vielen weißen Wählerinnen und Wählern extrem unpopulär, vor allem wenn sie auf Drängen des Bundes durchgesetzt werden. Unter Jeff Sessions, einem langjährigen Verfechter einzelstaatlicher und lokaler Autonomie, wird das US-Justizministerium vermutlich keine weiteren Anstrengungen zur Integration des Bildungswesens unternehmen. Sollte

es der Trump-Regierung gelingen, die Bundesgerichte mit möglichst vielen konservativen Richtern zu besetzen, dürfte auch die Justiz immer weniger bereit sein, entsprechende Vorgaben durchzusetzen.

WIRTSCHAFTLICHE TEILHABE UND CHANCENGLEICHHEIT

Das System der Segregation hielt Afroamerikaner von qualifizierten Tätigkeiten fern und beschränkte sie auf schlecht bezahlte Jobs. Das 1964 im Civil Rights Act kodifizierte Verbot, im Arbeits- und Erwerbsleben aufgrund von „Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder nationaler Herkunft“ zu diskriminieren, ebnete weitreichenden *Affirmative-action*-Programmen den Weg, von denen nicht nur Schwarze, sondern auch andere Minderheiten sowie die Frauen in Amerika profitiert haben. Der öffentliche Sektor spielte dabei eine Vorreiterrolle, aber auch immer mehr private Unternehmen begannen, gezielt Angehörige von Minderheiten zu rekrutieren. Inzwischen gilt die ethnische Vielfalt der Belegschaft als wirtschaftlicher Vorteil.

Obwohl Ökonomen argumentieren, dass die Öffnung der Arbeitswelt keineswegs auf Kosten der weißen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegangen sei, ist *affirmative action* bei vielen weißen Amerikanern jedoch als Inbegriff umgekehrter Diskriminierung verhasst. Im Fokus der Debatten um Quoten und *affirmative action* stehen meist die Elite-Universitäten, deren Abschlüsse als Garantie für steile Karrieren und gut bezahlte Jobs gelten und die für die *white working class* ebenso unerreichbar sind wie für die sogenannte *black underclass*.¹⁵ Angesichts des hohen Symbolwertes von *affirmative action* für ihre weiße Anhängerschaft steht zu erwarten, dass die Trump-Administration nicht nur jegliche Unterstützung des Bundes für gezielte Minderheitenförderung einstellen, sondern diese nach Möglichkeit auch aktiv bekämpfen wird.

Die Reformen der 1960er Jahre haben unbestreitbar zur Entstehung einer vitalen schwarzen Mittelklasse beigetragen. Dennoch ist die materielle Ungleichheit zwischen schwarzen und

¹³ Vgl. Gavin Wright, *Sharing the Prize: The Economics of the Civil Rights Revolution in the American South*, Cambridge MA 2013, S. 74–105.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 150–182, hier S. 160f.; Nicole Hannah-Jones, *Segregation Now*, in: *Atlantic Monthly*, Mai 2014, S. 68–81.

¹⁵ Vgl. Wright (Anm. 13), S. 105–149; Terry H. Anderson, *The Pursuit of Fairness. A History of Affirmative Action*, New York 2004, S. 275–84.

weißen Amerikanern nach wie vor eklatant. Die Arbeitslosen- und Armutsquoten unter der afroamerikanischen Bevölkerung liegen im Durchschnitt konstant doppelt so hoch wie für Weiße; Mitte der 2010er Jahre lebten knapp unter 30 Prozent der schwarzen Amerikaner in Armut.¹⁶ Die Gründe dafür sind ebenso kontrovers wie die Frage, ob staatliche Maßnahmen daran etwas ändern können. Konservative bestreiten, dass sozialpolitische Maßnahmen den Armen helfen, und warnen, der Wohlfahrtsstaat perpetuiere lediglich eine Kultur der Abhängigkeit. Liberale und Linke sehen die weit überproportionale Armut unter der schwarzen Bevölkerung dagegen auch als Folge von strukturellem Rassismus und fortgesetztem Sozialabbau unter dem Banner des Neoliberalismus.¹⁷

Auch Donald Trump beklagte im Wahlkampf 2016, dass Amerikas *black community* sich in einem schlechteren Zustand befindet als je zuvor, und versprach, die schwarzen Ghettos in den Innenstädten zu sanieren. Doch könnte Trumps Versprechen für arme Afroamerikaner eher eine Drohung sein, denn als Geschäftsmann hat der jetzige US-Präsident mit Luxussanierungen sehr viel Geld verdient. Gleichwohl könnten Trumps Ankündigungen, die US-Wirtschaft durch ein gigantisches Infrastrukturprogramm anzukurbeln und durch eine protektionistische Handelspolitik Jobs in die Vereinigten Staaten „zurückzuholen“, in Teilen der *black community* und bei einigen schwarzen Politikern ebenso auf Sympathien treffen wie sein Versprechen, zukünftig würden „illegale Einwanderer“ Amerikanern nicht mehr die Arbeitsplätze „wegnehmen“. Für die von Globalisierung und Deindustrialisierung gebeutelte schwarze Arbeiterschaft ist Trumps ökonomischer Nationalismus grundsätzlich genauso attraktiv wie für die *white working class*.

16 Vgl. Anna Louise Sussman, *Black Unemployment Falls Below 10%, Still Twice the Rate for Whites*, in: *Wall Street Journal*, 4. 8. 2015, <http://blogs.wsj.com/economics/2015/08/04/black-unemployment-falls-below-10-still-twice-the-rate-for-whites>; Carmen DeNavas-Walt et al., *Income, Poverty, and Health Insurance Coverage in the United States*, U.S. Census Bureau, Washington D.C. 2013.

17 Vgl. Berg (Anm. 12), S. 80f. Zur Debatte über Armut und strukturellen Rassismus vgl. ders., *Struktureller Rassismus oder pathologisches Sozialverhalten? Die Debatte über die Black Underclass in den USA*, in: Winfried Fluck/Welf Werner (Hrsg.), *Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie? Armut und Reichtum in den USA*, Frankfurt/M. 2003, S. 47–70.

KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG UND STRAFJUSTIZ

In seiner Rede zur Amtseinführung kündigte der neue US-Präsident darüber hinaus an, er werde entschlossen gegen die Bandengewalt und die Drogenkriminalität vorgehen, „die schon zu viele Menschenleben gefordert haben. Dieses amerikanische Blutbad wird aufhören: hier und jetzt!“¹⁸ Tatsächlich war und ist die Gewaltkriminalität in der schwarzen Bevölkerung erschreckend hoch, auch wenn die Kriminalitätsraten seit den 1990er Jahren gesunken sind. Etwa die Hälfte aller Mordopfer in den Vereinigten Staaten sind Afroamerikaner; diese haben ein sechsmal höheres Risiko als Weiße, ermordet zu werden. In mehr als 90 Prozent aller Fälle sind auch die Täter Schwarze. Niemand leidet unter dieser Bandenkriminalität mehr als die innerstädtische afroamerikanische Bevölkerung selbst.¹⁹

Allerdings ist unklar, wie US-Präsident Trump die Gewalt in den Ghettos stoppen will. Schon heute haben die USA das drakonischste Strafrecht der gesamten westlichen Welt. Derzeit sitzen in Amerikas Gefängnissen mehr als zwei Millionen Strafgefangene ein, die Inhaftierungsquote von über 700 pro 100 000 Einwohner ist die höchste weltweit. Afroamerikaner, etwa 12,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, stellen knapp 40 Prozent der Gefängnisinsassen, ihre Inhaftierungsquote liegt sechsmal höher als bei Weißen.²⁰ Kritiker argumentieren, die massenhafte Inhaftierung afroamerikanischer Männer habe ein neues Jim-Crow-System geschaffen, Amerikas Strafjustiz sei nach wie vor durch einen tief sitzenden strukturellen Rassismus geprägt.²¹ Als eine der wichtigsten Triebkräfte dieser Entwicklung gilt der seit Jahrzehnten geführte „Krieg gegen die Drogen“, der weit überproportional Schwarze hinter Gitter gebracht hat. Inzwischen mehren sich die

18 Donald J. Trump, *Inaugural Address*, Washington D.C. 20. 1. 2017, www.whitehouse.gov/inaugural-address.

19 Vgl. Alexia Cooper/Erica L. Smith, *Homicide Trends in the United States, 1980–2008*, U.S. Department of Justice, Washington D.C. 2011, S. 3, S. 13; Berg (Anm. 12), S. 82–85; Franklin Zimring, *The Great American Crime Decline*, New York 2007.

20 Vgl. The Sentencing Project, *Fact Sheet: Trends in U.S. Corrections*, Washington D.C. 2015, <http://sentencingproject.org/wp-content/uploads/2016/01/Trends-in-US-Corrections.pdf>.

21 Vgl. etwa Michelle Alexander, *The New Jim Crow: Mass Incarceration in the Age of Colorblindness*, New York 2010.

Stimmen, die eine grundlegende Reform der Strafjustiz und ein Ende der Masseninhaftierung fordern, doch ob diese Gehör finden, ist zweifelhaft, denn nach wie vor ist „Härte gegen Kriminelle“ in der US-Politik ein populärer Schlachtruf.

Dass Trump bereit ist, den institutionellen Rassismus in Strafjustiz und Polizei überhaupt als Problem anzuerkennen, geschweige denn etwas dagegen zu unternehmen, darf man getrost ausschließen. Im Wahlkampf präsentierte er sich als strammer *Law-and-order*-Kandidat, der sich vorbehaltlos mit Amerikas Polizei solidarisierte und die Protestbewegung Black Lives Matter, die Polizeibrutalität gegen Minderheiten anprangert, für den Tod von Polizisten verantwortlich machte. Kurz nach seinem Amtsantritt bekräftigte der Präsident, seine Administration werde alles tun, um das „polizeifeindliche Klima“ zu beenden.²² Unterstützung für ein Ende der Politik des Wegsperrens ist von Trump ebenfalls nicht zu erwarten. Reformer hoffen, bestenfalls werde er sich entsprechenden Initiativen in den Einzelstaaten nicht entgegenstellen.²³

POLITISCHE PARTIZIPATION

Neben dem Bürgerrechtsgesetz von 1964 war das Wahlrechtsgesetz von 1965 die zweite große Errungenschaft der Bürgerrechtsbewegung.²⁴ Das Gesetz unterstellte Wählerregistrierung und Urnengang im Süden, wo Schwarze durch Einschüchterung und Schikanen weitgehend von der politischen Mitwirkung ausgeschlossen waren, der Aufsicht des Bundes. Obwohl die Hüter der weißen Vorherrschaft den Voting Rights Act durch neue Manipulationsversuche auszuhebeln versuchten, erwies sich das Gesetz als äußerst wirkungsvoll, weil das Bundesjustizministerium, die Bundesgerichte und der US-Kongress seine Durchsetzung und Weiterentwicklung entschlossen vorantrieben. Innerhalb kürzester Zeit

verdoppelte sich die Zahl registrierter afroamerikanischer Wählerinnen und Wähler und erreichte Ende der 1970er Jahre das Niveau der weißen Südstaatler. Zwischen 1964 und 1970 verzehnfachte sich im Süden die Zahl der gewählten schwarzen Mandatsträger. Das Wahlrechtsgesetz hatte zudem maßgeblichen Anteil daran, dass die Zahl der schwarzen Abgeordneten und Senatoren im US-Kongress zwischen 1965 und 2014 von sechs auf 43 anstieg. Gegenwärtig haben über 10 000 schwarze Amerikaner landesweit ein Wahlamt inne.²⁵

Für die afroamerikanische Minderheit bleiben politische Repräsentation und Gewicht an den Wahlurnen essenziell. Alle sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Errungenschaften und Fortschritte der vergangenen 50 Jahre resultierten aus politischen Interventionen, vor allem vonseiten der Bundesregierung.²⁶ Wo hingegen der politische Wille zur Durchsetzung der Bürgerrechtsgesetze schwand, gab es Rückschläge, wie etwa bei der Resegregation der Schulen. Auch an der Diskriminierung durch Polizei und Justiz wird sich nur durch politisches Handeln etwas ändern. Die Polarisierung der amerikanischen Politik nach Hautfarbe ist dabei freilich ein größeres Hindernis als der „traditionelle“ Rassismus. Während die Republikanische Partei sich seit Jahrzehnten zu einer fast ausschließlich weißen, extrem konservativen Partei entwickelt hat, wählt die überwältigende Mehrheit der Afroamerikaner loyal die Demokraten.²⁷ Die Republikaner sehen daher keine Anreize, schwarzen Wählerinnen und Wählern politische Angebote zu machen, ihr Interesse besteht vielmehr darin, sie möglichst vom Wählen abzuhalten. Als Trump den Afroamerikanern dankte, die sich der Wahl enthalten und ihm damit zum Sieg verholfen hätten, bekannte er sich in seltener Freimütigkeit zu dieser Strategie.²⁸

²² Siehe Standing Up For Our Law Enforcement Community, 2017, www.whitehouse.gov/law-enforcement-community.

²³ Vgl. Yasha Gunasekera, What Does a Trump Presidency Mean for Criminal Justice Reform?, 4. 1. 2017, <http://thehill.com/blogs/pundits-blog/crime/312638-what-does-a-trump-presidency-mean-for-criminal-justice-reform>.

²⁴ Zu beiden Gesetzen vgl. Manfred Berg, The Ticket to Freedom. Die NAACP und das Wahlrecht der Afroamerikaner, Frankfurt/M. 2000, S. 375–423.

²⁵ Vgl. ders., From White Supremacy to the White House: Racial Disfranchisement, Party Politics, and Black Political Integration, in: Georgiana Banita/Sascha Pöhlmann (Hrsg.), Electoral Cultures: American Democracy and Choice, Heidelberg 2015, S. 31–49.

²⁶ Vgl. Wright (Anm. 13), S. 262.

²⁷ Siehe auch den Beitrag von Torben Lütjen in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

²⁸ Vgl. Fausset et al. und Rugar (beide Anm. 7). Siehe allgemein Frances Fox Piven et al., Keeping Down the Black Vote: Race and the Demobilization of American Voters, New York 2009.

Dabei zeichnet sich in den vergangenen Jahren eine bedenkliche Rückkehr zu den alten schmutzigen Tricks des scheinlegalen Wahlrechtsentzugs ab. Immer mehr republikanisch dominierte Bundesstaaten haben neue Wahlgesetze beschlossen, die Briefwahlen und vorzeitige Stimmabgabe einschränken und von Wählerinnen und Wählern verlangen, sich durch ein offizielles Dokument auszuweisen, über das in einem Land ohne Melde- und Ausweispflicht aber gerade die Armen und Angehörigen ethnischer Minderheiten häufig nicht verfügen. Angeblich sollen diese Maßnahmen Wahlbetrug verhindern, doch Kritiker sehen sie als Versuche, Minderheiten vom Wählen abzuhalten. Zudem schließen viele Bundesstaaten Personen mit einer Vorstrafe ganz vom Wahlrecht aus. Schätzungsweise betrifft dies etwa 5,3 Millionen Afroamerikaner, darunter vier Millionen, die ihre Strafe längst verbüßt haben. Etwa 13 Prozent aller erwachsenen schwarzen Männer können deshalb nicht wählen.²⁹

Nach der Präsidentschaftswahl 2016 behauptete Trump, übrigens ohne jeden Beleg, Hillary Clintons Vorsprung bei der Gesamtzahl der Stimmen beruhe darauf, dass drei bis fünf Millionen Stimmen illegal für seine Gegenkandidatin abgegeben worden seien.³⁰ Vermutlich sollte das „alternative Wahlergebnis“ sein Ego befriedigen. Doch Trumps Ankündigung, entschlossen gegen illegale Wählerinnen und Wähler vorgehen zu wollen, könnte auch bedeuten, dass die Partizipationsrechte der Afroamerikaner und anderer Minderheiten weiter unter Druck geraten, vor allem falls ein konservativ dominierter Oberster Gerichtshof den Geltungsbereich des Voting Rights Act einschränken sollte. Ob sich die Republikanische Partei dadurch, dass sie Minderheiten möglichst von den Wahlurnen fernhält, gegen die demografische Entwicklung immunisieren kann, ist allerdings fraglich.

²⁹ Vgl. Wendy R. Weiser/Lawrence Norden, Voting Law Changes in 2012, New York 2011; Alexander (Anm. 21), S. 153–156.

³⁰ Vgl. Aron Blake, Donald Trump Claims None of Those 3 to 5 Million Illegal Votes Were Cast for Him, 26. 1. 2017, www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2017/01/25/donald-trump-claims-none-of-those-3-to-5-million-illegal-votes-were-cast-for-him-zero.

³¹ Vgl. Sean Wilentz, The Age of Reagan. A History 1974–2008, New York 2008, S. 180–185.

FAZIT

Auch wenn viele Wählerinnen und Wähler Donald Trumps sich ein Amerika wünschen mögen, in dem Weiße dauerhaft die demografische und politische Mehrheit bilden, so steht die Wiederherstellung des alten Jim-Crow-Systems gewiss nicht auf der Agenda der Trump-Administration. Diskriminierende Maßnahmen und Gesetze werden sich zudem vermutlich in erster Linie gegen Einwanderer aus Lateinamerika und gegen Muslime richten.

Im Hinblick auf die Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung könnte die Politik der Reagan-Administration zwischen 1981 und 1989 Trump als Orientierung dienen. Auch Reagan hatte unverhohlen an den *white backlash* appelliert und dann die Durchsetzung der Bürgerrechtsgesetze und Antidiskriminierungsvorschriften bewusst schleifen lassen, war dabei jedoch im Kongress auf Widerstand gestoßen.³¹ Ob ein republikanisch dominierter Kongress heute ein Gegengewicht zu einer bürgerrechts- und minderheitenfeindlichen Politik der Trump-Administration bilden könnte, erscheint jedoch zweifelhaft, denn die Partei des weißen, konservativen Amerika hat daran wenig Interesse. Im Gegenteil: Vor allem eine restriktive Auslegung und Verwässerung des Voting Rights Act würde es den Republikanern ermöglichen, ihre politische Vormachtstellung zu zementieren. Durch die Besetzung des Obersten Gerichtshofes und der Bundesgerichte mit konservativen Richtern könnte es der Trump-Administration zudem gelingen, den *backlash* gerichtsfest zu machen. Den demografischen Wandel, der die weißen Amerikaner in wenigen Jahrzehnten von einer Bevölkerungsmehrheit zur nur noch größten Minderheit machen wird, wird dies jedoch nicht aufhalten können.

MANFRED BERG

ist Curt-Engelhorn-Stiftungsprofessor für Amerikanische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Heidelberg.

manfred.berg@zegk.uni-heidelberg.de

INNENANSICHTEN VON TRUMPS AUSSENPOLITIK

Josef Braml

Grundlegend für die sorgfältige Analyse der künftigen Außenpolitik der USA wird neben außenpolitischen Machtfaktoren insbesondere ihre „Innenseite“ sein.⁰¹ Denn es sind Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger innerhalb der Vereinigten Staaten, die äußere Entwicklungen so oder anders „wahr“-nehmen und ihr Handeln entsprechend ausrichten und nicht zuletzt auch gegenüber den Amerikanerinnen und Amerikanern rechtfertigen.

NEUE WELTUNORDNUNG

Nach Einschätzung führender US-Sicherheitsexpertinnen und -Politiker befinden sich die USA in einer Zeitenwende.⁰² „Wir leben inmitten einer dieser historischen, prägenden Zeiten. (...) Wir erleben, wie eine neue Weltordnung – nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Zerfall der Sowjetunion – errichtet wird“, warnte im Herbst 2014 der scheidende US-Verteidigungsminister Chuck Hagel seine Landsleute.⁰³ Die „unipolare Weltordnung“, der „unipolare Moment“,⁰⁴ sei nunmehr vorbei: Das historische Zeitfenster, das den Vereinigten Staaten nach dem Ende der Sowjetunion und der Blockkonfrontation für ein knappes Vierteljahrhundert größeren Handlungsspielraum eröffnete, hat sich wieder geschlossen.

Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim im Frühjahr 2014 und seine „hybride“ Kriegsführung in der Ostukraine, die die Ukraine und die Sicherheitsarchitektur Europas zu destabilisieren drohen, waren nur ein weiteres Indiz für das Muster einer neuen „Weltordnung“. ⁰⁵ Denn noch mehr beunruhigen die Weltplaner in Washington seit geraumer Zeit das wirtschaftliche und militärische Wachstum Chinas sowie seine territorialen Ansprüche im Ost- und Südchinesischen Meer. Mit seinem aggressiven Verhalten fordert das Reich der Mitte nicht

nur die amerikanische Vormachtstellung in der Region heraus, sondern gefährdet auch die liberale Weltordnung.

Seit dem für viele unerwarteten Ergebnis der US-Präsidentschaftswahlen 2016 droht eine weitere, nicht minder ernst zu nehmende Gefahr für die liberale Weltordnung: Mit Donald Trumps Wahl zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten entschieden sich die Amerikanerinnen und Amerikaner gegen das politische „Establishment“ in Washington, gegen ihre Rolle als globale Ordnungsmacht und gegen das freiheitliche Amerika, das vielen Menschen weltweit Vorbild und Orientierung war.⁰⁶

Unter Trumps Führung könnten sich die USA noch stärker nach innen orientieren und wegen der gravierenden Probleme im Innern ihre Ordnungsrolle in der Welt preisgeben. Sollte Trump sein isolationistisches Credo „America first“ wahr machen und, wie im Wahlkampf angedroht, rücksichtslos amerikanische Interessen durchsetzen, Sicherheitsallianzen wie die NATO ignorieren und Handelskriege vom Zaun brechen, würde er im gleichen Zug die von den Vereinigten Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg gehegte westlich orientierte Weltordnung untergraben.

Während die neue US-Regierung den Rückzug ins nationalistische Schneckenhaus als goldenen Weg sehen könnte, scheut China mit seiner umfassenden Seidenstraßeninitiative „One Belt, one Road“ keine diplomatischen Schritte und wirtschaftlichen Investitionen, um den Welthandel in seinem Sinne neu zu ordnen. Während Chinas Staatsführer Xi Jinping sich im Januar 2017 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos in internationalistischer Rhetorik übte, für offene Märkte warb und die Globalisierung verteidigte, redete Trump bei seiner Amtseinführung dem Protektionismus das Wort, polterte wie im Wahlkampf gegen Freihandel und drohte mit Zöllen.⁰⁷

Europa wird sich auf mehrere Szenarien einstellen und eigene Strategien entwickeln müssen, wie es sich in dieser sich rapide verändernden geopolitischen Machtkonstellation ausrichten will. Es gilt, herauszufinden, wer sich in den Vereinigten Staaten im innenpolitischen Diskurs mit welchen Weltordnungsvorstellungen durchsetzen wird. Das ist auch von großem Interesse für deutsche Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft, denn die Handelsnation Deutschland ist von jener regelbasierten liberalen Weltordnung abhängig, die von den Vereinigten Staaten maßgeblich mitgeprägt wurde und auch wieder zerstört werden kann.

KONKURRIERENDE WELTBILDER

Das Leitbild amerikanischer Außenpolitik bewegte sich im Laufe ihrer Geschichte kontinuierlich zwischen Absonderung von der Welt und missionarischem Drang zur Weltverbesserung.⁰⁸ Der selbstverständene Ausnahmecharakter der USA, der sogenannte Exzeptionalismus,⁰⁹ manifestierte sich dementsprechend in unterschiedlicher Weise: zum einen, indem die „beinahe auserwählte“ Nation,¹⁰ die „city upon a hill“,¹¹ selbstgenügsam der Welt als leuchtendes Vorbild diente, zum anderen, indem sie die Welt aktiv verändern wollte,¹² sei es mit di-

plomatischen oder militärischen Mitteln, sei es durch Alleingänge oder mit Unterstützung anderer Staaten.

Die Weltbilder der liberalen Internationalisten, die vorübergehend den Ton in der US-Außenpolitik angegeben haben, und der Realisten, die nach dem Debakel des Irak-Krieges 2003 wieder dominanter geworden sind, könnten unterschiedlicher nicht sein. Liberale Internationalisten haben ein optimistisches Menschenbild und wollen eine friedlichere Weltordnung demokratischer Staaten schaffen und Freihandel fördern; sie sind auch bereit, aus humanitären Gründen einzugreifen. Realisten hingegen sehen die menschliche Natur skeptischer und hegen keine Entwicklungsperspektive. Sie haben ein rein machtpolitisch garantiertes zwischenstaatliches Arrangement im Sinn und fordern internationales Engagement mit Augenmaß – nur bei Bedrohung des „vitalen“ Sicherheitsinteresses oder wenn äußere Gefahr in Verzug ist. Denn, so die Warnung der Realisten, es besteht auch immer die innere Gefahr der Überdehnung eigener (politischer) Ressourcen. Der aktuelle innenpolitische Widerstand gegen internationales Engagement, ein isolationistischer Reflex, der sich an beiden Rändern des politischen Spektrums in den USA formiert hat, bedeutet Wasser auf die Mühlen der Realisten.

Deren Wortführer versuchen, ihre Vorstellungen im politischen Diskurs durchzusetzen, sprich die Worthülse „nationales Interesse“ mit

01 Vgl. Gert Krell, *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, Baden-Baden 2009. Zur Grundidee der (neuen) liberalen Theorie der internationalen Beziehungen siehe auch Andrew Moravcsik, *Taking Preferences Seriously. A Liberal Theory of International Politics*, in: *International Organization* 4/1997, S. 513–553.

02 Siehe etwa Walter Russell Mead, *The End of History Ends*, 2. 12. 2013, www.the-american-interest.com/2013/12/02/2013-the-end-of-history-ends-2/; ders., *The Return of Geopolitics*, in: *Foreign Affairs* 3/2014, S. 69–79, www.foreignaffairs.com/articles/china/2014-04-17/return-geopolitics; Stewart Patrick/Isabella Bennett, *Geopolitics Is Back – and Global Governance Is Out*, 12. 5. 2015, <http://nationalinterest.org/blog/the-buzz/geopolitics-back%E2%80%9494-global-governance-out-12868>.

03 Zit. nach David A. Graham, *Defense Secretary Chuck Hagel: Get Used to Endless War*, 29. 10. 2014, www.theatlantic.com/international/archive/2014/10/defense-secretary-chuck-hagel-get-used-to-endless-war/382079.

04 So damals euphorisch Charles Krauthammer, *The Unipolar Moment*, in: *Foreign Affairs* 1/1991, S. 23–33.

05 Richard N. Haass, *The Era of Disorder*, 27. 10. 2014, www.project-syndicate.org/commentary/new-era-of-global-instability-by-richard-n-haass-2014-10?barrier=accessreg.

06 Vgl. Daniela Schwarzer/Josef Braml/Henning Riecke, *Die Macht der Ohnmächtigen. Donald Trump wird Präsident der USA*, 10. 11. 2016, www.tagesspiegel.de/14824060.html.

07 Vgl. Donald J. Trump, *Inaugural Address*, Washington D.C. 20. 1. 2017, www.whitehouse.gov/inaugural-address.

08 Ungeachtet seiner Unzulänglichkeiten sollte schon nach dem Ansinnen der frühen Siedler der Neuen Welt das „amerikanische Experiment“ die Welt verbessern. Vgl. Philip Gorski, *American Covenant: A History of Civil Religion from the Puritans to the Present*, Princeton 2017.

09 Seymour Martin Lipset, *American Exceptionalism. A Double-Edged Sword*, New York–London 1996.

10 So der 16. US-Präsident Abraham Lincoln, der von 1861 bis 1865 regierte.

11 So der puritanische Pionier John Winthrop 1630 in Anspielung auf den engen Bund des biblischen Jerusalem mit Gott.

12 Ausführlicher zu den unterschiedlichen, kontinuierlich widerstreitenden Elementen der nationalen Identität der Vereinigten Staaten vgl. Walter Russell Mead, *Special Providence. American Foreign Policy and How it Changed the World*, New York 2001.

ihren spezifischen Inhalten zu füllen, um ihre partikularen Interessen zu wahren. Im pluralistischen politischen System der USA gibt es seit jeher heftige Auseinandersetzungen zwischen Einzelakteuren, Organisationen und Institutionen, die je nach Politikfeld in unterschiedlichen Machtkonstellationen ausgefochten und entschieden werden. Das relative Kräfteverhältnis der außenpolitischen Grundorientierungen in den Vereinigten Staaten verändert sich dabei im Laufe der Zeit.

LIBERALE INTERNATIONALISTEN

Bis zur Amtsübernahme Donald Trumps war der außenpolitische Mainstream Washingtons geprägt von einem liberal-hegemonialen Weltbild, gemäß dem die USA die Welt nach ihren Wertvorstellungen und Interessen ordnen. Selbst Barack Obamas außenpolitische Grundorientierung folgte dieser Tradition, auch wenn er seinen Wahlkampf 2008 unter den Slogan „Change“ gestellt hatte. Seine Außenministerin Hillary Clinton erklärte ihren durch die wirtschaftliche Lage und die Kosten der Kriege im Irak und in Afghanistan verunsicherten Landsleuten aber klipp und klar: „Wir können es uns nicht leisten, uns nicht zu engagieren.“ Und sie ließ keinen Zweifel daran, worum es ging: Das außenpolitische Engagement sei der „Schlüssel für Wohlstand und Sicherheit in unserem Land“,¹³ denn es gelte, Handelswege und Ressourcen zu sichern und existenzielle militärische Bedrohungen abzuwenden.

Aus Sorge um den außenpolitischen Kurs der Trump-Regierung und um die liberale Weltordnung, die sie durch „tiefe politische Spaltung zu Hause“ sowie „verstärkte Instabilität im Ausland“ gefährdet sehen, appellieren heute außenpolitische Schwergewichte der Vorgängerregierungen, etwa die ehemalige Außenministerin Madeleine Albright und der ehemalige nationale Sicherheitsberater Stephen Hadley, an die Abgeordneten und Senatoren im Kongress, einen neuen parteiübergreifenden außenpolitischen Konsens zu schmieden, um nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen und Ame-

rikas Einfluss in der Welt zu gefährden.¹⁴ Wenn Amerika sich von der Weltbühne verabschiede, so Albright und Hadley, dann würden die Menschen in Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika und im Nahen und Mittleren Osten sich von anderen Akteuren und deren Ideen Inspiration und Orientierung holen – seien es Autoritarismus oder extremistische Ideologien.

Damit würden die Vereinigten Staaten jene liberale Ordnung preisgeben, die sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aufgebaut haben. In den Jahrzehnten seit Ende der 1940er Jahre sei es die *grand strategy* der USA gewesen, eine internationale Ordnung aus Sicherheitsallianzen, internationalen Institutionen und ökonomischer Freizügigkeit zu errichten und anzuführen, um weltweit Freiheit, Wohlstand und Frieden zu schaffen. Für die Vertreterinnen und Vertreter dieser Vorstellung ist es dringend geboten, diese Nachkriegsordnung aufrechtzuerhalten und zu renovieren: Trump solle sich US-Präsident Harry Trumans Außenminister Dean Acheson zum Vorbild nehmen, der dafür plädierte, dass die Vereinigten Staaten mit gleichgesinnten Partnern weltweit „Situationen der Stärke“ schaffen, um die „Bedrohungen und Herausforderungen amerikanischer Interessen“ abzuwehren.¹⁵

Die Auffassungen darüber, wie das nationale Interesse der USA definiert und amerikanische Weltordnungsvorstellungen umgesetzt werden sollen, gehen seit jeher weit auseinander. Um die amerikanische Führungsmacht zu erhalten, empfiehlt etwa der liberale Vordenker Joseph Nye, die US-Außenpolitik wieder stärker in einen multilateralen Rahmen einzubetten und ihr auf diese Weise mehr Legitimität und Akzeptanz zu verleihen. Wenn eine Großmacht wie die Vereinigten Staaten ihr nationales Interesse breiter definiere, also globale Interessen berücksichtige und globale öffentliche Güter (wie Sicherheit) bereitstelle, so der Politologe, seien die Partner im Ernst-

¹³ Hillary Clinton, *America's Pacific Century*, 11. 10. 2011, www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas-pacific-century.

¹⁴ Madeleine Albright/Stephen Hadley, Submitted Statement, Committee on Armed Services, United States House of Representatives, 21. 3. 2017, <http://docs.house.gov/meetings/AS/AS00/20170321/105707/HHRG-115-AS00-Wstate-AlbrightM-20170321.pdf>.

¹⁵ Derek Chollet et al., *Building „Situations of Strength“*. A National Security Strategy for the United States, Washington D.C. 2017, www.brookings.edu/wp-content/uploads/2017/02/fp_201702_ofc_report_web.pdf.

fall möglicherweise eher bereit, ein unilaterales Vorgehen zu akzeptieren.¹⁶ Nye, der in der Regierung Bill Clintons von 1994 bis 1995 stellvertretender US-Verteidigungsminister war, prägte auch den Begriff *soft power*.¹⁷ Demnach übten die USA dank der Anziehungskraft ihrer Werte und der Vorbildrolle ihres liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells Einfluss auf andere Länder aus, nicht nur mithilfe ihrer „harten“ Militärmacht.

REALISTEN

Im Präsidentschaftswahlkampf 2016 wurden diese hehren Werte mit Füßen getreten. Wegen der Ausschweifungen Donald Trumps sorgten sich Amerikas Freunde; seine Feinde hätten wohl keinen besseren Agenten finden können, um das Ansehen der US-Demokratie zu beschädigen und seine *soft power* zu eliminieren. Denn Trump konnte sich durchsetzen, obwohl oder gerade weil er die Regeln menschlichen Anstands und demokratische Prinzipien missachtete. Trump war sich seiner Sache sicher: „Ich könnte im Zentrum New Yorks jemanden erschießen, und ich würde keinen Wähler verlieren“,¹⁸ prahlte er gegenüber Journalisten, die sich über seine Grenzüberschreitungen wunderten. Die knapp 60 Millionen Wählerinnen und Wähler, die für ihn stimmten, sahen denn auch darüber hinweg, dass er sich über Menschen mit Behinderung lustig machte, Frauen herabwürdigte, gegen Muslime hetzte, Latinos pauschal als „Vergewaltiger und Verbrecher“ stigmatisierte und seiner Konkurrentin, der „korrupten Hillary“, drohte, sie hinter Gitter zu bringen, sobald er im Amt sei. „Sperrt sie ein!“, lautete ein Schlachtruf der Trump-„Bewegung“.

Mit seinem ersten Haushaltsentwurf, den er Mitte März 2017 dem Kongress vorlegte,¹⁹ wur-

de umso deutlicher, dass der neue US-Präsident sich weniger um *soft power* bemüht, sondern vielmehr Amerikas harte Macht aufrüsten will: 2018 sind knapp drei Milliarden Dollar mehr für Heimatschutz und über 54 Milliarden Dollar zusätzlich für militärische Rüstung vorgesehen – enorme Summen, die vor allem auf Kosten der Entwicklungshilfe, der Umweltbehörde und des Außenministeriums gehen sollen. „Das ist ein *Hard-power*-Budget“, erklärte Mick Mulvaney, der Budgetdirektor des Weißen Hauses, „der Präsident will ein sehr deutliches Signal an unsere Verbündeten und unsere möglichen Gegner senden, dass sie es mit einer Regierung mit starker Macht zu tun haben“.²⁰ Das passt auch in die bisherige Inszenierung Trumps, der sich in seiner Regierungsmannschaft und bei öffentlichen Auftritten häufig mit Generälen umgibt. „If you’ve got them by the balls, their hearts and minds will follow“, lautet denn auch ein Bonmot, das hartgesottene Militärs gerne bemühen, wenn sie mit Argumenten „weicher Macht“ bedrängt werden.

Das machtzentrische Weltbild wird seinen Vertretern wohl einmal mehr dazu dienen, tektonische Veränderungen der Weltordnung zu erklären. Bereits während der Amtszeit George W. Bushs von 2001 bis 2009 musste die Machtdifferenz zwischen Europa und Amerika als Ursache für transatlantische Spannungen herhalten. Europa sei schwach, Amerika sei stark und nutze deshalb seine Macht.²¹

Selbst wenn man der inhärenten Logik dieser These folgen möchte, wonach militärische Macht und Überlegenheit automatisch dazu verleiten, sie auch nutzen zu wollen, bleibt in demokratisch verfassten Staaten die entscheidende Frage unbeantwortet: Wie können Regierende, in diesem Fall der US-Präsident, ihre Außenpolitik und dabei besonders den Einsatz militärischer Gewalt gegenüber der Legislative und vor allem gegenüber der eigenen Bevölkerung rechtfertigen? Selbst der „mächtigste Mann der Welt“ muss gute Gründe anführen, wenn er seinen Landsleuten kriegsbedingte finanzielle und menschliche Opfer aufbürdet.

¹⁶ Vgl. Joseph Nye Jr., *Recovering American Leadership*, in: *Survival* 1/2008, S. 55–68, hier S. 62.

¹⁷ Siehe zum Beispiel ders., *Bound To Lead. The Changing Nature of American Power*, New York 1990.

¹⁸ Zit. nach Jenna Johnson, *Donald Trump: They Say I Could „Shoot Somebody“ and Still Have Support*, 23. 1. 2016, www.washingtonpost.com/news/post-politics/wp/2016/01/23/donald-trump-i-could-shoot-somebody-and-still-have-support.

¹⁹ Office of Management and Budget, *America First: A Budget Blueprint to Make America Great Again*, Washington D.C. 2017, www.whitehouse.gov/sites/whitehouse.gov/files/omb/budget/fy2018/2018_blueprint.pdf.

²⁰ Zit. nach Russell Berman, *President’s „Hard Power“ Budget*, 16. 3. 2017, www.theatlantic.com/politics/archive/2017/03/president-trumps-hard-power-budget/519702.

²¹ Siehe etwa Robert Kagan, *Power and Weakness*, in: *Policy Review* Juni/Juli 2002, S. 3–28.

ISOLATIONISTEN

Libertäre Republikaner wie gewerkschaftsnahe Demokraten argumentieren aus unterschiedlichen Gründen gegen das internationale Engagement ihres Landes. Erstere sind besorgt um die „innere kapitalistische Ordnung“ und das wachsende Haushaltsdefizit und stellen sich gegen kostspielige Militäreinsätze und zunehmend auch gegen Freihandel.²² Letztere verteidigen die „sozialen Interessen Amerikas“ und befürchten, dass Mittel für internationale beziehungsweise militärische Zwecke verbraucht werden und somit für innere soziale Belange fehlen.

Der „Washingtoner Konsens“ ist mittlerweile, vor allem mit Blick auf den Freihandel, in den Vereinigten Staaten selbst heftig umstritten: Die „unsichtbare Hand des Marktes“ produziert weltweit Gewinner, aber auch Verlierer, nicht zuletzt in den USA. Der sozioökonomisch bedingte Ausschluss großer Teile der amerikanischen Bevölkerung vom gesellschaftlichen und politischen Leben beschädigt das Fundament der US-Demokratie, namentlich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik.

Diese Entfremdung bot eine Chance für den Demagogen Trump, der die tiefe Abneigung vor allem vieler Nichtwählerinnen und Nichtwähler gegen das „Establishment“ erkannte und sie im Präsidentschaftswahlkampf weiter befeuerte. Er präsentierte sich als Außenseiter, der dank seines privaten Reichtums unabhängig sei und deshalb Washingtons „Sumpf austrocknen“ und Politik für alle Amerikanerinnen und Amerikaner und nicht nur für Betuchte betreiben könne.

Wer hoffte, dass sich Trump als Präsident staatsmännischer und weniger populistisch geben würde, wurde gleich bei seiner Antrittsrede im Januar 2017 eines Besseren belehrt: An seine Anhängerinnen und Anhänger gerichtet, verurteilte Trump die um ihn versammelten Amts- und Würdenträger der Nation als selbstbezogene Klasse, die es sich auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger gut gehen lasse. Das „Establishment“ in Washington habe es insbesondere ver-

säumt, die amerikanischen Interessen zu schützen – vor den „Verwüstungen, die andere Länder in den USA anrichten“, indem sie amerikanische „Firmen stehlen“ und „Arbeitsplätze vernichten“. Gemäß seinem Credo „America first“ verkündete Trump zwei einfache Regeln, um Amerika wieder zu Wohlstand und alter Stärke zu führen: „Nur amerikanische Güter kaufen und amerikanische Arbeiter einstellen.“²³ In seiner ersten Rede vor dem Kongress im Februar 2017 wiederholte er diese Forderungen. Denn er vertrete nicht die Interessen der Welt, sondern jene Amerikas.²⁴ Aber selbst wenn Präsident Trump entgegen seinen isolationistischen Ankündigungen doch Freihandel betreiben wollte, würde er etwa bei der Verhandlung neuer Handelsabkommen von protektionistischen Kräften im Kongress blockiert.

PERSPEKTIVEN FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA

Gemäß dem wirtschaftlichen Nullsummendenden Trumps und seiner Berater sollen die Vereinigten Staaten mithilfe protektionistischer Maßnahmen im weltwirtschaftlichen Wettbewerb wieder „gewinnen“ – auf Kosten anderer, insbesondere exportstarker Länder wie China und Deutschland.

Deutschland und Europa müssen sich auf mehrere mögliche Entwicklungen einstellen. Im schlimmsten Fall wird der US-Präsident versuchen, die Europäische Union zu spalten, um die handels- und währungspolitische Konkurrenz zu schwächen. Im günstigsten Fall wird er sicherheitspolitischen Druck auf die Europäer aufbauen, damit diese mehr Geld für (amerikanische) Rüstung und Sicherheit ausgeben. In jedem Fall wird die Trump-Administration sich noch intensiver als die Vorgängerregierung dem asiatisch-pazifischen Raum zuwenden, um den Rivalen China einzuhegen.

Anders als sein Amtsvorgänger Barack Obama, der seine „Hinwendung nach Asien“, die Eindämmung Chinas mit einer Transpazifischen Partnerschaftsinitiative handelspoli-

²² In dieser Denkrichtung gibt es weitere Abstufungen: Während „Nationalisten“ wie die ehemaligen Senatoren Jon Kyl und George Allen auch internationalem Handel zunehmend kritisch gegenüberstehen, hegen sogenannte „Palaeo-Konservative“ wie Pat Buchanan darüber hinaus ein protektionistisches Gedankengut, das nicht frei von xenophoben Attitüden ist.

²³ Trump (Anm. 7).

²⁴ Für den Volltext der Rede siehe www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/02/28/remarks-president-trump-joint-address-congress.

tisch im Verbund mit alliierten Ländern forcieren wollte, setzt Trump offensichtlich allein auf die Wirtschaftsstärke seiner Nation und nimmt dabei nicht nur einen Handelskrieg mit China, sondern auch Verwerfungen mit Amerikas Partnern in Kauf.

Die sich seit Längerem abzeichnende Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und China wird weiter verschärft. US-Sicherheitsstrategen sehen im wirtschaftlichen Aufstieg und der damit einhergehenden Aufrüstung Chinas eine ernsthafte Bedrohung. Es besteht heute wieder die Gefahr sich selbst erfüllender Prophezeiungen sowie die Unsicherheitslage eines globalen Rüstungswettlaufs: vor allem zwischen China und den USA und ihren Alliierten, die Tribut für die *pax americana* zollen müssen – sei es in der Wirtschafts-, Handels- oder Währungspolitik.

Dies gilt umso mehr, seitdem Peking nicht mehr bereit ist, in dem Ausmaß wie bisher die Schulden der angeschlagenen Weltmacht zu finanzieren. Chinas Verantwortliche versuchen vielmehr, die eigene Wirtschaft stärker auf Binnenkonsum umzustellen und den Export mit der Seidenstraßeninitiative auch Richtung Europa zu diversifizieren, um sich vom bisherigen Hauptabnehmer USA zu emanzipieren.

Trumps bisherige Aussagen und die Zusammenstellung seines handelspolitischen Personals geben keinen Grund zur Hoffnung, dass die bereits unter seinen Vorgängern angespannten Handelsbeziehungen zu China verbessert werden. Im Gegenteil: Schon seit Längerem fordert der Ökonom Peter Navarro, nun Direktor des Nationalen Handelsrates, der chinesischen Macht die Stirn zu bieten: „Death by China: Confronting the Dragon“ lautet etwa der Titel eines seiner Bücher, in denen er die wirtschaftliche und militärische Gefahr Chinas mit kräftigen Pinselstrichen an die Wand malte. Mit allen, vor allem protektionistischen Mitteln will

Navarro den „Aufstieg Chinas“ stoppen, den er für den „Abstieg Amerikas“ verantwortlich macht.²⁵

Es war auch nur eine Frage der Zeit, bis Trump deutsche Firmen wegen ihrer Exportstärke öffentlich kritisieren würde: Deutschland konnte im vergangenen Jahr wieder mehr in die Vereinigten Staaten exportieren als es von dort importierte und einen Außenhandelsüberschuss von knapp 50 Milliarden Euro erwirtschaften.²⁶ Auch Navarro beschuldigte Ende Januar 2017 Deutschland, durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank andere Staaten, darunter die USA, „auszubeuten“.²⁷

Deutsche Politiker und Unternehmer sollten umso mehr auf der Hut sein, als der neue Amtsinhaber im Weißen Haus ohnehin der Ansicht ist, dass Deutschland als Führungsmacht Europa dazu missbrauche, seine eigenen Interessen durchzusetzen, und die Europäische Union geschaffen worden sei, um den Vereinigten Staaten wirtschaftlich zu schaden – so Trump im Januar 2017 im Interview mit der „Bild“-Zeitung und der britischen „Times“. Indem er damit auch europakritischen Stimmen auf dem Alten Kontinent das Wort redet, unternimmt er bereits Versuche, mit einer Strategie des *divide et impera* die Konkurrenz zu schwächen.

25 Peter Navarro/Greg Autry, *Death by China: Confronting the Dragon – A Global Call to Action*, Upper Saddle River 2011.

26 Vgl. Statistisches Bundesamt, Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2016, Wiesbaden 28.2.2017, www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf;jsessionid=332C11BF32A018575661A556DEC26AD9.cae2?__blob=publicationFile.

27 Zit. nach Shawn Donnan, *Trump's Top Trade Adviser Accuses Germany of Currency Exploitation*, 31.1.2017, www.ft.com/content/57f104d2-e742-11e6-893c-082c54a7f539.

JOSEF BRAML

ist promovierter Politikwissenschaftler, USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin und geschäftsführender Herausgeber des Jahrbuchs *Internationale Politik*.
braml@dgap.de

ESSAY

AMERIKA, DEUTSCHLAND UND DIE ZUKUNFT DER TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN

Andrew B. Denison

Mit dem neuen US-Präsidenten Donald Trump, der im Wahlkampf mit dem Slogan „America first“ punktete, die NATO noch kurz vor seinem Amtsantritt für obsolet erklärte, den Brexit als „klug“ bezeichnete und bekundete, die europäische Einigung sei ihm „egal“, drängen sich viele Fragen über die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft und der deutsch-amerikanischen Freundschaft auf. Die kommenden Jahre werden jedoch von mehr als Wahlkampfrhetorik geprägt sein. Denn Präsidenten und Regierungschefs kommen und gehen, aber die Interessen bleiben bestehen, und vieles spricht für den weiteren Ausbau der Beziehungen der USA zu Deutschland und Europa.

NEUE GESCHÄFTSGRUNDLAGE?

Bei seiner ersten persönlichen Begegnung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17. März 2017 im Weißen Haus war Donald Trump wie so viele US-Präsidenten vor ihm denn auch voll des Lobes für die deutsch-amerikanische Freundschaft und unterstrich die Bedeutung der NATO. Auf die ihm eigene Art schlug er klassische Töne an und versicherte, die gesamte Welt gehe die Vereinigten Staaten etwas an: „A strong America is in the interests, believe me, of the world as a whole“. Wie auch Merkel betonte er die gemeinsamen Interessen und Werte der USA und Deutschlands und hob die Erfolge der engen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern hervor, an die es anzuknüpfen gelte: „The close friendship between America and Germany is built on our shared value. We cherish individual rights, we uphold the rule of law, and we seek peace among nations. Our al-

liance is a symbol of strength and cooperation to the world. It is the foundation of a very, very hopeful future.“⁰¹

Erst wenige Monate zuvor hatte Merkel mit Trumps Amtsvorgänger Barack Obama die gemeinsamen Ziele angesichts der vielfältigen globalen Probleme durch Krieg, Terrorismus, Armut und Klimawandel vom Ansatz her ähnlich formuliert. Nach Obamas letztem offiziellen Besuch in Berlin im November 2016 hatten sie gemeinsam ein Papier veröffentlicht, in dem sie die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit hervorhoben: „Jetzt, da die Weltwirtschaft sich schneller denn je entwickelt und die globalen Herausforderungen so groß wie nie sind, ist diese Zusammenarbeit wichtiger als jemals zuvor.“⁰²

Über die Notwendigkeit, zu kooperieren, bestehen zwischen Washington und Berlin also keine Zweifel. Schwieriger scheint es jedoch, sich über die relative Priorität der verschiedenen Ziele auch im Verhältnis zu innenpolitischen Zielen zu einigen. Das gilt vor allem mit Blick auf notwendige Investitionen zur Bewältigung künftiger (gemeinsamer) Herausforderungen. Über Prinzipien hinaus Prioritäten für Investitionen in die Zukunft festzulegen, bedeutet auch, Opportunitätskosten zu erkennen und zu bezahlen.

So beobachten die USA mit zunehmendem Unwillen, dass die europäischen Länder sich offenbar darauf verlassen, dass die Unruhen rund um sie herum entweder nicht gefährlich sind oder in der Verantwortung der Vereinigten Staaten bleiben. Die meisten europäischen Mitglieder der NATO halten ihre Verpflichtung zur Steigerung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht ein. Das belastet auch die Beziehungen zwischen Deutschland

und Amerika, denn Europas größte und reichste Volkswirtschaft ist mit einem Verteidigungsbudget in Höhe von 37 Milliarden Euro nach wie vor weit davon entfernt, die NATO-Vorgabe einzuhalten. Bei einem Bruttoinlandsprodukt von 3,1 Billionen Euro müsste die Bundesrepublik eigentlich 62 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben. Diese „Trittbrettfahrerei“ Europas hatte auch Obama kritisiert. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger im Weißen Haus, George W. Bush, sei er Europa entgegengekommen und dennoch enttäuscht worden. Gemeinsame Interessen zu verkünden, scheint eine Sache zu sein, gemeinsame Lasten zu teilen, eine andere.

Wie mit Obama verhandelt Merkel jetzt mit Trump vor diesem Hintergrund die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Während der gemeinsamen Pressekonferenz nach ihrem ersten Treffen sprach Trump von „unbezahlten Schulden“, forderte eine „faire Verteilung“ der Verteidigungskosten und setzte anschließend entsprechende Tweets ab.⁰³ Gemessen an seiner Würdigung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten sowie des transatlantischen Verteidigungsbündnisses, handelte es sich dabei aber eher um eine Nebensache. Auch Merkel erinnerte an Differenzen, mit denen es umzugehen gelte.

Es scheint, als bilde sich eine neue Geschäftsgrundlage auf Basis alter Interessen heraus: mehr Zusammenarbeit, Handel und Austausch, aber bei vergleichbarem Engagement beider Seiten. Mehr als je zuvor hängt also von Deutschland ab: von seiner Bereitschaft, seine Investitionen in die langfristige Stabilität Europas zu erhöhen, seine Integrationsfähigkeit zu steigern und seine Binnennachfrage zu stärken. Eine solche veränderte deutsche Politik würde eine stärkere transatlantische Partnerschaft bedeuten, die Wladimir Putin in Russland ebenso wenig gefallen würde wie Baschar al-Assad in Syrien oder Ajatollah Khamenei in Iran. Das wiederum ist in Deutschlands Interesse, wer auch immer im Weißen Haus sitzt.

01 Zit. nach The White House, Joint Press Conference with President Trump and German Chancellor Merkel, 17.3.2016, www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/03/17/joint-press-conference-president-trump-and-german-chancellor-merkel.

02 Angela Merkel/Barack Obama, USA und Deutschland: Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen, 16.11.2016, www.wivo.de/14851736.html.

03 Zit. nach The White House (Anm. 1).

Nach dem ersten persönlichen Treffen zwischen Trump und Merkel gilt es also, nochmals zu unterstreichen: Persönlichkeiten sollte man nicht mit Interessen verwechseln.

AMERIKANISCHE INTERESSEN

Reduziert auf ihre Essenz, bestehen die amerikanischen Interessen aus dem Streben nach „life, liberty, and the pursuit of happiness“ sowie aus der Erwartung der Amerikanerinnen und Amerikaner, dass ihre Regierung diese Interessen schützt. Seit etwa einem Jahrhundert gilt ferner, dass die Erfüllung dieser Erwartung durch den Ausbau und die Sicherung des globalen Friedens, der Freiheit und des Wohlstands einfacher ist.

Zwar wird die Wahl Donald Trumps häufig als Zeichen dafür interpretiert, dass Amerika die Rolle des Anführers der freien Welt nicht mehr ausfüllen könne und sich aus Europa, aus der Welt zurückziehe. Es mag sein, dass die Vereinigten Staaten zwischen Kreuzzug und Rückzug hin und her pendeln, aber dass sollte nicht mit einem Verfall der amerikanischen Macht verwechselt werden.

Die Standfestigkeit der amerikanischen Verfassungsordnung und die Wirksamkeit der demokratischen Kontroll- und Ausgleichsmechanismen sind nicht zu unterschätzen. Auch mit einem Präsidenten wie Trump ist das Fortwirken der amerikanischen Macht und die langfristige Hegemonie der Vereinigten Staaten aus der zunehmend vernetzten Welt nicht wegzudenken. Es gibt keine Alternative zu dieser globalen Führungsrolle: Mit oder ohne Trump genießt Amerika große geografische Vorteile gegenüber den anderen vier Großmächten Russland, China, Indien und Europa, die sich ständig auf dem euroasiatischen Kontinent ausbalancieren müssen. Die ganze Welt sichert ihr Geld in den Vereinigten Staaten wie nirgendwo sonst. Der Dollar bleibt stark, genießt Vertrauen und ein besonderes Privileg als globale Reservewährung.

So mögen in der amerikanischen Gesellschaft Dimension und Methode des globalen Engagements der Vereinigten Staaten zwar immer wieder zur Debatte stehen, seine Notwendigkeit aber nicht. In einer Gallup-Umfrage im Februar 2017 sprachen sich rund 80 Prozent der Amerikanerinnen und Amerikaner für den Er-

halt der NATO aus. Als Gallup 1995 zuletzt diese Frage stellte, waren es noch 64 Prozent gewesen.⁰⁴ Auch der regionale Fokus des amerikanischen Engagements wird immer wieder hinterfragt und diskutiert. Die USA sind schon lange sowohl eine pazifische als auch eine atlantische Macht. In Asien mögen die Herausforderungen und Möglichkeiten in den kommenden Jahrzehnten zwar wachsen, aber nach wie vor fließen viel mehr amerikanische Investitionen nach Europa als nach Asien und verdienen die Vereinigten Staaten in Europa auch deutlich mehr: „In the end, it is the U.S.-European partnership that drives global trade, investment and capital flows. No commercial artery in the world is as large as the investment artery forged between the United States and Europe.“⁰⁵

Es geht Amerika in Europa aber um mehr als Geld. Massenvernichtungswaffen, gescheiterte Staaten, Flüchtlinge, Bevölkerungswachstum, Klimawandel, Hacker-Angriffe und der Aufstieg Chinas – all diese Herausforderungen sind auch unter Trump für die Vereinigten Staaten mit einem reichen, geeinten, global engagierten Europa als Partner einfacher zu bewältigen. Sind die europäischen Grenzen nicht mehr stabil, die nationale Souveränität in Europa nicht mehr gesichert, und greift Russland westliche Demokratien an, dann ist das auch ein Problem für die Vereinigten Staaten. Denn seit mehr als sieben Jahrzehnten ist der europäische Frieden auch ein amerikanischer Frieden. Amerikas wichtigstes geostrategisches Interesse bleibt also weiterhin der Erhalt von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Als stärkste europäische Macht ist Deutschland damit der wichtigste Partner der Vereinigten Staaten weltweit.

DEUTSCHE INTERESSEN

Und auch Deutschlands Interessen sprechen für eine stärkere Partnerschaft mit Amerika – samt notwendiger Zugeständnisse und Investitionen.

04 Vgl. Gallup, *Most Americans Support NATO Alliance*, 17.2.2017, www.gallup.com/poll/204071/americans-support-nato-alliance.aspx.

05 Daniel S. Hamilton/Joseph P. Quinlan, *Transatlantic Economy 2017. Annual Survey of Jobs, Trade and Investment between the United States and Europe*, Washington D.C. 2017, http://transatlanticrelations.org/wp-content/uploads/2017/03/170223_FULL-BOOK-2.pdf, S. 12.

„Unser Land ist in besonderem Maße auf gesicherte Versorgungswege, stabile Märkte sowie funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme angewiesen. Diese Abhängigkeit wird weiter zunehmen“, wird im Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr festgestellt, das die Bundesregierung im Juli 2016 veröffentlicht hat.⁰⁶ Dieses Dokument, in dem neue Gefahren diskutiert werden, die mit den Entwicklungen der Cyber- und Massenvernichtungstechnologien einhergehen, aber auch klassische Herausforderungen geopolitischer und strategischer Art, wie der Aufstieg der asiatischen Großmächte, der Staatszerfall im Nahen Osten und in Afrika oder hybride Kriegsführung, leistet einen wichtigen Beitrag zur Definition deutscher Interessen und ihrer zukünftigen Sicherung. Ein „frühzeitiges Erkennen, Vorbeugen und Eindämmen von Krisen und Konflikten“ sowie die „Stärkung von Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit in Nordatlantischer Allianz und Europäischer Union“ werden als strategische Prioritäten festgelegt.⁰⁷ Zusammengefasst lautet die Botschaft: Deutschland muss sich global stärker engagieren und mehr investieren, um der Zukunft gewachsen zu sein.

Den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten wird vor diesem Hintergrund ein hoher Stellenwert eingeräumt. Als Exportnation ist Deutschlands zentrales Interesse ein wirtschaftliches: Der große amerikanische Markt und die Aufrechterhaltung des offenen, globalen Handelssystems sind für die Bundesrepublik, deren Bruttosozialprodukt fast zur Hälfte im Ausland erwirtschaftet wird, von großer Bedeutung. Amerikanische Kunden sind für deutsche Firmen wichtig wie kaum andere sonst, und das umso mehr, wenn der Wert des Dollars und das Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten zunehmen. Angesichts seines Leistungsbilanzüberschusses, der selbst den chinesischen übertrifft, muss Deutschland sich darauf verlassen können, dass die deutschen Dollar-Reserven nicht an Wert verlieren.

Von noch größerer Bedeutung als die globalen Märkte sind für Deutschland die Sicherheit, Stabilität und Zahlungsfähigkeit der europäischen Partnerländer. Würde etwa Estlands

06 Bundesregierung, *Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*, Berlin 2016, S. 22.

07 Ebd., S. 49f.

Hightech-Wirtschaft durch russische Hacker-Angriffe lahmgelegt, wäre davon auch Deutschland betroffen. Für die Unversehrtheit der europäischen Grenzen bleibt die amerikanische Militärmacht im Rahmen der NATO für die Bundesrepublik lebenswichtig, denn die geopolitische Situation inmitten einer Nachbarschaft zu Russland über Zentralasien bis zum Nahen Osten und Afrika droht, immer gefährlicher zu werden.

Markt und Militärmacht sind die eine Seite des deutschen Interesses an einer engen Partnerschaft mit Amerika, die andere Seite ist europapolitisch. Für Deutschland ist es viel einfacher, eine Führungsrolle innerhalb der Europäischen Union einzunehmen, wenn Amerika in Europa stark engagiert ist und die Beziehungen zwischen Washington und Berlin gut sind.

Ob die Vereinigten Staaten sich nun auf Interventions- oder auf Rückzugskurs befinden und ob der US-Präsident nun George W. Bush, Barack Obama oder Donald Trump heißt – Deutschland bleibt gegenüber amerikanischer Sicherheitspolitik sehr sensibel, weil es so abhängig von ihr ist. Diese Abhängigkeit ist jedoch gegenseitig, wenn auch nicht gleich groß, sodass für Deutschland die Möglichkeit besteht, mit mehr Einsatz auch mehr aus dieser Partnerschaft herauszuholen. Würde die Bundesrepublik stärker in Europa investieren sowie in Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit und Verteidigung, würde es seinen Einfluss auf die USA vergrößern und die eigene Rückversicherung stärken, etwa für den Fall, dass Amerika weniger von einer spezifischen internationalen Krise betroffen ist als Deutschland.

Um ein Übergewicht des Militärischen zu vermeiden, ohne Deutschlands Einfluss auf die unruhigen europäischen Nachbarschaften zu vernachlässigen, schlägt etwa der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, vor, für alle auswärtigen Haushaltsposten drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auszugeben. Das entspräche rund 93 Milliarden Euro. Zurzeit hat das Auswärtige Amt einen Haushalt von 5,2 Milliarden Euro und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Budget von 8,5 Milliarden Euro. Verteidigungsausgaben eingerechnet, summieren sich die drei Posten auf rund 50 Milliarden Euro. Gäbe Deutschland 43 Milliarden Euro mehr für diese Außenposten aus, könnte selbst

Donald Trump Deutschland nur schwerlich Trittbrettfahrerei vorwerfen. Solche Investitionen öffnen auch neue Möglichkeiten für die Gestaltung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Für Deutschland gibt es mit amerikanischen Partnern – ob staatlich oder nicht – genug gemeinsame Interessen.

Die Investition lohnt sich. Denn auch nach Trumps und Merkels Amtszeiten wird es keinen anderen Machtverbund geben, der in dem Ausmaß fähig ist, die Lebensgrundlagen des Planeten zu sichern und der Unterentwicklung, Überbevölkerung und Anarchie zu begegnen, wie dieser von Deutschland und Amerika getragene *pax atlantica* für einen *pax humana*.

ANDREW B. DENISON

ist promovierter Politikwissenschaftler und Direktor von Transatlantic Networks in Königswinter.

denison@transatlantic-networks.de

ESSAY

OUTLAW, CLOWN, SELFMADEMAN, SUPERHELD UND STÖRENFRIED

Donald Trump in den Augen der Popkritik

Georg Seesslen

Wenn man den US-Präsidenten und nicht mehr den Wahlkämpfer Donald Trump durch die Brille der Popkritik betrachtet, dann stellt sich zunächst die Frage nach der Legitimation eines solchen Vorgehens, das natürlich die politische Kritik keineswegs ersetzen will. Schließlich wird hier ein Politiker in Begriffen und Modellen beschrieben, die auf direkte Weise mit Politik gar nichts zu tun haben, sondern allenfalls Spiegelungen und Transportmittel sind: In der populären Kultur bildet sich das politische Leben indirekt ab.

Politik gehört in der Demokratie zur Sphäre des rationalen Diskurses, der sich auf Informationen, Interessen, Texte, Gesetze und Modelle bezieht und in dem alle Dinge ihre Ursachen und ihre Wirkungen haben, einer allgemeinen Verpflichtung zu Logik, Vernunft und Moral folgen und sich, wenn auch mit einigen Anstrengungen hier und dort, am Ende immer erklären lassen. Die Popkultur gehört zur Sphäre der Unterhaltung, der Fiktionen, Träume, Mythen, Affektbilder und Simulationen unter einer Glocke beständiger Fantasie, in der es nicht auf logische Verknüpfungen oder Transparenz der Motive ankommt, sondern auf Gefühle, Bildhaftigkeit, Effekte, und die sich jeglicher Vernunft strukturell entzieht.

In den hoch entwickelten postindustriellen Gesellschaften haben wir weitgehend gelernt, mit einem Leben in diesen zwei Welten zurecht zu kommen. Wir unterscheiden zum Beispiel sehr genau zwischen einem Fernsehkrimi und der Wirklichkeit von Polizei- und Justizarbeit oder einer Arztserie und realer medizinischer Vor- und Fürsorge. Aber seit Langem vermischen sich die beiden Sphären, und das geht weit darüber hinaus, dass jemand den Darsteller einer Krankenhausserie um eine ärztliche Diagnose bittet

oder Hooligans das Spiel auf dem grünen Rasen in blutigen Auseinandersetzungen auf der Straße fortsetzen.

POLITIK WIRD POP WIRD POLITIK

Von der alltäglichen Kochshow bis hin zur Reality Soap verwischen immer mehr Formate der populären Kultur die Grenze zwischen einer Abbildung der „ersten“ Wirklichkeit und der Konstruktion einer „zweiten“ Wirklichkeit. Nicht zuletzt Donald Trump selbst hat mit seiner durchaus „realistischen“ und böartigen Castingshow „The Apprentice“ lange vor seiner Präsidentschaftskandidatur Maßstäbe gesetzt, indem er den Gewinnern der Show Jobs in seinen Firmen bot.

Umgekehrt werden in der Politik mehr und mehr die populären Medien und die Popkultur als Macht- und Meinungsmittel eingesetzt: In Wahlkämpfen finden Erkenntnisse der Werbepsychologie Verwendung, und PR-Agenturen werden zu bedeutenden Agenten des politischen Lebens; in Talkrunden wird offener und vor größerem Publikum debattiert als im Parlament; Inszenierung wird über Inhalte gestellt, bis hin zu der ständig wiederholten Beteuerung von Wahlverlierern, sie hätten nicht etwa ein falsches Programm angeboten, sondern dieses offenbar nicht richtig „verkauft“; es kommt zu einer Inflation von „Symbolpolitik“, die weder Nutzen bringt noch Schaden abwendet, sondern sich für bestimmte Teile der Bevölkerung „gut anfühlen“ soll; und Twitter ist zum Leitmedium der politischen Auseinandersetzung geworden, was so viel Beschleunigung wie Trivialisierung der Auseinandersetzung bedeuten mag: In der Twitter-Nachricht spricht weder das Amt noch der Diskurs, sondern immer die Per-

son, und zwischen der privaten und der öffentlichen Erscheinung scheint eine klare Analogie zu bestehen – politische und persönliche Erscheinung sind nicht mehr voneinander getrennt.

In den vergangenen Jahrzehnten lautete der hoffnungsvolle Konsens, dass Popkultur und Politik zwar zunehmend partielle Übereinkünfte trafen – ein Wahlkampf wie eine Werbekampagne, ein Parteitag wie eine Showveranstaltung –, sich aber auch wieder trennen ließen – der als Popstar Gewählte verwandelt sich anschließend in einen vernünftigen-moralischen politischen Akteur. Medienwirkung konnte als flüchtiges Bild der wirklichen politischen Arbeit abgetan werden. Das Versprechen des Präsidentschaftskandidaten Donald Trump war, dass es eine solche Trennung bei ihm nicht gibt. Das Fatale dieser Konstruktion beginnt sich zu zeigen: Seine Anhänger goutierten diese „Ganzheit“ als spezielle Form der politischen Ehrlichkeit, tatsächlich aber handelt es sich darum, dass ein Politiker die Fähigkeit verloren hat, seine popkulturelle Maske wieder abzunehmen. Derjenige, der am fundamentalsten auf Donald Trump hereingefallen ist, ist Donald Trump.

Unabhängig von einer politischen oder moralischen Beurteilung seiner Dekrete, seiner Kommunikation oder seiner Personalentscheidungen zeigt sich, dass vieles von dem, was im Wahlkampf noch als Inszenierung, als bewusstes Rollenspiel und provokativer Regelverstoß gelten mochte, nun in eine Form und eine Technik des Regierens übernommen wird. In Trumps Rhetorik geht es weiterhin um Emotion und Affekt zu Lasten von Fakten und der Regeln von *checks and balances*, und seine Polemik gegen Vertreter der kritischen Presse überschreitet das Maß an Geiztheit, das auch eine liberale politische Kultur ihren Protagonisten zubilligt.

So stellt sich Trump selbst außerhalb des demokratischen politischen Diskurses und wählt stattdessen die „alternative Wirklichkeit“ der populären Kultur, der Unterhaltung und der fiktionalen Traummaschinen als Schauplatz der Auseinandersetzung über sich und sein Handeln als US-Präsident. Trump als einen Protagonisten der Popkultur zu sehen, hat nichts mit einer psychologischen Ferndiagnose zu tun. Es geht nicht um die Psyche dieses Präsidenten, mögen davon gelegentlich auch reichlich bizarre Signale an die Oberfläche treten, sondern um seine selbst gewählten oder ihm von der Öffentlichkeit zuge-

schriebenen Rollen, um ein Spiel mit Zeichen und Begriffen jenseits der diskursiven Rationalität. Ein populistischer Politiker macht mit Elementen der populären Kultur Politik.

Darauf antwortet ein nicht unerheblicher Teil dieser Kultur mit einer Politisierung des Pop, denn diese Anwendung hatte und hat ja durchaus Züge einer feindlichen Übernahme. Rockgruppen untersagten Trump die Verwendung ihrer Musik bei seinen Auftritten, „Star Wars“-Fans verwahren sich gegen Chefberater Stephen Bannons aberwitzigen Vergleich seiner Politik mit Darth Vader und der „dunklen Seite der Macht“, und sogar die jüngste Oscar-Verleihung wurde auf ihren Gehalt als Anti-Trump-Gestus hin untersucht. Meryl Streep, Robert De Niro, Lady Gaga, Alec Baldwin oder Michael Moore, um nur einige der Prominenten aus dem Showbusiness zu nennen, die sich vehement gegen Trump ausgesprochen haben, können ihrerseits nicht anders, als in einer Mischung aus politischer und popkultureller Sprache zu antworten, als moralische Distanzierung ebenso wie als karnevaleske Karikatur.

Donald Trump, das ist ein allgemeiner Konsens noch vor jeder Parteienwahl, hat (nicht nur) die amerikanische Gesellschaft gespalten, und diese Spaltung vollzieht sich nicht allein im Bereich der Interessen und Überzeugungen, sondern auch in dem der Bilder, Performances, Imaginationen. Daher ist es nicht nur legitim, sondern auch dringend erforderlich, die Kritik an ihm auch in diesen Bereich auszudehnen – zumal die Sphäre der Politik mit Blick auf das Phänomen Donald Trump als US-Präsident rat- und sprachlos bleibt. Es ist nicht nur eine Katastrophe in ihrer Erzählung der Welt eingetreten, sondern vielmehr die Katastrophe der Erzählung selbst: Die Möglichkeit, dass ein Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten werden konnte, ist aus diskursiv-rationaler Perspektive nicht vorgesehen gewesen und entlang von Interessen, die durch Vernunft und Moral konditioniert werden, auch nicht zu erklären. Was aber nutzt Ablehnung ohne Verstehen? Es bleibt der Umweg über die Mythologie der populären Kultur.

DER PRÄSIDENT UND DIE POPKULTUR

Die Beziehungen zwischen Trump und den Fantasien dieser populären Kultur lassen sich auf verschiedene Stränge beziehen. So war Trump

vor seiner Kandidatur nicht nur ein erfolgreicher Unternehmer sondern auch eine bedeutende Medienerscheinung, die nicht nur durch seine bereits erwähnte eigene Castingshow im Bewusstsein der Konsumenten fest verankert war. Es war ihm, selbst wenn man auf guten Geschmack und „vernünftige“ Informationen erpicht war, nicht wirklich zu entkommen. Jede seiner Unternehmungen war immer zugleich Werbung in eigener Sache, für die „Marke“ Donald Trump. Seine Bücher, die Erfolg, Reichtum und ökonomische Cleverness versprechen, waren und sind Bestseller, und er schaffte es auf das Titelbild des „Playboy“. Das sprach offen genug von einem Mann, der alles zu kaufen und verkaufen verstand. Nicht der reaktionäre, populistische, kapitalistisch-anarchistische Politiker ist zum US-Präsidenten gewählt worden, sondern die Medienfigur, die Marke, bei der es längst nicht mehr darauf ankommt, welches Produkt oder welcher Mensch dahintersteckt, sondern darauf, welche Lebenswelt, welche Lust- und Angstzonen, welche Fantasiewelten sie repräsentiert.

Eine Wirkmacht der populären Kultur ist die Selbstinduktion. Erfolg oder die Inszenierung von Erfolg ist das beste aller Argumente. Ist eine Medienfigur erst einmal von einer Klientel „adoptiert“, so schaden ihr kaum noch Elemente wie Selbstwiderspruch, offenkundige Lüge, Unkenntnis, Bigotterie, Entgleisung, würdeloses Verhalten, moralische Zwiespältigkeit, Nepotismus, Intrige, und mitunter wird sogar von ihr erwartet, dass sie sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit „daneben benimmt“. Natürlich wissen wir sehr genau, dass diese Toleranz gegenüber dem Medienstar auch eine Grenze hat, auch wenn sie nicht unbedingt dort liegt, wo sie die moralische Vernunft ziehen würde, über die man gerade noch als politische Korrektheit, liberales Establishment oder intellektuelle Elite spottet.

Mit seinem veröffentlichten Selbstverständnis knüpfte Trump an spezielle Mythen der (amerikanischen) Populärkultur an. Das beginnt mit dem Mythos vom *selfmademan*, der es aus eigener Kraft zu Macht und Reichtum bringt und dabei nicht zimperlich sein kann. Dass dieser wie in Orson Welles' Film „Citizen Kane“ von 1941 auch tragische Züge aufweisen kann, macht ihn nur tiefer. Weiter geht es mit Western-Konstruktionen wie dem *good bad man*, der sich über Gesetz und Gesellschaft erheben muss, um einem

höheren Ziel zu genügen, oder dem *outlaw*, der nach eigenen Gesetzen lebt, auch wenn die Zivilisation mehr Sicherheit verspricht, dem „Viehbaron“, der Land und Leute unter seine Herrschaft gebracht hat und seinen Vorstellungen unterwirft, dem Boss, der das Archaische mit dem ökonomisch hoch Entwickelten verbindet, und natürlich dem Rebellen, dem tragischen oder amüsanten Störenfried, der immer wieder gegen ein Establishment aufsteht, wie es einst der „Ur-Amerikaner“ (nicht der *native american*) gegen die Herrschaft Europas und der europäischen Kultur tat. Das setzt sich fort in einem Benehmen, das sich als „Freiheit“ herausnimmt und gegen Sitte und Anstand der „feinen Leute“ inszeniert ist. Dieser Held des schlechten Geschmacks, der sich mit Gespenstern in europäischen Schlössern nicht aufhält und dessen ökonomische Logik sich über alles „Unpraktische“ erhebt, sei es ästhetischer oder ethischer Natur, hat in Comics und Komödien seine Vorbilder. Und da ist immer wieder jener „Mr. Smith“, der als wahrer Vertreter des Volkes nach Washington geht, um den dort versammelten korrupten, bürokratischen und/oder unfähigen Politikern beizubringen, was das Volk wirklich will.

In der Konstruktion solcher Volkshelden gibt es in der populären Kultur eine unverhohlene Sympathie mit dem „Windhund“, mit dem Kerl, der wie Jean-Paul Belmondo im gleichnamigen Film von 1979 in den unterschiedlichsten Masken, aber mit gleichbleibendem Charme, seine Opfer um Geld und Kunstgegenstände erleichtert, der wie Danny de Vito in „Das Geld anderer Leute“ von 1991 seinem eigenen Boss den schlechtesten aller Gebrauchtwagen zu überhöhtem Preis andrehen kann oder wie Burt Lancaster in „Der Regenmacher“ von 1956 mit einem unverschämten Grinsen ganze Städte hinters Licht führt. Es macht offensichtlich sogar Spaß, von so jemandem übers Ohr gehauen zu werden – jedenfalls im Kino. Als zeitgemäße Variation des Volkshelden wurde Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt, nicht obwohl, sondern gerade weil er gegen Vernunft, Moral und Geschmack antrat.

In den Fantasmen der populären Kultur tobt nicht nur ein ewiger Kampf zwischen dem Volk und der Elite, zwischen den Rebellen, *outlaws*, Störenfrieden und dem Establishment. Es gibt gewiss auch eine mehr oder weniger heimliche Sympathie für das Destruktive. Die Schurkenrollen sind mindestens so faszinierend wie die

Helden. Das Weltbild aller Epen in der populären Kultur ist zyklisch und geht von „ewigen“ Abläufen von Zerstörung und Wiederkehr aus. Ein „Held“ ist da nicht unbedingt einer, der eine Lösung für anstehende Probleme findet, oder einer, der sich mit individuellem Mut einem übermächtigen Gegner stellt, sondern immer auch einer, der dafür sorgt, dass es „nicht so weitergeht wie bisher“. Etwas kaputt zu machen, und sei es noch so widersinnig, erscheint dann als angebrachter als eine „langweilige“ Kontinuität. In der populären Kultur sind wir auf einen Sensationsdrang konditioniert, und der destruktive Clown, der allen die „ungeschminkte“ Wahrheit sagt – sie besteht in aller Regel in dem Hinweis auf Egoismus, Gewalt und Geilheit in aller menschlichen Handlungsweise – ist dabei ebenso populär wie das „kindliche Gemüt“, das zwar nie mit der Kompliziertheit der Verhältnisse mithalten kann, aber gerade durch naive Ignoranz das Richtige tut.

Einer der Kerne der populären Mythologie bildet die „Katastrophenfantasie“, ein Strafgericht, ein „reinigendes“ Unwetter. Ein Präsident der Art von Donald Trump, ein im politischen Diskurs und im diplomatischen Umgang denkbar ungeeigneter, ebenso volkstümlicher wie destruktiver Präsident geistert schon lange durch die Narrative der populären Kultur. So verwandelte 1991 etwa ein rüpeliger amerikanischer Mittelständler in dem Film „King Ralph“ den Buckingham Palace in ein kulturelles und politisches Desaster. Auch Trump selbst wurde lange vor seiner Kandidatur mehrfach als komische Katastrophe im Präsidentenamts imaginiert. Am bekanntesten sind wohl jene Folgen der Serie „The Simpsons“ aus dem Jahr 2000, in denen Homer Simpson in Trumps seltsame Haarpracht eintaucht, um dort alle Träume und Alpträume des American Way of Life zu sehen, und seine Tochter Lisa Simpson als Trumps Nachfolgerin im Weißen Haus ein finanziell und kulturell ruiniertes Land übernimmt, in dem sogar das Geld für öffentliche Bibliotheken fehlt. Hat die populäre Kultur also Präsident Trump „vorausgeahnt“ und damit auch ermöglicht? Den Machern von „The Simpsons“ war nach eigenem Bekunden jedenfalls nichts Groteskeres und Unwahrscheinlicheres zur US-Politik eingefallen.

Auch die Figur des *fall guy* ist in der populären Mythologie fest verankert: der Prügelnabe, der sich wie Donald Duck oder Bugs Bunny aus einer Mischung aus Kränkung und Sadismus

alltäglich ins Schlamassel führt, ohne wie einst Stan Laurel und Oliver Hardy bitter dafür bestraft zu werden. Diese Figur hat die Authentizität und die Unschuld des spielenden Kindes, das sein Spielzeug auseinandernimmt, und begeistert, indem sie Frechheiten und Beleidigungen gerne auch unter der Gürtellinie aus einem Gestus der Selbstermächtigung von sich gibt: Es muss gar nicht „wahr“, es muss nur „verboten“ sein oder *incorrect*. Kurzum: Das Verdrängte will ans Licht.

Ein Wesen aller Helden der populären Kultur ist ihre besondere Form der Zeichenhaftigkeit. Nichts an ihnen scheint ohne Bedeutung, aber ebenso wenig ist das Zeichen eindeutig. Wenn Captain America in den Comics und in den Filmen in die Farben der US-Flagge gewandet ist, dann ist das einerseits sein Bekenntnis zur Nation und zu ihren Werten, denn schließlich entstand die Figur als Propagandabild im Kampf gegen den deutschen Faschismus. Andererseits bedeutet es zugleich sein Leiden an diesem Land, seine Identifikations- und Integrationsschmerzen. Auch Donald Trump inszeniert seinen Körper zeichenhaft, als wären zum Beispiel seine Haare nicht etwa natürlicher Teil dieses Körpers, sondern im Gegenteil Zeichen einer übergeordneten Identität.

Popkultur begleitet nicht nur die Modernisierungsschübe, sondern lagert in sich auch tief reaktionäre Bilder ein, zum Beispiel von „Männlichkeit“. Das Männliche, so wird mitunter suggeriert, werde durch zu viel „Emanzipation“ unterdrückt und müsse dringend und zunächst in symbolischen Spielen rekonstruiert werden. So entsteht als manchmal verkleidetes Ideal der Mann, an dem die angebliche Verweichlichung durch Liberalismus, Feminismus und politische Korrektheit vorübergegangen ist, der sich freilich als ihr Opfer auch eines Rechts zur Gegenwehr und zum Rückschlag gewahr ist. Der körperbetonte Actionfilm hat eine beständige Berührung mit solchen Fantasmen, und im Superhelden-Film kommt dieses Ideal des „kämpfenden Körpers“ zum Teil wenigstens in den Status der Selbstreflexion oder gar der Selbstironie. Als Wahlkämpfer hat Trump immer wieder Gesten des kämpfenden (männlichen) Körpers gezeigt, mit imaginären Waffen auf seine Kritiker „geschossen“, phallische Signale gesendet – in seiner überlangen Krawatte mitunter mit parodistischer Überdeutlichkeit, was Cartoonisten und Kabarettisten rasch aufnahmen.

Ein weiterer Grundkonflikt, den die populäre Kultur mehr oder weniger mythisch, mehr oder weniger komisch bearbeitet, ist der zwischen dem Provinziellen und dem Urbanen, wobei sich das Provinzielle stets für die Verachtung rächt, die das Urbane ihm entgegen bringt – über Donald Trump, den Ungebildeten, Unwissenden, hat das sogenannte Establishment lange gelacht, sodass er noch volkstümlicher wirkte. Natürlich weiß niemand so genau, wo das Provinzielle endet und das Urbane beginnt, aber gerade diese Offenheit macht es so leicht, sich mit dem Konflikt zu identifizieren, der nahezu immer mit dem Sieg des Provinziellen, des „Heimatlichen“ und „Volkstümlichen“ endet. Damit verbunden ist ein entschiedener Antiintellektualismus und Antimodernismus, der sich mit den unterschiedlichsten Vorurteilen und Fantasmen verbinden lässt. Dabei ist der Genuss durchaus ambivalent; selbst in einer klassischen deutschen Sendung mit „Volksmusik“ feiert sich der umfassende Sieg des Provinziellen und wird zugleich der „Provinztrottel“ der Lächerlichkeit preisgegeben. Der „Held“ nicht nur dieser Inszenierung ist einer, der sich über die Grenzen bewegt hat, und der als Provinzler die Stadt erobert oder als urbaner Charakter auf dem Land seelisch zu genesen imstande ist.

Zwar sind die hier skizzierten Stränge erst einmal nichts weiter als Fahrten. Aber je genauer man hinsieht, desto deutlicher wird, dass das Band zwischen Trump und seinen Anhängern, Wählern und Bewunderern viel weniger von politischer Überzeugung und sozialem Interesse als von popkulturellen Memen, Zeichen und Narrativen gebildet wird. In der Sphäre der populären Kultur war eine Figur wie Donald Trump auf der Höhe von Macht und Reichtum stets vorhanden, hier als messianische Erwartung, dort als sarkastischer Bruch mit dem guten Geschmack und der systemischen Logik, vor allem aber als ambivalente Figur zwischen Faszination und Abscheu. Hier ist Trump als US-Präsident nicht der Bruch mit der grammatischen und stilistischen Verpflichtung der Erzählung, sondern die zugleich magische und karnevalistische Verbindung von vorgeformten Elementen: eine verborgene Wahrheit über Macht, Sexualität und Reichtum, die in verschiedenen Fragmenten immer wieder an die Oberfläche drängt.

Mit den Augen der Popkritik betrachtet, ist nun die Frage nicht nur, ob ein Politiker sich For-

men und Inhalte der Popkultur auf so ungenierte Weise zu Eigen machen darf, sondern auch, was daraus an neuen Bildern und Erzählungen entsteht. Denn so, wie ein populistischer Politiker sich der Kritik durch den demokratischen, rationalen und moralischen Diskurs entziehen kann, indem er sich die Aura des Popstars und das Image des medialen Fantasma gibt, handelt er sich, wenn eine entsprechende kritische Kultur entwickelt ist, dafür nun eine andere Form der Kritik ein, die ein anderes Bedeutungsfeld, eine andere Semiotik betrifft. Dass man über seine Sprache, seine Krawatten, seine Selbstinszenierung etwa im Trump Tower, seine Slogans, die Sprache seiner Tweets, ja sogar seine Hände und ihre Haltung spekuliert, hat Donald Trump selbst provoziert.

Nun wird also dieser populistische Politiker mit den Augen der Popkritik gesehen, und das Ergebnis liegt sehr nahe an dem, was man „vernichtend“ nennt. Es ist zu befürchten, dass eine weitere Fluchtbewegung erfolgt, und der „Trumpismus“, zur realen Politik geworden, eben die populäre Kultur, aus der er entstanden ist, selbst attackieren muss.

ROTE LINIE

Zugleich drängt sich die keineswegs nur kulturpessimistische Frage auf, was diese Art der Vermischung von Pop und Politik für die Demokratie bedeutet. Passen sich System, Idee und Semantik der Demokratie hier einem allgemeinen Dispositiv an? Oder haben wir es mit einem grundsätzlichen Wandel von Politik zu tun? Wird die Demokratie von der Konstruktion der Wirklichkeit der populären Medien gleichsam gefressen?

Etwas jedenfalls geschieht mit der Demokratie, und es ist nichts Gutes. Doch nicht ein US-Präsident Donald Trump, gegen dessen autokratische Attacken sich das demokratische System durchaus zur Wehr setzen kann, ist das Problem, sondern das, was ihn ermöglicht hat und von ihm bleiben wird. Denn selbst wenn Trump sich wider Erwarten über Nacht doch noch in einen vernünftigen, „berechenbaren“, diskursiv erleuchteten Politiker verwandeln würde, wäre die große Erzählung der Politik als diskursives, rationales System unheilbar erkrankt.

Demokratie ist kein erreichter Zustand, der sich dadurch auszeichnet, dass er auf jeden Fall moralisch und rational besser ist als alles ande-

re, sondern ein Projekt: Es geht nicht nur darum, die Demokratie zu bewahren, sondern auch darum, sie immer weiter zu entwickeln. Unglücklicherweise scheint es, als habe die „zweite Wirklichkeit“, die populäre mediale Wirklichkeit aus Genrefilmen, Werbung, Sport, Mode, Starkult, *scripted reality* und Trash-Fernsehen alle emotionalen Energien, alle Impulse und Hoffnungen aufgesogen, und von der Demokratie seien demnach nur dürre Äste der Bürokratie, der Alternativlosigkeit, des Intrigenspiels und der Arithmetik der Macht übrig.

Das innere Prinzip der trump'schen Form von Wahlkampf und Politik, das er mit rechtspopulistischen, autokratischen und antidemokratischen Tendenzen gemein hat, besagt: Es gibt etwas wichtigeres, „wahreres“ als die demokratische Vernunft und die verrechtlichten demokratischen „Spielregeln“. Das kann etwa eine Religion sein, die jeweils eigene „Kultur“ oder auch ökonomisches Wachstum. Für den Sonderfall Donald Trump ist es der in der Popkultur gepflegte Mythos des autarken Helden, des *self-mademan*, des Menschen, vorwiegend in männlicher Variante, der sich auf nichts anderes beruft als auf einen schlichten, aber gewaltsamen Akt der Selbstermächtigung. In der erwähnten psychologischen Ferndiagnose, der wir uns enthalten wollen, kommt dabei der Begriff „Narzissmus“ heraus.

Das Problem liegt jedoch nicht in dieser Disposition der Macht, sondern in einer offenbar neuen Form der Legitimation: Erfolgreiche Selbstermächtigung plus Zustimmung im medialen Echoraum scheinen hinreichend für die Legitimation von Macht, die sich dem komplexen Spiel von *checks and balances* ebenso entzieht wie der moralischen Vernunft als Voraussetzung für den demokratischen Diskurs. Selbstermächtigung, Rollenspiel und Popularität sind die Regel- und Karrierekräfte in der populären Kultur.

Im besten Fall wird unter diesen veränderten Vorzeichen Demokratie „in Kauf genommen“, da und dort einfach ignoriert, und schließlich im schlimmsten Fall aktiv bekämpft, insofern als jemand gerade dafür bewundert wird, dass er die „traditionellen“ Legitimationen der Macht in einer demokratischen Gesellschaft gerade umgeht oder austrickst. Wo aber verläuft die „rote Linie“, deren Überschreiten einen Politiker für den politischen Diskurs der Demokratie und des kritischen Liberalismus „unmöglich“ macht? Die po-

pulären Medien haben darauf, um noch einmal einen Perspektivwechsel zu wagen, offensichtlich keine Antwort. Mehr noch: Politiker, die Methoden, Stile und Legitimation der Popkultur einzusetzen verstehen, vermögen diese Linie offensichtlich zu verschieben oder aufzulösen. Die Vermischung von Pop und Politik führt zu einem Verfall der politischen und kritischen Kultur.

An die Stelle von Interesse, das durch Vernunft und Moral konditioniert wird, treten immer mehr Imagination und Wahn. Diese generieren Zustimmung zu einer (Anti-)Politik, selbst wenn diese sich wie zum Beispiel bei der Abschaffung der Krankenversicherung oder der ökonomischen Deregulierung gegen die eigenen Lebensinteressen richtet. Aus diesem gemeinsamen Wahnsystem von Regierenden und Regierten ist es wesentlich schwieriger, wieder heraus zu finden, als es zu erzeugen. Daher müssen wir davon ausgehen, dass der „Trumpismus“ nun in der Welt ist und nicht verschwinden wird – auch nicht mit dem Ende der Amtszeit Donald Trumps und einem möglichen Finale der öffentlichen Erzählung dazu, die Tragödie und Trivialität miteinander verbindet wie am Ende von „Citizen Kane“: ein einsames Verlöschen in einem selbst errichteten Xanadu, verlassen von den einstigen Gefährten, die er auf seinem Weg nach oben korrumpieren oder unterdrücken musste, von der Frau, die er im goldenen Käfig hielt, und selbst von dem Chronisten, der ihn zur Legende hätte machen können.

GEORG SESSLER

ist Autor, Cineast und Kritiker. Anfang 2017 erschien sein Buch „Trump! Populismus und Politik“ im Verlag Bertz und Fischer.



Fachtagung

Im Schatten von Auschwitz ...

Studienfahrten planen zu fast vergessenen Orten nationalsozialistischer Massenverbrechen

20.–21. November 2017, Umweltforum, Berlin

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde das Konzentrationslager Auschwitz zum Synonym des industriellen Massenmordes. Inzwischen besuchen jährlich fast zwei Millionen Menschen die Gedenkstätte. Sie ist zu einem Tourismusmagneten geworden.

Doch nur einen Teil der Opfer nationalsozialistischer Massenverbrechen ermordeten die Nationalsozialisten in Auschwitz-Birkenau. Viele weitere vergasteten sie in Kulmhof, Belzec, Treblinka und anderen Vernichtungslagern oder erschossen sie in Kamjanez-Podilskyj, Blagowtschyna und vielen weiteren Orten.

Der Fokus auf Auschwitz verengt die Perspektive auf die Schauplätze nationalsozialistischer Massenver-

brechen und sorgt dafür, dass diese Orte heute weitestgehend unbekannt sind – geographisch wie erinnerungskulturell.

Die Fachtagung möchte die weniger präsenten Vernichtungslager und -orte in Osteuropa in das öffentliche Bewusstsein rücken und Möglichkeiten aufzeigen, wie sie im Rahmen von Studienfahrten besucht werden können.

Angesprochen sind Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die Studienfahrten zu Gedenkstätten und Orten nationalsozialistischer Massenverbrechen planen, organisieren oder durchführen, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, Stiftungen, Vereinen und Verbänden, die Gedenkstättenfahrten fördern und finanzieren.

Anmeldung und weitere Informationen online unter:
www.bpb.de/im-schatten

 **bpb:** Bundeszentrale für politische Bildung

Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format
für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf
www.bpb.de/apuz

WIE KANN AUSSENPOLITIK DEMOKRATISCHER WERDEN?

Corinna Aebischer

... Vorwort an abgeho...
... (den) Mächte, die in v...
... ist jedoch spätere...
... in Europa und dem...
... selbstständigen O...
... politik ist komplex...
... weniger kontroll...
... Um dies zu erken...
... die, anhaltenden U...
... Welt. Einer der K...
... hungen nach dem...
... maligen Großmäch...
... Gestandnis ohne...
... rung. Gleichwohl...
... se weniger in de...
... der schon lange...
... Menschen mit ih...
... Strukturen zerfa...
... rungen ebenso...
... Bürgerorganisa...
... Benpolitik schn...
... Mit der seit 2015...
... sen kommen die...
... Deutschland. Lo...
... ner gelebten Wil...
... um die Welt geh...
... genannte Flücht...
... nifestation eines...
... Trend: An die S...
... zwischenstaatlic...
... selschaft als Akteu...

... Aber spiegelt sich die...
... Diskurs in Deutsch...
... Zivilgesellschaft...
... Außenpolitik? In...
... prozesse vor w...
... EUTENDISKURS AUSSENPOLITIK
... In der Geschic...
... die Bevölkerung...
... wachen autono...
... te von außenpol...
... Elitendiskurs...
... und Wider von...
... Nachkriegszeit...
... ge der 1980er J...
... in den Vorderg...
... wirtschaftliche...
... atlantischen H...
... "die Menschen...
... In dieser Wahr...
... weisse Ferne...
... Ursache für de...
... Elitenprojekte...
... ten außenpoli...
... alltäglichen L...
... Kriege erschien...
... und die wirtsch...
... genug. Noch M...
... gen Politikwiss...
... le" die intern...
... Billardregeln...
... politischen S...
... Faktoren) best...
... (spricht die Au...
... sein ihre Posit...
... (spricht im in...
... In der öffentlic...
... nach der traum...
... Weltkrieges ein...
... ten Zustands von...
... stand sehen die...
... ab unter allen...
... Deshalb legten...
... Beispiel bei d...
... ob gegenüber...
... Harte Vorang...
... te sich ein poli...
... gereichte eine...
... Seit Beginn d...
... nander verban...
... Prozesse globa...
... und vertieft...
... kement zivilge...
... gefördert. Die...
... handelten Fra...
... berühren die...
... End oftmals d...
... Konflikte in d...
... wie an dem B...
... Bürger durch...
... Gemeinshaft...
... zen auf die...
... von Außenpoli...
... zweiten Hälft...
... hochgradig...
... re Verhältnisse...
... mehreren ko...
... nicht weitaus...
... se die Regieru...
... welfweit vor...
... auch ein Vie...
... Blockkonfron...
... poliarität. Se...
... keit über die...
... immer deutlic...
... tische Fragen...
... ein Konflikt...
... litzlich zu lö...
... Handel"? Sch...
... trefflich streit...
... fruchtbaren...
... "VOLKSWILLE" UND AUSSENPOLITIK
... In einer 2012...
... schrift "Intern...
... nungsforschun...
... Forst erklärte...
... den Bunde...

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. April 2017

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
19-20/2017, 8. Mai 2017
„DAS KAPITAL“

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fs-medien@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz